neue kritik

August 1965 D 7739 F

31

Martin Baethge u. Hannes Friedrich Außerparlamentarische Öffentlichkeit vor den Wahlen | Herbert Marcuse Perspektiven des Sozialismus in der industriell entwickelten Gesellschaft | Eckart Teschner Die sozialen Folgen der Automation | Bo Gustafsson Die Misere der Entwicklungsländer | Gianni Barba Henri Lefèbvre

Inhaltsverzeichnis

Martin Baethge/ Hannes Friedrich	3	Außerparlamentarische Öffentlichkeit vor den Wahlen
Herbert Marcuse	11	Perspektiven des Sozialismus in der industriell entwickelten Gesellschaft
Eckart Teschner	16	Die sozialen Folgen der Automation
Bo Gustafsson	22	Die Misere der Entwicklungsländer
Gianni Barba	24	Bibliographische Notizen zum Werk von Henri Lefèbvre
Ulrich Rödel	29	Lehrjahre der Arbeiterbewegung
R. D. / C. R. / G. W. / V. M.	31	Kursbücher u. a.

neue kritik, zeitschrift sozialistischer studenten
nr. 31, august 1965, 6. jahrgang
herausgegeben vom bundesvorstand des sozialistischen deutschen studentenbundes (sds)

neue kritik ist ein diskussionsforum, in dem divergierende sozialistische meinungen zu wort kommen. namentlich gezeichnete beiträge stellen nicht unbedingt die meinung der redaktion dar.
für unverlangt eingesandte manuskripte übernimmt die redaktion keine haftung.

nachdruck, auch auszugsweise, nur mit genehmigung der redaktion.

neue kritik ist kein geschäftsunternehmen; die mitarbeit ist unentgeltlich.

redaktion: wilhelm bauer, reiner diederich, karin monte, xenia rajewsky, ulrich rödel, claus rolshausen, gunter wegeleben (verantwortlich)
unter mitarbeit des arbeitskreises neue kritik
vertrieb: udo riechmann
anzeigenredaktion: rita harmuth
redaktionsvertretung: peter brokmeier, west-berlin,
manfred liebel, hamburg
erscheinungsort: frankfurt am main
verlag und redaktion: 6 frankfurt, wilhelm-hauff-str. 5,
tel. 77 64 22

neue kritik erscheint jeden zweiten monat, im februar, april, juni, august, oktober und dezember, einschließlich eines heftes in doppeltem umfang.
schutzgebühr für das einzelheft: dm 1,50 / ös 10,— / sfr 1,60 / hfl 1,50. plus porto; für studenten dm 1,— / ös 7,— / sfr 1,10 / hfl 1,—.
jahresabonnement dm 10,— / ös 65,— / sfr 10,50 / hfl 10,— einschl. porto; für studenten dm 7,— / ös 45,— / sfr 7,50 / hfl 7,—.
bezug über den verlag.

postscheckkonto: sds-bundesvorstand, sonderkonto neue kritik
551 91 pscha. frankfurt am main.
konto-nr. 282 427, dresdner bank.
druck: druck- und verlagshaus frankfurt am main gmbh.
umschlagentwurf: maria fraxedas.

An den Leser

Das Interesse der Untersuchung von Martin Baethge und Hannes Friedrich „Außerparlamentarische Öffentlichkeit vor den Wahlen" gilt dem Strukturwandel der parlamentarischen wie der außerparlamentarischen Öffentlichkeit. Öffentlichkeit — nach der klassischen Demokratietheorie Medium aufklärender Kommunikation der Bürger — ist heute im parlamentarischen wie im außerparlamentarischen Bereich manipulativ hergestellten Teilöffentlichkeiten gewichen, deren Organisation als „Kommunifikation" bezeichnet worden ist. Die Autoren entwickeln die Faktoren, die zur „Vermachtung" von Öffentlichkeit geführt haben, und sie erörtern die schwierige Situation einer außerparlamentarischen Opposition, die beim Schwund der parlamentarischen deren Funktionen zu übernehmen sich bemüht. Die Parteienkartellisierung erschwert zunehmend auch die Wahrnehmung defensiver Oppositions- und Öffentlichkeitsfunktionen durch außerparlamentarische Gruppen.

Der Artikel von Herbert Marcuse „Perspektiven des Sozialismus in der industriell entwickelten Gesellschaft" ist ein Diskussionsbeitrag von dem 1964 in Korçula (Jugoslawien) veranstalteten Marxismus-Seminar. Für H. Marcuse zeichnet sich unsere Gesellschaft durch eine permanente Mobilisierung aller politischen, wirtschaftlichen, technischen und kulturellen Kräfte aus: „Mobilisierung erstens gegen den äußeren Feind, und zweitens gegen die eigenen Möglichkeiten des Systems."

Eckart Teschner erörtert in seinem Beitrag „Die sozialen Folgen der Automation" das Problem, ob die sozialen Folgen der Automatisierung eine Schwächung der Opposition der Arbeiterschaft bewirken und unter welchen Bedingungen Automatisierung zu technologischer Arbeitslosigkeit führen kann.

Aus der 1964 in Stockholm erschienenen Schrift von Bo Gustafsson „Vom Kolonialismus zum Sozialismus. Ein Essay über die ökonomische Entwicklung" veröffentlichen wir ein Kapitel, in dem sich Bo Gustafsson mit ideologischen Interpretationen von ökonomischer Unterentwicklung beschäftigt. „Die Bevölkerungsfrage ist eine Frage der Beschäftigung für all die Millionen, denen heute in irrational organisierten und von Kolonialmächten abhängigen Gesellschaften die Arbeit verwehrt wird."

Aus Anlaß der ersten deutschen Übersetzung einer Schrift des französischen Marxisten Henri Lefèbvre „Probleme des Marxismus heute" hat Gianni Barba einige bibliographische Notizen zum bisherigen Gesamtwerk verfaßt.

Wir möchten unsere Leser auf die neue Adresse des Verlags und der Redaktion „neue kritik" hinweisen (s. Impressum).

Die außerparlamentarische Öffentlichkeit vor den Wahlen

Martin Baethge/Hannes Friedrich

I. Die Funktion der Öffentlichkeit in der klassischen Demokratie-Theorie

Eine Beschreibung der deutschen Öffentlichkeit vor den Wahlen kann ihrem Zweck, strukturelle und aktuelle Probleme der Verfassung und der Politik der Bundesrepublik vor der 5. Legislaturperiode aufzuzeigen, nur gerecht werden, wenn sie deutlich macht, welche Bedeutung dem Wahlakt von der politischen Theorie her zukommt, die die Basis der demokratischen Verfassung bildet, und was innerhalb dieser politischen Theorie Öffentlichkeit für die Demokratie zu leisten hat. Dazu ein kurzer Rückgriff auf das klassische englische Demokratie-Modell, das der Bonner Verfassung einer parlamentarisch-repräsentativen Demokratie als Vorbild diente.[1])

Die Entstehung der Demokratie und die Herausbildung einer spezifisch politischen Öffentlichkeit gehören in den gleichen geschichtlichen Zusammenhang: politische Öffentlichkeit war — und ist — die Voraussetzung für die Demokratie.[2]) Die Entstehung der Öffentlichkeit beschreiben Jürgen Habermas und Reinhard Koselleck als jenen langwierigen Prozeß der Emanzipation des Bürgertums, der, vom Bürgertum ausgehend, schließlich zur politischen Gleichberechtigung aller Bevölkerungsschichten im Staat führte.[3]) Seinen Niederschlag fand dieser Vorgang in den verschiedenen demokratischen Verfassungen. Öffentlichkeit des liberalen Bürgertums als „Forum der Gesellschaft" entstand als sukzessive alle Bereiche der Gesellschaft und schließlich des Staates erfassende Ausweitung des „privaten Innenraums", auf den der Absolutismus den Untertan beschränkt hatte. (Koselleck, S. 41)

Das grundsätzlich Neue dieses Prozesses lag in der Legitimationsbasis für staatliche Autorität und Herrschaft. An die Stelle des wie immer gearteten Charismas des absoluten Herrschers trat die Rechtfertigung von Herrschaft vor bestimmten Postulaten aufklärerischer Moral und Vernunft. Die Öffentlichkeit stellte die Instanz dar, vor der sich die politischen Entscheidungen ausweisen mußten und von der sie kritisiert wurden. Für diese kritische Funktion der Öffentlichkeit, die in die späteren Verfassungen in unterschiedlicher Form als Publizitätspflicht einging, ist es vorerst unerheblich, woraus sich die Öffentlichkeit konstituierte.[4]) Wichtig ist, daß sie in Verbindung mit Diskussion zum Fundament der repräsentativ-demokratischen Verfassungen wird.[5]) Diskussion und Öffentlichkeit werden die tragenden Prinzipien der parlamentarischen Demokratie. Nur in der öffentlichen — und damit von der außerparlamentarischen Öffentlichkeit kontrollierbaren — Diskussion würde die richtige politische Entscheidung gefunden werden können, wäre die Gewähr für die Durchsetzung von Rationalität gegeben. Wiederum kann die Diskussion darüber, welche Wandlungen in der Struktur der modernen Demokratien und ihrer politischen Entscheidungsprozesse die Grundprinzipien dieser Demokratiekonzeption außer Kraft setzten, aufgeschoben werden. Festzuhalten ist vorerst an der qualitiven Bestimmung der Öffentlichkeit als „dynamisch-dialektischem Auseinandersetzungsprozeß" (Leibholz), dessen Ziel tendenziell die Durchsetzung von Rationalität bleibt, ungeachtet dessen, daß in das mit Öffentlichkeit verbundene Moment des Forensischen immer auch das nur Meinungsmäßige eingeht.[6])

Was ist daraus für die Bedeutung des Wahlaktes in der liberalen Demokratiekonzeption zu folgern? — Subjekt dieser liberalen Demokratie wie auch der liberalen Öffentlichkeit ist der einzelne Aktivbürger, nicht die gesellschaftlichen Gruppen, denen er angehört. Alle demokratischen Verfassungen haben daran festgehalten, indem sie das individuelle allgemeine Wahlrecht verankerten und nicht etwa ein korporatives. Es gehört in den Zusammenhang des beschriebenen Emanzipationsprozesses, daß durch das Wahlrecht die politische Emanzipation des einzelnen Staatsbürgers sich manifestiert, der hiermit für politisch mündig erklärt wird. Das heißt gemäß der klassischen Demokratiekonzeption: Er kann an der öffentlichen Diskussion teilnehmen, die ihrerseits den parlamentarischen Raum mitkonstituiert, in dem von ihr einmal kritische Impulse und die Artikulierung von Interessenstandpunkten ausgehen und sie andererseits für den einzelnen Ort der Information und Urteilsbildung wie auch der politischen Selbstbestimmung wird. Die enge Verknüpfung von Öffentlichkeit und Wahl für die klassische Demokratietheorie wird hier deutlich: Im Gegensatz zum privaten Bereich der unmittelbaren Lebensvorsorge stellt Öffentlichkeit dem einzelnen den Raum zur Verfügung, wo er sich als Staatsbürger erweisen kann und muß, wo er seine Interessen äußern und sein Votum für die gemeinsamen Probleme abgeben kann und gleichzeitig seine politische Orientierung findet.[7])

Nur im Wahlakt erscheint der Wähler als „Rollenträger der Politik"[8]), während er sonst auf die politische Zuschauertribüne abgedrängt ist, ohne indes von dort alle politischen Vorgänge richtig beobachten zu können. Nur in der Wahl kann er seine Meinung über die geführte Politik zählbar kundtun und mitbestimmen, welche der angebotenen politischen Alternativen in der Zukunft wirksam werden sollen. Im Wahlakt soll er seine politische Mündigkeit beweisen, hier

soll er zeigen, ob er innerhalb des Horizonts seiner eigenen Interessengebundenheit und nach Maßgabe der offerierten Alternativen zu politisch verantwortungsvollem und rationalem Handeln fähig ist. Wegen ihrer Orientierungsfunktion und wegen der Autonomie manifestierenden Bedeutung der Wahl ist gerade zu ihrem Zeitpunkt eine im Sinne der klassischen Theorie intakte Öffentlichkeit erforderlich, d. h. eine Öffentlichkeit, die ihre kritische Funktion in der Weise erfüllt, daß sie dem einzelnen Wähler weitestgehende Orientierung und rationale Urteilsbildung sowie Abstimmung seiner eigenen Interessen mit den langfristigen politischen Zielen und Notwendigkeiten der Gesellschaft, die sich in den Parteiprogrammen niederschlagen sollten, bietet. Das wäre die Forderung der Verfassungsnorm an das Verhalten der Parteien und sonstigen öffentlichen Institutionen, die vor den Wahlen die Öffentlichkeit herstellen. Wieweit sie dieser Forderung nachkommen, daran läßt sich ihr eigenes demokratisches Engagement ebenso messen, wie davon auch die politische Reife der Wähler mitabhängig ist. Denn alle wohlmeinenden Traktate und Verantwortungsappelle der politischen Bildungsinstitute müssen fruchtlos bleiben, wo die Möglichkeit zu rationaler Orientierung nicht mehr vorhanden ist.

Es wird also das Verhalten der Parteien, der Verbände, der Massenmedien und sonstigen Exponenten des öffentlichen Lebens, die Öffentlichkeit konstituieren, daraufhin zu beobachten sein, ob und in welchem Maße es einen solchen politischen Horizont eröffnet. Ein Blick auf die gegenwärtige Struktur der politischen Öffentlichkeit in der Bundesrepublik einerseits und ein Vergleich der wichtigsten politischen Probleme der letzten Legislaturperiode und der kommenden mit den Inhalten der Wahlkampfpropaganda andererseits mögen dafür Material liefern.

II. Die Bundesrepublik zwischen der 4. und 5. Legislaturperiode

Der vierte Deutsche Bundestag zeichnete sich weniger durch die von ihm geleistete Gesetzgebungsarbeit aus als vielmehr durch eine Reihe von Affairen, welche die Labilität der Bonner Demokratie in ihrem Kern, im Parlament selbst, bloßlegten. Sie begannen 1961 direkt nach der Wahl, die eine Umverteilung der Stimmen zugunsten von SPD und FDP — CDU/CSU 45 Prozent, SPD ca. 36 Prozent, FDP knapp 13 Prozent — ergeben hatte, mit langwierigen Koalitionsverhandlungen zwischen der CDU/CSU und der FDP. Das Gespenst einer großen Koalition, die durch ein neues Wahlgesetz der FDP die Existenz hätte rauben können, ließ die FDP schließlich von ihrem ausdrücklichen und mit Lautstärke hochgespielten Wahlversprechen, mit keiner Regierung Adenauer wieder zu koalieren, abrücken und einer zweijährigen Regierungszeit Adenauers zustimmen. Dieses als „Umfallen" Zitat gewordene Verhalten kostete der FDP in den folgenden Landtagswahlen bisweilen bis zu 50 Prozent der Bundestagswahlstimmen. Sie hatte vor der Wählerschaft ihre Glaubwürdigkeit eingebüßt und sich damit für die diesjährigen Bundestagswahlen eine schwere Hypothek eingehandelt. Die neue Koalitionsregierung ließ endlich am 19. November, zwei Monate nach den Wahlen, durch den zum Kanzlererben designierten Vizekanzler Ludwig Erhard eine Regierungserklärung verlesen, die außenpolitisch die Beibehaltung der bisherigen Linie — Europa als deutsch-französische Umarmung — versprach, die zur Stützung der NATO eine Verlängerung der Wehrpflicht auf 18 Monate vorsah und innenpolitisch die Verabschiedung der Notstandsgesetzgebung, ein Parteiengesetz, ein neues Aktienrecht und die Strafrechtsreform in Aussicht stellte; ferner sollte eine Finanz- und Steuerreform die Verteilung der Steuern zwischen Bund und Gemeinden für die Kommunen angemessener regeln. Was man sich vorgenommen hatte, konnten alle drei Regierungen der Legislaturperiode nicht erfüllen. Als realisiert kann man heute lediglich die Verlängerung des Wehrdienstes und einen Teil des Aktiengesetzes ansehen. Alles übrige blieb entweder Stückwerk oder fiel als Plan den Umständen zum Opfer, die den Bundestag daran hinderten, Gesetze zu machen.

Die Schwierigkeiten, in welche die Regierung Adenauer kommen sollte, begannen im Frühjahr 1962 mit der Fibag-Affaire. Strauß und die Regierung überstanden sie, gerieten dann aber im Herbst mit der Spiegel-Affaire in eine schwere Krise. Bis es zur Neubildung einer Regierung ohne Strauß kam, hatten die mit der Affaire befaßten Bundestagsdebatten auf seiten der Regierungsparteien (CDU) ein beunruhigendes Maß an Unverständnis für demokratische Verhaltensweisen an den Tag gebracht. War die Affaire Fränkel, der als neuernannter Generalbundesanwalt wegen seiner nationalsozialistischen Vergangenheit demissionieren mußte, die letzte der Regierung Adenauer, so begann die Regierung Erhard mit einer ähnlichen Affaire, als sie auf Druck der von der DDR vorgelegten Dokumente den neuen Bundesvertriebenenminister Krüger zurückziehen mußte. Ihr folgte die langwierige Telefon- oder Abhör-Affaire.

Gegen diese unerfreulichen Affairen der Bonner Politik bildete die Verjährungsdebatte nur ein schwaches Gegengewicht, ein Gegengewicht aber insofern, als in ihr das Parlament noch einmal liberalen Honoratiorenparlamentarismus auferstehen ließ, einschließlich des Rücktritts von Justizminister Bucher. Das Ergebnis der Auseinandersetzungen indes zeigt, wie sehr es sich bei der ersten Verjährungsdebatte tatsächlich um eine Sondervorstellung des repräsentativen Parlamentarismus altliberalen Stils handelte.

Daß die Bonner Affairen der 4. Legislaturperiode so sehr die politische Arbeit der Gesetzgebung aus dem Blick verdrängen konnten, liegt nicht nur an ihrer stärkeren Publikumswirksamkeit und der unmittelbaren Betroffenheit der Presse. Die Affairen berührten die demokratische Grundordnung, den demokratischen Stil politischen Verhaltens, was gewiß nicht ohne Wichtigkeit ist. Daß sie aber ein solches Gewicht erlangen und nicht in der Entrüstung aller

Parteien kurzfristig beigelegt werden konnten, dürfte mit einer Veränderung der politischen Atmosphäre nach dem Kurswechsel der SPD zusammenhängen. Wo die politische Diskussion der pointierten sachlichen Alternativen beraubt wird, sucht sie Ersatz in Personaldebatten. Das war schon im Wahlkampf von 1961 deutlich geworden. In den Affairen des 4. Bundestages demonstrierte es die Stagnation der politischen Diskussion zwischen den Parteien.[9])

Die Gesetzgebungsarbeit dieses Bundestages läßt sich kurz zusammenfassen: außenpolitisch wurde die westliche Integration durch den deutsch-französischen Vertrag weiter vorangetrieben, ohne daß indes heute die EWG- und NATO-Probleme als gelöst betrachtet werden können, sie haben sich vielmehr verschärft. In der Wiedervereinigungspolitik kam man über Passierscheingespräche in Berlin und „technische Kontakte" mit der DDR-Regierung nicht hinaus. Tastversuche einer neuen Ostpolitik deuteten sich in der Errichtung von Handelsmissionen in einigen Ostblockländern an, ohne daß aber die musealen Konzeptionen und Dogmen der Bonner Politik revidiert worden wären.

In der Innenpolitik sind alle wesentlichen Gesetzesentwürfe vertagt. Lediglich die Neuordnung der Wahlkreise und die Erhöhung der Parteienfinanzierung von 5 auf 38 Millionen DM lassen sichtbar werden, was auf dem Gebiet der Wahl- und Parteiengesetzgebung noch nicht getan ist. Der wirtschaftspolitische Vorstoß der SPD, daß die Bundesregierung jährlich einen eigenen Wirtschaftsbericht im Sinne eines Orientierungsbudgets vorlegen solle, verfiel der Ablehnung. Sozial-, Energie- und Agrarpolitik versäumten strukturpolitische Gesetzgebungsmaßnahmen und behalfen sich gerade im letzten Jahr mit „Gefälligkeitsgesetzen", die lediglich Symptome kurierten. „Gefälligkeitsgesetze" sind die Steuersenkung vom 1. Januar 1965, die gegen den Rat des finanzwissenschaftlichen Beirats von der Regierung wider besseres Wissen durchgesetzt wurde, ebenso wie Erhards 2-Milliarden-Versprechen gegenüber dem Bauernverband, das den Haushaltsexperten in der Zukunft schwere Arbeit bereiten wird; in die gleiche Kategorie gehört das 312-Mark-Gesetz und das Ausbildungsförderungsgesetz, das jährlich 460 Millionen DM sinnlos vertut und ausgerechnet den Bedürftigsten (Kriegshinterbliebenen und sonstigen vom Staat Ausbildungsunterstützung empfangenden Personen) nicht zugute kommt. Mit dieser Taktik der Wahlgeschenke, gegen die die SPD aus optischen Gründen nicht opponierte, konnten Gesetze verabschiedet werden, die eine sinnvolle Sozial- und Ausbildungspolitik nur verzögern.

So wird der 5. Deutsche Bundestag eine Reihe von Problemen erben, zu deren Lösung nicht einfache ad hoc-Entscheidungen im Sinne der bisherigen Gefälligkeitspolitik genügen, sondern die langfristig planende politische Strategien erfordern.[10]) Innenpolitisch steht eine Neuordnung der Steuerverteilung zwischen Bund, Ländern und Gemeinden an, die gleichzeitig ein Konzept der gesamtgesellschaftlichen politischen Arbeitsteilung voraussetzt, dessen Fehlen sich bislang besonders im Bereich der Kulturpolitik als negativ erwiesen hat.[11]) Die Wahrung der Geldwertstabilität stellt eine Aufgabe dar, die jeder kommenden Regierung wegen der bisher schon eingegangenen Verpflichtungen der Regierung Erhard nicht wenig Kopfzerbrechen bereiten wird und die vor allem ein Problem der Etatpolitik sein wird und nicht den Tarifpartnern zugeschoben werden kann, wie der Bundeskanzler in seinen irreführenden und voluntaristischen Maßhalteappellen es versucht. Das konjunkturpolitische Instrumentarium kann aber nur bei sorgfältiger Beobachtung und Planung des Wirtschaftsablaufs sinnentsprechend eingesetzt werden. Dafür ist auch eine Abstimmung mit den Aufgaben der Sozial-, Agrar- und Energiepolitik, dem öffentlichen Bauwesen und der Verkehrspolitik nötig. Das heißeste politische Problem der nächsten Legislaturperiode wird die Notstandsgesetzgebung sein.

Auch in der Außenpolitik zeichnen sich gerade nach den Ereignissen dieses Sommers (de Gaulles Boykott der EWG, Drängen nach einem Friedensvertrag, Bonns störende Rolle bei Abrüstungsverhandlungen) schwerwiegende Entscheidungen ab. Vom nächsten Bundestag muß nicht nur eine Revision der bisherigen Ostpolitik (Hallstein-Doktrin, Ablehnung der Oder-Neiße-Grenze) vorgenommen werden, er wird auch Initiativen für eine Friedensregelung mit Deutschland entwickeln müssen, in deren Folge sich das innerdeutsche Verhältnis zwischen der Bundesrepublik und der DDR in irgendeiner Weise normalisieren muß. Daneben stehen die Schwierigkeiten der EWG und NATO. 1969, also voraussichtlich noch zur Zeit des 5. Deutschen Bundestages, endet der NATO-Vertrag, und seine Erneuerung oder eine Neukonstruktion des westlichen Bündnissystems, wenn nicht gar die Chance für ein Disengagement in Mitteleuropa, das eine Friedensregelung erleichtern könnte, stehen zur Debatte. Ein Jahr später, 1970, soll der EWG-Vertrag von Rom mit dem Fortfall aller Grenzen im Raum der 6 beteiligten Staaten voll gültig werden. Der nächste Bundestag wird sowohl innenpolitisch als auch außenpolitisch erhebliche Vorbereitungen dafür zu treffen haben.

Es sind also durchaus schwierige politische Probleme und Entscheidungen, für die der Wähler bei der nächsten Wahl die Verantwortung mit übernehmen soll. Ihre Bedeutung ihm auseinanderzusetzen, den politischen Zusammenhang, in dem sie untereinander stehen, ihm klar zu machen, und ihm damit zugleich die möglichen Alternativen vorzustellen, wäre Aufgabe derer, die sich als Wahlkandidaten für berufen halten, über diese Probleme Entscheidungen zu fällen.

Wenn gerade sie darauf verweisen, daß der Wähler weder die politischen Zusammenhänge verstehen könne noch Interesse an einer solchen Art der Aufklärung habe, entleeren sie damit den Wahlakt seiner politischen Bedeutung. Der Hinweis auf das mangelnde Verständnis des Wählers entlarvt, auch und gerade wenn es faktisch zutreffen sollte, die Versäumnisse der Träger der Politik, also

vornehmlich der Parteien, den Kontakt zum Publikum im Sinne einer kontinuierlichen Diskussion und Information über politische Verhaltensweisen zu pflegen. Ihr Wahlkampf zum 5. Deutschen Bundestag legt davon beredt Zeugnis ab.

III. Methoden und Inhalte des Wahlkampfes

Im Gegensatz zur Verfassungsnorm wird der Wahlakt durch die Beeinflussungsmethoden der Parteien aus der rationalen Verantwortlichkeit des Wählers herausgenommen, indem die politische Gesamtatmosphäre emotionalisiert wird. Wenn Rudolf Wildenmann schreibt, „die Wähler wählen sich selber" (S. 29), und als Grundlage für diese „Wahl" ein wirtschaftliches, politisches und soziales Sicherheitsmotiv angibt, kehrt er den Sachverhalt genau um. Die demoskopisch ermittelten und zusammengesetzten Durchschnittswähler zeichnen sich ja gerade durch ihren vorkritischen und vorpolitischen Charakter aus. Sie wählen, sofern man unter Wahl im Sinne der verfassungsnormativen Demokratiekonzeption Beurteilung und Aussonderung politischer Alternativen versteht, gerade nicht, sondern akzeptieren etwas, was ihnen als unartikulierte Meinungs- und Wunschgefüge zugehörig ist. Denn das ist es, was die demoskopischen Institute ermitteln. „Demoskopische Umfragen sagen den Parteien, welche Erwartungen und Wünsche das Staatsvolk allgemein hat und wie sie ihrer Intensität nach auf die einzelnen Schichten verteilt sind. Sie bekommen ferner Aufschluß über den Popularitätsgrad ihrer Politiker. Die Aufgabe besteht nun darin, die Wahlpropaganda so zu formulieren, einerseits zu konzentrieren, andererseits zu differenzieren, daß das Wahlergebnis nach den Gesetzen der Wahrscheinlichkeitsrechnung optimal ausfällt. Da sich diese Aufgabe aber für alle Parteien in gleicher Weise stellt, gleichen sich Inhalt und Form ihrer Propaganda notwendigerweise an."[12])
Nach diesem Mechanismus ist der Wahlkampf aufgebaut. Das heißt nicht, daß nicht irgendwo in Parteiprogrammen die wichtigen Probleme der nächsten Legislaturperiode formuliert wären. Diese bilden allerdings nur den vagen Hintergrund, auf den die Parteien durch die Wähler bei der Wahl nicht festgelegt werden, sondern er gibt nur den Boden ab für Polemik. In unserer Form des Wahlkampfes unterbleibt die interparteiliche politische Diskussion dieser Probleme.
Diese Diskussion wird ersetzt durch handfeste Slogans „sicher ist sicher" (SPD), „Freiheit fordert Entscheidung" (FDP), „Es geht um Deutschland" (CDU). Solche Tautologien spiegeln allein die reale Situation der sich zur Wahl stellenden Parteien wider. Kritische Probleme wie z. B. die Notstandsgesetzgebung, Parteiengesetzgebung, Wahlgesetzgebung u. a. sind von vornherein durch Wahlabsprachen aus dem Wahlkampf entfernt. Statt dessen wird eine Abdrängung der Öffentlichkeit auf Scheinprobleme in den Wahlreden vorgenommen: Als solche Scheinprobleme wurden hochgespielt: die ganze Nationalismus-Diskussion im Sinne einer Stärkung des deutschen Nationalgefühls, wie sie seit Herbst 1964 bei allen Parteien zu beobachten ist; die Person Franz-Josef Strauß', in deren Ablehnung als Kabinettsmitglied FDP und SPD gegenwärtig ihre hauptsächliche Oppositionsfunktion sehen; in der Kommunisten-Paranoia (Lübke: „Der Kommunismus ist menschen- und wirtschaftsfeindlich"); im Bekenntnis zum Recht auf Heimat; und schließlich in der Verketzerung der Intellektuellen, an der die Intellektuellen leider selber teilnehmen (Baldwin in Hamburg: „I am proud to be a Pinscher").
Unliebsame und komplizierte Fragen der Politik wie z. B. die Etatpolitik der Bundesregierung werden ausgespart. Kritische Punkte in der Politik wie die des Bergbaus und der Landwirtschaft sind vorher durch Gefälligkeitsakte neutralisiert und kurzfristig mehr oder weniger zur Zufriedenheit der Beteiligten gelöst, so daß Fragen nach ihrer langfristigen — d. h. einzig möglichen — Regelung übergangen werden können. Im Bestreben, an die Macht zu kommen oder an der Macht zu bleiben, enthalten die Parteien dem Wähler vor, welche politischen Entscheidungen der Gesellschaft bevorstehen, zu deren Lösung er aber im voraus die Parteien sanktioniert. Statt klar zu sagen, daß Politik gemacht werden muß, versprechen alle Parteien dem Wähler Ruhe und Sicherheit, ohne indes das Rezept zu verraten, mit dem sie das Versprechen angesichts der auf sie und uns zukommenden Probleme einlösen wollen. Da wird nur magisiert, dem Gegner pauschal die politische Reife abgesprochen (Erhards stereotype, von Adenauer atavistisch gepumpte Redewendung: „Die SPD ist zur Regierung nicht reif."), während der so gemaßregelte Gegner (die SPD) larmoyant um gut Wetter bittet: Es sei ja alles von der CDU ganz gut gemacht, und anderes wolle man auch nicht, aber nach 4 Legislaturperioden Opposition habe man vielleicht die weniger verbrauchte Mannschaft.[13])
Doch noch in anderer Weise destruiert das Wahlkampfverhalten der Parteien jene klassisch verstandene Öffentlichkeit, ohne die Demokratie nicht denkbar ist. Die innerparteiliche Demokratie als eine Möglichkeit, aus dem breiteren Publikum von unten her Willensimpulse in der Partei zur Geltung zu bringen, verliert im gleichen Maße an Bedeutung, in welchem das Parteiverhalten — wie es seit 1960 etwa bei uns der Fall ist — tendenziell Wahlverhalten wird. Das heißt nicht nur, daß man bei jeder politischen Entscheidung danach späht, wie sie wohl bei dem Wähler ankommt, und sich solches von demoskopischen Instituten ermitteln läßt. Wichtiger sind die Strukturveränderungen, die mit der Zentralisierung des Wahlkampfes in der Parteispitze einhergehen. Diese Zentralisierung, die noch durch das Parteienfinanz-Gesetz verstärkt wird, bewirkt eine zunehmende Oligarchisierung und Bürokratisierung der Parteien bei gleichzeitiger Abnahme der innerparteilichen Diskussion, durch die ein Willensbildungsprozeß von unten nach oben möglich war, weil alle unteren Organisationsebenen von der Spitze abhängig werden. Eine solche Entleerung der Partei von demokratischen Elementen war kurz vor der Wahl bei

der SPD — die sich bis zum Godesberger Programm als Mitglieder-Partei verstand und auf ihre innere Demokratie stolz war — im Zusammenhang mit dem niedersächsischen Konkordat zu beobachten, gegen das neben Hochschul- und Lehrerverbänden besonders die unteren Gliederungen der SPD selbst protestierten. Sie wurden auf Vordermann gebracht.

Was gegen diese dem Wahlvorgang immanenten antidemokratischen Tendenzen noch möglich ist, wird im folgenden überlegt. Es scheint, als brauchten wir u. a. dringend ein Wahlkampfgesetz von der Art, daß neben dem Parteienwahlkampf an alle Wähler objektive, d. h. von Wissenschaftlern und Publizisten unter Mitarbeit der Parteien verfaßte Informationen über die anstehenden politischen Probleme und ihre alternativen Lösungsmöglichkeiten gegeben würden.[14])

IV. Pluralismus und Kommunikationsprozeß: Formen außerparlamentarischer Opposition

Am Beispiel der parlamentarischen Opposition und ihrem Wandel läßt sich auch die Veränderung der Funktion der Öffentlichkeit deutlich kennzeichnen. In der ‚klassischen parlamentarischen Opposition' kommen die Vorbedingungen für eine parlamentarische Demokratie zum Ausdruck: das Recht der unterlegenen Gruppe, weiterhin die Meinungen und Interessen, die von der Mehrheit zurückgewiesen werden, öffentlich zu vertreten, ein gewisser Konsensus innerhalb des Wettbewerbs der politischen Ziele und gesellschaftlichen Interessen auf allen Seiten hinsichtlich der Spielregeln und schließlich das Recht der Kontrolle und Kritik der Regierung durch das Parlament, das besonders von der Opposition wahrgenommen werden soll. Wie eng dabei Öffentlichkeit und parlamentarische Opposition aufeinander verwiesen sind, um diesen Aufgaben zu genügen, zeigt ihre gemeinsame Abhängigkeit hinsichtlich des Prinzips der Publizität von politischen und administrativen Vorgängen, die die Voraussetzung für die Erlangung von Kontrollinformationen ist, mittels derer die politische Kritik erst möglich ist: Verdeutlichen kann man das am parlamentarischen „Enqueterecht", auf dessen Funktion schon Max Weber hinwies: „... sich durch Handhabung des sogenannten ‚Enqueterechts' jederzeit jene Kenntnis der Tatsachen und der technischen Fachgesichtspunkte zu verschaffen, welche allein ihm fortlaufende Mitarbeit und Einfluß auf die Richtung der Verwaltung (und Regierung) ermöglichen würde."[15]) Und ferner: „... Durch effektive Parlamentskontrolle erzwungene Publizität der Verwaltung (und Regierung) ist das, was als Vorbedingung jeder fruchtbaren Parlamentsarbeit und politischen Erziehung zu fordern ist ..."[16], was sicherlich auch in erster Linie die Publizität der Parlamentsarbeit voraussetzt.

Mit dem Hervortreten der Verbände aus der organisierten Wirtschaft und der Parteien aus der alten bürgerlichen Öffentlichkeit hat sich auch der Zwischenbereich der traditionellen politischen Öffentlichkeit gewandelt. Parteien und Verbände, gleichsam als quasi-öffentliche Institutionen, vermitteln nun das Verhältnis zum Staatsapparat im Prozeß des Machtvollzuges und -ausgleichs, dafür müssen sie auf die Öffentlichkeit rekurrieren, die die Basis der politischen Repräsentation bildet. Wenn jedoch private Interessen organisiert werden und politische Gestalt annehmen, wandelt sich auch die Diskussions- und Konfliktform innerhalb der Öffentlichkeit. Der Öffentlichkeit wächst eine Funktion zu, die des Interessenausgleichs von Organisationen, die sich nicht mit den klassischen Formen der parlamentarischen Einigung und Vereinbarung lösen läßt. Der Interessenausgleich muß auf dem prekären Gleichgewicht der Machtverhältnisse zwischen Staatsapparat und Interessengruppen ausgehandelt werden. Politische Entscheidungen finden in Gestalt des „bargaining" (R. Dahl) statt. Bargaining bezieht sich dabei auf den außerparlamentarischen Bereich, es ergibt sich eine Ausgrenzung von staatlichen Zuständigkeiten an Organisationen, was eine latente Kompetenzverschiebung zur Folge hat.

Die Öffentlichkeit ist nun ein Teil dieses organisierten außerparlamentarischen Raumes, sie wird partiell organisiert, in dem Maße wie etwa Verbandsinstitutionen selber mit dem Anspruch auftreten, dem Prinzip der politischen Repräsentation zu genügen, und in der Form des Bargaining als Teilöffentlichkeit in den politischen Entscheidungsprozeß eingreifen. (Z. B. als delegierte Vertreter in Verwaltungsgremien, beratenden Ausschüssen, staatlichen Ausschüssen und Institutionen, Arbeits- und Sozialversicherung, Rundfunkräten etc.)[17]) Das Verhältnis von politischer Macht und Öffentlichkeit stellt sich jetzt unter einem anderen Aspekt dar: es geht nicht darum, die politischen Wahlen und den Wahlakt des einzelnen Bürgers in Richtung auf eine vernünftige, auf klare Kontrollinformationen und eine deutlich artikulierte Meinung gegründete Entscheidung zu befördern, sondern es geht um das, was Altmann Kommunifikation genannt hat: „... daß umständlich und von Fall zu Fall eine Öffentlichkeit erst hergestellt werden muß"[18]), es geht um die Schaffung von Leitbildern, Identifikationen, punktuellen, diskontinuierlichen Scheininformationen, die das Gegenteil davon bewirken, was politische Meinungsbildung eigentlich sein soll: die Möglichkeit zur Erlangung rationaler Informationen und Perspektiven, die über das allgemeine, unmittelbare, motivstrukturell verankerte Meinungsgefüge des einzelnen hinausgeht. „Zunehmend benutzen Regierungen, Parteien und Interessenverbände Befunde repräsentativer Bevölkerungsumfragen über ihre eigenen Mitglieder und Wähler wie über die gegnerischen Gruppen und Organisationen nicht als Informationshilfen für eine Politik, die durch Veränderungen und Verbesserung objektiver Verhältnisse den Interessen ihrer Anhänger Rechnung zu tragen sucht und dabei auch die Interessen neutraler und oppositioneller Gruppen berücksichtigt, sondern vielmehr dazu, Anhänger wie Gegner zu manipulieren."[19])

v. Friedeburg
Zum pol. Potential der Umfrageforschung

Man kann in diesem Zusammenhang von einer „Vermachtung" der Öffentlichkeit durch kollektive Interessen nach Maßgabe ihres Organisationsgrades sprechen: aus dem Prinzip der Kritik, die in der Öffentlichkeit entsteht, wird sie zu einem Instrument der Publizität, d. h. zur Demonstration für Verwaltung, Verbände und Parteien tendenziell umfunktioniert. Sie hat nun verschiedene Funktionen:

1. Mitwirkung am Prozeß des Bargaining,
2. die traditionelle Aufgabe, die ihr von den Verfassungsnormen vorgegeben ist: die Funktion der politischen Kritik und Kontrolle.

Für die letztere kann man zwei Formen unterscheiden, die für das Problem der außerparlamentarischen Öffentlichkeit und Opposition von Bedeutung sind, wenn auch beide in sehr reduziertem Maße:

Wenn man bedenkt, daß eine wirksame politische Opposition das Vorhandensein von sinnvollen Maßstäben für die Beurteilung politischer Entscheidungen, Maßnahmen und insbesondere der Regierungsleistungen voraussetzt; daß aber in steigendem Maße politisches Bargaining den Maßstab für die Leistungsfähigkeit einer politischen Partei an der Befriedigung der durch sie vertretenen Gruppen abgibt, dann wird eine auf lange Sicht berechnete parlamentarische Opposition „objektlos".[20])

Eine solche Opposition kommt nun tendenziell außerparlamentarischen Gruppen zu; sie kann defensiver und offensiver Art sein.[21])

Außerparlamentarische Opposition in offensiver Gestalt wird immer seltener und zunehmend unmöglich. In der Mitbestimmungsfrage zeigte sich ein Ansatz solcher Opposition, als 1951—52 die Gewerkschaften mit einem Generalstreik, also mit einem politischen Streik drohten. In diesem Fall war die „latente Öffentlichkeit" nicht transformierbar in die parlamentarischen und administrativen Bereiche, da ihre politischen Forderungen Systemveränderungen verlangten. Es galt daher, offensiv im Sinne der Umgestaltung bestimmter gesellschaftlicher Teile nach der eigenen politischen Konzeption zu handeln.

Heute ist eine solche offensive Opposition nicht mehr möglich, sie scheint sogar ihrer Wirksamkeit für defensive Oppositionsformen verlustig gegangen zu sein. Denn die Androhung eines Generalstreiks bei Annahme der Notstandsgesetze bleibt bloße Drohung angesichts der Kenntnisse über die mangelnde Streikbereitschaft der Arbeiterschaft.

In diesem Zusammenhang wird der Funktionswandel der politischen Opposition besonders deutlich: Der außerparlamentarischen Öffentlichkeit fällt beim zunehmenden Schwund einer artikulierten parlamentarischen Opposition deren Aufgabe zu. Im Verbund mit den vom Wirtschaftssystem weniger privilegierten Gruppen und denen, die am elementarsten an der Aufrechterhaltung der vollen demokratischen Freiheiten interessiert sind (Arbeitnehmer, Journalisten, Wissenschaftler), kommt ihr die Verteidigung und Realisierung der Verfassungsnormen zu. Angesichts der zunehmenden Parteikartellierung, die bedrohliche Tendenzen zur Folge hat wie etwa: Schwund der parlamentarischen Publizität, Nichtwahrnehmung parlamentarischer Kontrollbefugnisse durch Ausbau des Enqueteprinzips und öffentlicher hearings, Versäumnis in der Errichtung eigener wissenschaftlicher Beraterstäbe zur besseren Überprüfung der Verwaltung und Regierung durch das Parlament, oberflächliche Ausübung des Budgetkontrollrechts, Scheinversachlichung politischer Probleme, Erweiterung der Geheimnisschutzvorschriften des Bundestages, Verlagerung der Parlamentsarbeit in die Ausschüsse und nichtöffentliche Aushandlung politischer Kompromisse zwischen den beteiligten Parteien und Gruppen — wird diese defensive Oppositionsfunktion der Öffentlichkeit immer wichtiger, aber auch mangels der notwendigen Kontrollinformationen schwieriger. Das hat H. T. Risse an den Konsequenzen einer kommenden Notstandsgesetzgebung verdeutlicht:

„Der innere Kreis jener wenigen Abgeordneten aus allen drei Parteien, die auch jetzt schon als ‚Geheimnisträger' fungieren und allein unter ihren Kollegen über die wesentlichen Vorgänge auf dem Gebiet der Rüstung und der Strategie, der Militärhilfe und der Geheimdienste einigermaßen Bescheid wissen, wäre endgültig als ‚Notparlament' institutionalisiert. ... Der ‚Notstand' des ‚Verteidigungsfalles' oder des ihm angenommenermaßen vorausgehenden ‚Spannungszustandes' würde so institutionell vorweggenommen. Jede wirklich demokratische — und das heißt immer auch: öffentliche — Kontrolle jener Vorgänge wäre illusorisch geworden. Die wichtigsten militärpolitischen und viele andere, davon abhängigen Entscheidungen würden praktisch außerhalb der eigentlich zuständigen Verfassungsorgane getroffen oder gedeckt und auf diese Weise von vornherein auch der öffentlichen Diskussion entzogen."[22])

Hier setzte auch die außerparlamentarische Opposition an: Es entstand durch den Appell der 215 Professoren an die Gewerkschaften jene „demokratische Koalition", wie sich eine solche auch temporär für die Zeit der Spiegel-Affäre herstellte. Zugleich war sie wirksam, weil die Öffentlichkeit diese Oppositionsfunktion zu einem Zeitpunkt wahrnahm, wo sie im politischen Bereich schon immer virulent war: während der Wahlzeitperiode, insbesondere einer solchen, deren äußeres Bild möglichst störungsfrei eine nach den Prinzipien der fairen Spielregeln hergestellten ‚Wahlöffentlichkeit' sein sollte. Genau hier lag auch die Chance als Störungsfaktor effektiv zu wirken.

Daß dies nicht notwendig so ist, zeigte die Opposition gegen das nichtöffentlich ausgehandelte niedersächsische Schulkonkordat. Obwohl sie das Bild der Wahlzeit und -vorbereitung störte, waren sich die zentralisierten Parteistäbe der Reaktion der von ihnen anvisierten Zielgruppen für die Wahl sicher — und diese gehörten nicht zu der außerparlamentarischen Oppositionsöffentlichkeit.

Den Wandel der parlamentarischen Opposition und ihrer Überführung in außerparlamentarische zeigt der Grenzfall

des Fraktionsaußenseiters im Falle des äußerlichen Angleichens von Regierung und Opposition, auf den O. Kirchheimer hingewiesen hat.[23]) Er versucht den Anstoß zur Änderung oppositionellen Verhaltens zu geben, muß sich aber zunehmend auf außerparlamentarische Gruppen stützen, die sein defensives Verhalten in Form des Ausschöpfens institutioneller Mittel zur Kritik und Kontrolle durch ihre Stärke stützen können, deren Schicksal aber oft gerade in Wahlzeiten besiegelt ist.

Den endgültigen Übergang von parlamentarischer zu außerparlamentarischer Opposition bzw. Öffentlichkeit stellt dann der Einzelgänger oder eine einflußreiche ‚publizistische' Gruppe dar: außerparteiliche Unterstützung der bisherigen parlamentarischen Opposition, die aber strikt ihre Außenseiterposition bewahren — Beispiel G. Grass, der Reste traditioneller Öffentlichkeit in den Raum der Wahlöffentlichkeit mit seiner Argumentation hereinzuholen versucht. Auch er wirkt in der von den parlamentarischen Parteien ‚hergestellten Öffentlichkeit' für die Wahlen (Habermas) als Störung, weil er die demoskopisch vorgeprüfte Wahlkommunifikation mit inhaltlichen Argumenten und der Diskussion von politischen Tabus zu verändern sucht (Frage der Ostgebiete und -grenzen, Wiedervereinigung). Seine Störungsfunktion ist ein wenig effektiver als die des Fraktionsaußenseiters während der Wahlzeit, weil er publizistisch auf bestimmte Gruppen gegenüber den ‚aufbereiteten Politikern' exotisch wirkt. (Diese spezifische Wirkung wird deutlich, wenn man bedenkt, daß die im sachlich informierenden Stil gehaltenen Reden von Prof. Schiller selbst bei einem akademischen Publikum wenig Interesse erweckten.)

In dem gleichen Sinne versuchen Gruppen von jüngeren Wissenschaftlern und Schriftstellern durch Sammelbände zur Wahl oder den anstehenden politischen Fragen zu wirken oder Volkshochschulen durch Vortrags- und Informationsveranstaltungen, die aber beide am Rande der öffentlichen Wahlmeinung stattfinden.

Der Bereich der außerparlamentarischen Öffentlichkeit wird aber durch die Angleichung, die „Umarmungstaktik" und die Versuche der Oppositionspartei, den Unterschied zwischen Regierung und Opposition zu bagatellisieren, besonders auf ein Gebiet eingeschränkt, das der Massenmedien. Die Strukturierung dieser publizistischen Öffentlichkeit hängt für die Chancen von Alternativkonzeptionen und differenzierten Informationen erheblich von der publizistischen Macht der Oppositionspartei und den Einflußmöglichkeiten auf das Verhalten in den Rundfunk- und Fernsehräten ab. Peter Grubbe schrieb dazu im „Monat": „Die kritischen Stimmen der oppositionellen Linken werden leiser. Sie werden nicht, wie in den Zeitungen, von den Stimmen der Rechten verdrängt. Sondern sie verstummen, weil die Intendanten, die Programmdirektoren, die Rundfunkangestellten nach Möglichkeit alle Unruhe, alle Aufregung, jeden Anstoß vermeiden wollen[24])." Kritik oder Opposition von außerparteilichen und damit außerparlamentarischen Gruppen als Störfaktoren der Wahlatmosphäre, die von den Parteien auf das demoskopisch optimale Wahlergebnis hin programmiert ist[25]), verliert damit ihre größte Einflußmöglichkeit. Das Meinungsklima wird auf den wissenschaftlich-‚frömmelnden' Ton politischer Kommentatoren und Politikwissenschaftler abgestellt, der kritische Fragen nicht aufzugreifen wagt.

Das regressive Moment des von der bundesrepublikanischen Sozial- und Wirtschaftsstruktur bestimmten Pluralismus manifestiert sich gerade in diesem Zusammenhang. Es findet eine „Unterbindung der Reflexion" (Helge Pross) über die Legitimität der bestehenden und sich herausbildenden Institutionen und der möglichen Aktionen statt, die „auf die Veränderung vorhandener Einrichtungen zugunsten der Ausweitung individueller Freiheit zielt".[26]) Das pluralistische System in der Bundesrepublik fördert grundsätzlich nur konservative Theorien, „die nur solche Veränderungen befürworten, welche der Erhaltung vorhandener Institutionen dienen".[27])

V. Ansätze für eine kritische Öffentlichkeit heute

Im Juni 1959 fragte das Frankfurter DIVO-Institut eine repräsentative Auswahl westdeutscher Bürger: „Angenommen, ein Gesetz würde im Bundestag in Bonn in Erwägung gezogen, das Sie als sehr ungerecht und nachteilig ansähen. Was, meinen Sie, könnten Sie dagegen unternehmen?"

63 Prozent der Befragten meinten, sie könnten nichts unternehmen oder sie wußten nicht anzugeben, was zu unternehmen wäre. Die übrigen nannten z. B.:

„Durch zwanglose, nichtorganisierte Gruppen dagegen arbeiten — Freunde — Nachbarn ... sich an einer Unterschriftensammlung beteiligen, mit anderen Leuten darüber sprechen, ... über andere formale, organisierte Gruppen ... etwas unternehmen, als einzelner mit Abgeordneten und politisch führenden Persönlichkeiten oder der Presse persönlichen oder brieflichen Kontakt aufnehmen ... einen Rechtsanwalt aufsuchen u. a. m."[28])

So allgemein solche Aussagen sind, spiegeln sie doch auch allgemein die Tatsache wider, daß den Staatsbürgern keine Möglichkeiten für Handlungsformen unmittelbarer demokratischer Einflußnahme eingeräumt werden. Der Weg zur Resignation scheint offen, bezieht sie doch dann ihre „Legitimation" aus einem enttäuschten Voluntarismus. Nun bleibt die Forderung nach direkter Demokratie abstrakt, es kommt vielmehr darauf an, die Möglichkeiten für einen Aktionsbereich außerparlamentarischer kritischer Öffentlichkeit aufzufinden, auch wenn es dabei zunächst um hauptsächlich defensive Handlungsformen geht.

Die zunehmende Komplizierung der politischen Entscheidungen scheint den Bereich der Politik immer mehr auf eine Gruppe von politischen Experten in Parlament, Parteien, Verbänden und der Regierungsbürokratie einzuengen, auf den weder die Mitglieder der Organisationen noch die

Wähler selber einwirken können.[29]) Es erhebt sich die Frage, inwieweit die Voraussetzungen des fachlichen und des politisch-strategischen Kalküls in den Entscheidungen noch einsichtig und durchsichtig gemacht werden können und in welcher Weise sie zumindest für den politisch Interessierten popularisierbar sind. Dazu bedarf es im parlamentarischen Raum eines verstärkten Ausbaus des Enqueteprinzips, das eigene wissenschaftliche Beraterstäbe des Bundestages voraussetzt. Hinzu kommt eine Verstärkung des Dialogs von Fachmann und Öffentlichkeit, wie sie sich in den USA bereits herausgebildet hat, nämlich in der Form von eingesetzten wissenschaftlichen Kommissionen, deren Berichte und Ergebnisse unbedingt dem Prinzip der Publizität unterliegen müssen.[30]) Dies würde eine neue Form der politischen Information für die Öffentlichkeit sein, die Kontrollinformationen ermöglichen und den Schein von Sachnotwendigkeiten der Regierungskonzepte aufheben würden (Beispiel für die Bundesrepublik: das Gutachten der Vereinigung der deutschen Wissenschaftler VdW zur Luftschutzfrage, die Diskussion des MLF-Projektes durch Weizsäcker und H. P. Bahrdt in der ‚Zeit') oder neue Alternativen zur Diskussion stellen könnten (Beispiel: die Untersuchung von G. Picht zur Bildungsfrage). Stellen die Institutionen wie etwa die Sozialenquete, der Finanzwissenschaftliche Beirat, der Wissenschaftsrat etc. auch nicht den Ersatz des Parlaments oder der Öffentlichkeit dar, auch nicht die Instanz der „Objektivität" für die Politik, so helfen sie doch unterschiedlichen Gruppen, in denen noch die Elemente der alten Öffentlichkeit vorhanden sind, die Funktionen der Opposition von reiner ‚Kritik' an den Personen der Amtsträger wieder auf eine inhaltliche Ebene zu führen: der Kritik 1. an den politischen Zielsetzungen der Regierungspolitik bzw. dem Fehlen solcher Ziele mit der Konfrontation von Problemen und langfristigen Aufgaben und 2. den von Regierung und Parlament zur Verwirklichung der Ziele angewandten Methoden. Der Wissenschaft kommt im Bereiche der Öffentlichkeit eine immer stärkere Funktion zu, ihre Bedeutung wird wachsen mit dem Maße, in dem ihre Ergebnisse und die mit ihrer Hilfe erarbeiteten Konzeptionen in die Publikationsmedien und in die Öffentlichkeit übersetzbar werden.[31]) Das setzt eine Dauerkommunikation zwischen Politik und Öffentlichkeit voraus, die für den einzelnen Wähler die Chance abgibt, über die Notwendigkeit langfristiger Konzeptionen etwa für die nächsten zwanzig Jahre informiert zu werden. Das bedeutet nicht, daß die Wissenschaft das Vehikel technokratischer Politik wird, sondern daß diese in den Rahmen politisch-gesellschaftlicher Zielsetzungen eingebunden ist.[32]) Ein wichtiges Mittel zur Realisierung solcher Ansätze ist die Darbietung optimaler Informationen für die politischen Bürger. Das Problem liegt wohl weniger darin, daß sich Gesetze und Verwaltungs- wie Regierungsmaßnahmen nicht in verständlicher Form begründen und darstellen ließen, auch nicht darin, wie man die Folgen mitteilen könnte, sondern mehr in der Frage, welche Institutionen und Gruppen solche Informationen geben sollen. Gerade die Erstellung von Informationen über die zentralen Aspekte politischer Probleme und Konzeptionen verweist auf die Entwicklung geeigneter Popularisierungsformen, an der besonders die politischen Wissenschaftler und die wissenschaftliche Publizistik (science writers) und Journalistik sich beteiligen sollten, um außen-, wirtschafts-, sozial-, bildungspolitische Probleme in ihrer Vielfältigkeit rational zu verdeutlichen. Hier läge auch eine Chance der Einflußnahme des öffentlichen Kommunikationsprozesses auf den politischen Entscheidungsprozeß.

---

[1]) Fraenkels Beobachtung, daß dem Demokratieverständnis des common sense bei uns viel mehr die französische Demokratiekonzeption des „Volkswillens" etwa der Verfassung von 1793 entspreche, mag richtig sein, deckt aber nur die Diskrepanz zwischen Verfassungsnorm und Demokratiebewußtsein auf. Den Autoren des Grundgesetzes schwebte die parlamentarisch-repräsentative Konzeption des englischen Liberalismus vor, wie aus einzelnen Artikeln unschwer ersichtlich ist, z. B. Art. 38 GG. vgl. Ernst Fraenkel, Strukturdefekte der Demokratie und deren Überwindung, in: Fraenkel/Sontheimer, Zur Theorie der pluralistischen Demokratie, Bonn, 1964, S. 8 ff.
Ferner: E. Fraenkel, Die repräsentative und die plebiszitäre Komponente im demokratischen Verfassungsstaat, Tübingen 1958.

[2]) Zur liberalen Demokratie-Theorie vor allem Gerhard Leibholz, Das Wesen der Repräsentation unter besonderer Berücksichtigung des Repräsentativsystems, Berlin 2, 1960. Ders., Der Strukturwandel der modernen Demokratie, Karlsruhe 1952.

[3]) Jürgen Habermas, Strukturwandel der Öffentlichkeit, Neuwied, 1962. Reinhart Koselleck, Kritik und Krise. Ein Beitrag zur Pathogenese der Bürgerlichen Welt. Freiburg und München 1959.

[4]) Daß der Zugang zu ihr nur dem Besitz- und Bildungsbürgertum offenstand und daß damit die ganze Konzeption der politischen Öffentlichkeit ideologisch wurde bzw. ihres politischen Sinns nicht gewärtig, weisen sowohl Habermas als auch Koselleck nach. In diesem Zusammenhang kann das aber vernachlässigt werden.

[5]) Carl Schmitt stellt diese beiden Momente in seiner scharfsinnigen Analyse über den Niedergang des Parlamentarismus in den Mittelpunkt seiner Parlamentarismus-Auffassung und zeigt, wie sie in den modernen Parlamenten immer weniger Bedeutung haben, wie der Gesetzgebungsakt ganz anders vor sich geht. Nur reflektiert Schmitt seine Analyse nicht auf den historischen Ausgangspunkt der Parlamentarismus-Theorie und sieht nicht den Strukturwandel von politischen Vollzügen und Gremien. Dadurch kommt er zu der generellen Ablehnung des Parlamentarismus überhaupt und zur plebiszitären Führerideologie. Vgl. Carl Schmitt, Die geistesgeschichtliche Lage des heutigen Parlamentarismus, Berlin/Leipzig 2, 1926.

[6]) Auf dieses Moment weist besonders Max Weber hin. Dazu H. P. Bahrdt, Die moderne Großstadt, Reinbek 1961, S. 36 f. u. S. 55 ff.

[7]) Die Trennung von Öffentlichem und Privatem ist hier nicht im Sinne der von Helmut Plessner zu Recht kritisierten deutschen Ideologie der Innerlichkeit gemeint, die mit dem Privaten das Eigentliche gleichsetzte und damit dann den öffentlichen Bereich abwertete. Helmut Plessner, Das Problem der Öffentlichkeit und die Idee der Entfremdung, Göttingen 1960, besonders S. 5—13.

[8]) Rudolf Wildenmann, in: Klepsch, Müller, Wildenmann, Die Bundestagswahl 1965, München 1965, S. 32.

[9]) Der Einwand, Gesetze würden anders gemacht und die Affären des Parlaments beeinträchtigten nicht die Ausschüsse, trifft die hier geübte Kritik nicht. Sie richtet sich einmal gegen das Aus-

maß der Affären, die in dieser Form wohl die Gesetzgebungsarbeit hinderte (Kabinettsumbildungen), sodann gegen die Zurückdrängung der sachorientierten politischen Diskussion.

[10]) Einen Ansatz für langfristige politische Planungsstrategien für die Bundesrepublik bietet etwa das von Ulrich Lohmar herausgegebene Buch „Deutschland 1975", das für die verschiedenen sozialen Bereiche eine Bestandsaufnahme der anfallenden Probleme gibt. Diese Bestandsaufnahmen sind jeweils von wissenschaftlichen Experten unter Mitarbeit von Publizisten erstellt. Kein Wunder, daß sich die offizielle SPD von diesem zwangsläufig der gegenwärtigen Politik gegenüber kritischen Ansatz inzwischen distanziert, obwohl beinahe alle Mitarbeiter des Buches Mitglieder der SPD sind.

[11]) Das Verwaltungsabkommen zwischen Bund und Ländern, das eine der wenigen fortschrittlichen Entscheidungen der letzten vier Jahre darstellt, selbst wenn es in der derzeitigen Form unzureichend ist, bezieht sich nur auf den Hochschulbau und die Forschungspolitik, für die Schulpolitik wäre eine entsprechende Neuregelung der Aufgaben zwischen Bund, Ländern und Gemeinden zu entwickeln, wie inzwischen auch die Kultusministerkonferenz einzusehen beginnt.

[12]) H. Conert, Wohlstandsgesinnung und politisches Bewußtsein, Hannover 1963, S. 31.

[13]) Es ist ein sehr deutliches Alarmzeichen, wenn sogar Rudolf Augstein in einer kurzen und scharfen Analyse der Wahlkampfhaltungen der Parteien ernsthaft den Vorschlag diskutiert, ob Nichtwählen eine Artikulationsmöglichkeit politischen Willens in der gegenwärtigen Situation der bundesrepublikanischen Politik sei. Seine Analyse kommt zu einem den hier vorgelegten Überlegungen sehr ähnlichen Ergebnis. Vgl. DER SPIEGEL, Nr. 33, vom 11. August 1965.

[14]) Einen weitgefaßten Ansatz zu solcher Information bietet das erwähnte Buch „Deutschland 1975", s. Anm. 10.

[15]) Siehe Max Weber, Wirtschaft und Gesellschaft, 2 Bd., Das Parlament als Staatsorgan und das Problem der Verwaltungsöffentlichkeit, S. 1086 f., Kiepenheuer & Witsch, Köln—Berlin 1964.

[16]) M. Weber a. a. O., S. 1087.

[17]) Vgl. dazu Prodromos Dagtoglou, Der Private in der Verwaltung als Fachmann und Interessenvertreter. Die Rechtsproblematik, Heidelberg 1964, S. 53 ff., 63 ff., 134 ff.

[18]) Siehe Jürgen Habermas, Strukturwandel der Öffentlichkeit, Neuwied 1962, S. 221.

[19]) Ludwig von Friedeburg, „Zum politischen Potential der Umfrageforschung", in: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, 13. Jg., H. 2 (1961), S. 210.

[20]) Vgl. Otto Kirchheimer, Politik und Verfassung, Frankfurt 1964, S. 140—148.

[21]) Siehe dazu Michael Vester, „Die Strategie der direkten Aktion", in neue kritik 30, S. 15 f.

[22]) Siehe Heinz Theo Risse, „Aufruf zur Opposition", in: atomzeitalter, Mai 1965, H. 5, S. 139.

[23]) O. Kirchheimer, a. a. O., S. 128.

[24]) Zitiert nach atomzeitalter, Mai 1965, H. 5, S. 140.

[25]) Vgl. zur Technik: Gerhard Schmidtchen, Die befragte Nation, Freiburg 1959, S. 109.

[26]) Siehe Helge Pross, „Zum Begriff der pluralistischen Gesellschaft", in: Zeugnisse. T. W. Adorno zum 60. Geburtstag. Hrg. von Max Horkheimer, Frankfurt 1963, S. 443.

[27]) H. Pross, a. a. O., S. 443.

[28]) DIVO-Umfragen, Bd. 3/4, Frankfurt 1962, S. 127, zitiert nach: H. Conert, Wohlstandsgesinnung und politisches Bewußtsein, in Reihe „Arbeit und Leben", Hannover 1963, S. 29.

[29]) Schelsky hat aus der Verwissenschaftlichung der Politik eine notwendige Entwicklung zur Technokratie gefolgert, deren Sachgesetzlichkeit jegliche politische Entscheidung aufhebt und den Politiker nur zum ausführenden Gehilfen dieses „Sachprozesses" macht. Siehe Helmut Schelsky, Der Mensch in der wissenschaftlichen Zivilisation, Köln-Opladen 1961. Zur Kritik an der Technokratie-These s. Hans Paul Bahrdt, „Schelskys technischer Staat", in: atomzeitalter 1961, S. 195 ff, und Jürgen Habermas, Verwissenschaftlichte Politik in demokratischer Gesellschaft, in: Berichte der Studiengruppe für Systemforschung, Heidelberg 1963, S. 4 ff.

[30]) Siehe Don K. Price, Science and Government, New York 1962, S. 124 ff., S. 160 ff., und Ralph E. Lapp, The New Priesthood, The Scientific Elite and the Uses of Power, New York 1965, S. 113 ff., S. 154 ff., S. 180 ff.

[31]) Siehe dazu H. P. Bahrdt, „Forschung und Staat", in: atomzeitalter, H. 4, 1963 und ders., „Wissenschaft und Staat", in: die neue gesellschaft, 9. Jg., H. 3, 1962.

[32]) Siehe Otto Stammer, „Gesellschaftliche Entwicklungsperspektiven und pluralitäre Demokratie", in: Gewerkschaftliche Monatshefte, 12. Jg., Okt. 1961, S. 577 ff.

Perspektiven des Sozialismus in der industriell entwickelten Gesellschaft

Herbert Marcuse

Ein Diskussionsbeitrag

Im Sommer 1964 fand in Korçula (Jugoslawien) ein internationales Marxismus-Seminar statt, an dem u. a. Herbert Marcuse, Lucien Goldmann, Henri Lefèbvre und Serge Mallet teilnahmen. Der gekürzten Fassung des Diskussionsbeitrags von Herbert Marcuse, den uns die Redaktion von „International Socialist Journal" freundlicherweise zur Verfügung stellte, wird im nächsten Heft der nk das auf H. Marcuses Ausführungen eingehende Referat von Serge Mallet: „Sozialismus und die neue Arbeiterklasse" folgen. D. Red.

Ich glaube, daß die Koexistenz von Kapitalismus und Kommunismus zum großen Teil sowohl die Deformierung des Sozialismus als auch die fundamentale Transformation des Kapitalismus erklärt. Und diese Koexistenz bestimmt heute auch die geschichtliche Chance des Sozialismus. Es gibt, glaube ich, kein Problem, weder der materiellen Basis noch der Ideologie, das nicht im tiefsten von dieser Koexistenz der beiden Systeme beeinflußt und vielleicht sogar definiert ist. Es ist also keine außenpolitische Dimension, die hier zu einem bestimmenden Faktor gemacht wird, vielmehr ist die Koexistenz ein Faktor, der die gesellschaftliche Struktur des Kapitalismus selbst bestimmt.

Die Koexistenz ist zum Beispiel ein Motor der wachsenden Produktivität, sie fördert die Stabilisierung des Kapitalismus und damit die soziale Integration innerhalb der kapitalistischen Gesellschaft.

Es ist gelungen, die Gegensätze im Kapitalismus in eine manipulierbare Form zu bringen, und zwar auf Grund einer überwältigenden Produktivität und des technischen Fortschritts. Auf dieser durchaus nicht nur ideologischen,

sondern materiellen Basis sind diejenigen Klassen, die früher die absolute Negation des kapitalistischen Systems darstellten, weitgehend in das System integriert worden. Der technische Fortschritt, die Technologie selbst, ist so zu einem neuen System der Herrschaft und der Ausbeutung gemacht worden — ein neues System, weil es die Verhältnisse zwischen den Klassen entscheidend verändert.

Ich spreche nur von den höchstentwickelten Zentren der Industriegesellschaft, und zwar auch da nur von Tendenzen, die sich heute erst anzeigen. Selbst in den Vereinigten Staaten sind es zunächst nur Tendenzen, aber ich glaube, daß sie sich relativ schnell auch über die weniger entwikkelten Industrieländer im kapitalistischen Raum ausbreiten werden, daß sie sozusagen ansteckend wirken und das Modell der weiteren Industrialisierung auch in den noch rückständigen Ländern abgeben werden.

Der Generalnenner, auf den ich diese Gesellschaft bringen möchte, ist der, daß sie eine Gesellschaft der permanenten Mobilisierung aller politischen, wirtschaftlichen, technischen, kulturellen Kräfte darstellt: Mobilisierung erstens gegen den äußeren Feind, gegen den Kommunismus, zweitens gegen die eigenen Möglichkeiten des Systems.

Der krasseste Ausdruck dieses Gegensatzes zwischen Möglichkeit und Wirklichkeit liegt in der Automatisierung. Das System tendiert in der Tat mit fortschreitender Automatisierung zur beinahe vollkommenen Abschaffung der gesellschaftlich notwendigen Arbeit, der entfremdeten Arbeit, das heißt, es tendiert nicht nur in einer utopischen, sondern in einer sehr realistischen Weise zu einer Gesellschaft, in der Arbeitszeit marginale Zeit ist und Freizeit — volle Zeit, zu einer Gesellschaft, in der Arbeitslosigkeit normal und progressiv wäre. Diese Möglichkeit ist nun im Rahmen des Systems undurchführbar, sie ist unvereinbar mit den wirtschaftlichen, politischen, kulturellen Institutionen, die das System sich gegeben hat, sie wäre in der Tat die Katastrophe des kapitalistischen Systems, deshalb die totale Mobilisierung nicht nur gegen den äußeren Feind, sondern gegen diese Möglichkeit.

Innerhalb der so mobilisierten Gesellschaft finden wir nun das, was als egalitäre Tendenz so stark betont worden ist, nämlich eine Angleichung der gesellschaftlichen Klassen in der Konsumsphäre.

Die Differenz zwischen Oben und Unten, zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer, zwischen Herrschaft und Dienst ist heute vielleicht größer als in früheren Perioden, und die Entscheidungen über Tod und Leben, nicht nur des Individuums, sondern der Nation selbst, werden von oben getroffen und bleiben dem Widerstand gegenüber immun. Es ist eine Gesellschaft totaler Abhängigkeit von einem Produktions- und Distributionsapparat, der die Bedürfnisse der Individuen auf erweiterter Stufenleiter entwickelt und befriedigt, dabei aber den Existenzkampf im Angesicht seiner möglichen Abschaffung intensiviert. Ein Apparat, der auch die Bedürfnisse — und das ist das Wesentliche, selbst die instinktiven Bedürfnisse, die eigenen Aspirationen der Individuen bestimmt und formt, der die Differenz zwischen Arbeitszeit und Freizeit einebnet und die Menschen so früh, so total, so vollkommen sich anformt, daß Begriffe wie Entfremdung und Verdinglichung selbst fragwürdig werden. Kann man sinnvoll noch von Entfremdung sprechen, von Verdinglichung, wenn die Individuen in dieser Gesellschaft wirklich sich selbst finden in ihren Automobilen, ihren Fernsehgeräten, ihren g a d g e t s, Zeitungen und Politikern? Das ist eine Welt der Identifizierung — das sind nicht mehr tote Objekte, die ihnen als fremde gegenüberstehen.

Die Integration geschieht im Rahmen eines demokratischen Pluralismus. Außerhalb oder vielmehr unterhalb dieser Demokratie leben ganze Schichten derer, die nicht eingeordnet sind und vielleicht auch nicht eingeordnet werden können: rassische und nationale Minderheiten, Dauer-Arbeitslose und Arme — sie stellen in der Tat die lebendige Negation des Systems dar. Aber weder die Entwicklung ihres Bewußtseins noch ihre Organisation hat die Stufe erreicht, wo diese Gruppen als Subjekt sozialistischer Tendenzen erscheinen könnten.

Der organisierte Kapitalismus stellt eine Gesellschaft dar, in der immer mehr Güter und immer mehr Dienste produziert und von den Eingeordneten konsumiert werden, in der für breitere Schichten die Arbeit körperlich leichter und das Leben komfortabler wird, in der ein Pluralismus von Organisationen, Meinungen, Abweichungen erlaubt ist und praktiziert wird und in der eine gewisse, oft sehr überschätzte Assimilation der gesellschaftlichen Klassen in der Konsumsphäre stattfindet. Diese Errungenschaften werden bezahlt mit einer rasenden Verschwendung der Produktivkräfte, mit geplantem Verschleiß (p l a n n e d o b s o l e s c e n c e), Vernichtung von lebensnotwendigen Gütern im Angesicht von Armut und Not jenseits der Grenzen der Einordnung und selbst innerhalb der a f f l u e n t s o c i e t y.

Haben wir nun in diesen Tendenzen des Spätkapitalismus einen Strukturwandel zu sehen oder haben wir es zu tun mit Modifikationen innerhalb der wohlbekannten Struktur des Systems, das sich auf derselben Grundlage weiterentwickelt?

Meine Hypothese ist, daß die Stabilisierungs- und Integrierungstendenzen von der Basis des Systems ausgehen, nicht nur ideologische oder Randphänomene sind.

Zunächst müssen wir zugeben, daß die traditionellen Erklärungen angesichts der hochentwickelten Industriegesellschaft nicht mehr adäquat sind. Die Theorie der Arbeiteraristokratie, wie sie in klassischer Form von Lenin entwikkelt worden ist, reicht zum Beispiel nicht mehr aus, um Verhältnisse zu erklären, in denen nicht nur ein relativ kleiner Teil der Arbeiterklasse integriert ist, sondern, wie wir für die Vereinigten Staaten schon heute sagen können, die große Mehrheit der organisierten Arbeiterschaft.

Man spricht in der bürgerlichen amerikanischen Soziologie von einer neuen Solidarität der Arbeiterklasse, nämlich der Solidarität der organisierten Arbeiter, die einen j o b haben, gegenüber denen, die keinen j o b haben und keine Chance, in absehbarer Zeit einen zu bekommen. Das ist eine Spaltung innerhalb der Arbeiterklasse selbst, die fast die gesamte organisierte Arbeiterschaft zur Arbeiteraristokratie machen würde.

Die marxistische Theorie des Monopolkapitalismus oder des monopolistischen Staatskapitalismus kommt der Wirklichkeit weit näher. Sie geht über die Theorie der Arbeiteraristokratie hinaus, indem sie zugibt, daß die organisierte monopolistische Konkurrenz Möglichkeiten der Abschöpfung des Mehrwerts schafft, welche es der Großindustrie erlauben, höhere Reallöhne zu zahlen, und zwar nicht nur für kurze, sondern für längere Zeit. Aber man hat meistens diese Theorie des Monopolkapitalismus verbunden mit der des klassischen Imperialismus, nach der früher oder später die Monopole trotz ihrer internationalen Verflechtung in offene Gegensätze geraten, so daß periodische Konflikte oder Kriege zwischen den imperialistischen Mächten alle Prosperität der Zwischenperiode wieder vernichten. Selbstverständlich gibt es noch Imperialismus. Seine stärkste Form scheint der Neokolonialismus zu sein, in der eine neue Aufteilung der Welt ohne militärischen Konflikt zwischen den imperialistischen Mächten stattfindet. Es gibt sicher noch genug Gegensätze zwischen den imperialistischen Mächten, aber sie werden in absehbarer Zeit nicht zu Kriegen führen. Hier ist eine der Stellen, wo die Koexistenz ihre entscheidende Bedeutung für die Stabilisierung des Kapitalismus zeigt. Ohne zynisch zu werden, kann man sagen, daß der Kommunismus wirklich in einem noch zu bestimmenden Sinne zum Arzt am Krankenbett des Kapitalismus geworden ist. Ohne den Kommunismus ist die ökonomische und politische Einigung der kapitalistischen Welt nicht zu erklären — eine Einigung, in der sogar das alte marxistische Gespenst des Generalkartells sich mehr oder weniger verwirklicht. Auch diese Integrierung der kapitalistischen Welt geht nicht nur an der Oberfläche vor sich, sondern auf einer außerordentlich realen ökonomischen Basis.

Die Wirkung dieses Absinkens revolutionären Potentials in der kapitalistischen Welt ist deutlich. In den Vereinigten Staaten ist die radikale Opposition auf schmale, ohnmächtige Gruppen beschränkt. Die Politik der großen Gewerkschaften ist Kooperation, selbst marxistische Soziologen sprechen von einer c o l l u s i o n zwischen Kapital und Arbeit. In einer Studie des „Center for the Study of Democratic Institutions" über die Automobilindustrie wird festgestellt, daß die Gewerkschaft in ihren eigenen Augen sich vom Konzern nicht mehr unterscheidet. So ist es zum Beispiel eine normale Angelegenheit, daß Delegationen der Gewerkschaft und der Betriebsleitung zusammen nach Washington gehen, um dort gemeinsam Druck auszuüben, damit alte Rüstungsfabriken weitergeführt oder neue Rüstungsfabriken in die Gegend gebracht werden. Dieses gemeinsame l o b b y i n g ist kein Ausnahmefall.

Ich möchte jetzt ganz kurz zu erklären versuchen, wie diese Stabilisierung der Gegensätze in der Sphäre der Produktion selbst sich entwickelt. Denn nur wenn wir ihre Faktoren und Ursachen in dieser Sphäre auffinden, können wir behaupten, daß sie mehr als eine oberflächliche Modifizierung ist, daß sie eine Änderung der Struktur selbst anzeigt. Die Integration innerhalb der Arbeitswelt vollzieht sich zunächst einmal durch die zunehmende Verwandlung physischer in technische und psycho-physische Geschicklichkeit. Diese Verwandlung physischer in psychische Energie ist heute unter dem s p e e d - u p - S y s t e m organisiert und vielleicht noch unmenschlicher als die harte und schwere physische Arbeit früherer Perioden. Mit dem Fortschreiten der Automatisierung können diese Reste des älteren Systems beseitigt und jedenfalls die größte Unmenschlichkeit der technisierten Arbeit aufgehoben werden. Aber das repressive System halbautomatisierter Arbeit isoliert den Arbeiter oder die einzelnen Arbeitsgruppen voneinander. Wir haben also mit steigender Mechanisierung eine steigende Isolierung innerhalb der Arbeiterschaft des Betriebes selbst, die die Integrierung in das System, die Entpolitisierung erleichtert. Diese Entwicklung kann Hand in Hand gehen mit wachsender Solidarität innerhalb der einzelnen Arbeitsgruppen.

Die Änderung in der Arbeitsweise, die mit der zunehmenden Automatisierung einhergeht, macht den Arbeiter passiver, als es vorher war, eher reaktiv als aktiv. Und das ist einer der entscheidenden Faktoren der Entwicklung, die auch den Begriff der Produktionsmittel bei Marx betrifft. Die Maschine in der halbautomatisierten Industrie und ganz bestimmt in der automatisierten ist nicht mehr Produktionsmittel im alten Sinne, nicht mehr Produktionsmittel in der Hand des Arbeiters oder der Arbeitergruppe. Die Maschine ist vielmehr zum Element eines Organisationssystems geworden, das seinerseits die Verhaltensweisen der Arbeiter nicht nur im einzelnen Betrieb, sondern darüber hinaus in allen Existenzbereichen bestimmt. Die Beanspruchung von eher technisch-psychischer als physischer Energie assimiliert die Arbeit im materiellen Produktionsprozeß an die Arbeit der Angestellten. Der Arbeiter verliert seine professionelle Autonomie, seine Sonderstellung; er wird zusammen mit den anderen Gesellschaftsklassen, die den Apparat bedienen, ihm ein- und untergeordnet. So nimmt er als Objekt und Subjekt an der allgemeinen Verwaltung und Unterdrückung teil. Diese Angleichung der Arbeiter und Angestellten zeigt sich in der Statistik am schlagendsten dadurch, daß zum ersten Male in den Vereinigten Staaten die Zahl der nicht in der Produktion beschäftigten Arbeiter größer ist als die Zahl der in der Produktion Beschäftigten. Die Tendenz geht in dieser Richtung weiter. Die Folge ist eine Schwächung der Gewerk-

schaften, eine Entpolitisierung der Arbeiter. (White Collar Workers widerstreben einer effektiven Organisation — wiederum mit Ausnahmen.)

Innerhalb dieses von den Maschinen — nicht mehr als Produktionsmittel, sondern als integralem System — bestimmten Apparats lebt der Arbeiter in einem sich scheinbar selbstbewegenden, mechanisierten und routinierten Ganzen, das ihn mitschwingt. Die Maschinen und die von Maschinen vorgeschriebenen Verhaltensweisen bewegen ihn im wörtlichen Sinne, teilen ihm ihren Rhythmus mit — nicht nur bei der Arbeit, sondern auch während der Freizeit, in den Ferien, auf dem Weg. Das heißt, in diesem neuen Rhythmus, der von der mechanisierten und automatisierten Arbeit ausgeht, wird auch die Seele des Arbeiters mobilisiert. Soziologen, die Enquêten innerhalb der automatisierten Fabriken vorgenommen haben, sprechen von einem Gefühl von instinktiver Befriedigung — to be in the swing of things.

Inwieweit diese Tendenzen der Integrierung nun auch auf die kapitalistischen Länder Europas übergegriffen haben, will ich hier nur ganz kurz hypothetisch andeuten. Ich glaube, daß die politische Opposition, die Arbeiteropposition, auch in den weniger entwickelten Industrieländern tendenziell schwächer wird. Die Politik selbst der größten kommunistischen Parteien, in Frankreich und in Italien, ist im Vergleich zu früheren Perioden der Tendenz nach sozialdemokratisch. Es scheint, daß in diesen Ländern die kommunistischen Parteien unter den veränderten Bedingungen des Kapitalismus sich in die geschichtliche Position der Sozialdemokratie hineingezwungen sehen, mit dem wesentlichen Unterschied, daß es links von ihnen heute keine wirkliche Macht zu geben scheint. Hand in Hand damit geht offenbar die Abstumpfung des Streiks als Waffe und die Entpolitisierung der Arbeiterbewegung in diesen Ländern.

Im Anschluß daran möchte ich noch eine verfängliche Frage stellen: Inwieweit sind die Tendenzen, die ich hier anzudeuten versucht habe, nicht nur im organisierten Kapitalismus, sondern auch im Sozialismus sichtbar? Wenn es nämlich wahr ist, daß sie von der technischen Veränderung im Arbeitsprozeß ausgehen, dann haben wir mit der Tatsache zu rechnen, daß die gegebene Technik der kapitalistischen Industrialisierung, die Technologie, vom Sozialismus übernommen worden ist. Ob nun mit der Übernahme der technologischen Basis Dinge übernommen worden sind, die man durchaus nicht übernehmen wollte, das genau ist eine der entscheidenden Fragen: Die Frage einer Assimilierung der beiden Systeme. Manche Ideen, die wir bei Marx finden, beziehen sich — und gerade als Marxisten müssen wir das offen aussprechen — auf eine frühere geschichtliche Stufe der Produktivität. Marx hat sich nicht vorgestellt, was auf dieser technologischen Grundlage und in der Situation der Koexistenz der Kapitalismus leisten kann, einfach als Auswertung technischen Fortschritts. Hand in Hand damit geht die Problematik der marxistischen Konzeption des Verhältnisses von Freiheit und Notwendigkeit, nach der das Reich der gesellschaftlichen Arbeit Reich der Notwendigkeit bleiben muß, auch im Sozialismus, während das Reich der Freiheit sich nur außerhalb und oberhalb des Reichs der Notwendigkeit entwickeln kann. Wir sollten diskutieren, ob diese Konzeption in der hochentwikkelten Industriegesellschaft überhaupt noch einen Inhalt hat. Wir lieben alle die Begriffe der Selbsterfüllung des Individuums, die freie Entfaltung individueller Fähigkeiten, die Aufhebung der Entfremdung, aber wir müssen heute fragen: Wie sieht so etwas aus? Wie sieht das aus, wenn in der technologischen Massengesellschaft die gesellschaftlich notwendige Arbeitszeit auf ein Minimum reduziert ist und die Freizeit beinahe volle Zeit wird. Was machen wir dann? Mit traditionellen Ausdrücken wie „schöpferische Arbeit" und „schöpferische Entwicklung" kommen wir nicht mehr aus... Denn die progressive Reduktion der notwendigen Arbeit ist keine Utopie mehr, sondern eine sehr reale Möglichkeit.

Die zweite Frage ist vielleicht noch schmerzhafter: Was ist aus dem Subjekt der Revolution geworden? Wenn nämlich die Integrierung der Arbeiter in den höchstentwickelten Industrieländern fortschreitet, haben wir da noch ein Recht, die Arbeiterklasse als das historische Subjekt der Revolution anzusprechen? Hier müssen wir wieder an einen der Begriffe von Marx erinnern, der im Zuge seiner humanistischen Uminterpretierung unterschätzt worden ist. Bei Marx wird die Arbeiterklasse zum geschichtlichen Subjekt der Revolution gerade deshalb, weil sie die absolute Negation des Bestehenden darstellt. Wenn sie dies nicht mehr ist, dann ist die qualitative Differenz zwischen ihr und den anderen Klassen, damit aber auch ihre Fähigkeit verschwunden, eine qualitativ andere Gesellschaft zu schaffen. Dann schwindet bei weiterer Stabilisierung auch das Bedürfnis nach einer qualitativen Änderung. Wir müssen uns fragen, ob man wirklich so schnell den Marxschen Begriff der Verelendung uminterpretieren oder überhaupt eliminieren kann. Ich weiß, daß Marx wie auch Engels und der ganze spätere Marxismus daran festgehalten haben, daß Verelendung durchaus nicht die Bedingung der revolutionären Entwicklung sein muß, daß vielleicht sogar die höchstentwickelten, auch materiell höchstgestellten Kreise der Arbeiterklasse ein revolutionäres Subjekt werden können. Wir müssen uns heute fragen, ob eine Revolution denkbar ist, ohne daß das vitale Bedürfnis nach ihr besteht. Denn das vitale Bedürfnis nach der Revolution ist sehr verschieden von den vitalen Bedürfnissen nach Verbesserung der Arbeitsbedingungen, nach mehr Gütern, mehr Freizeit, Freiheit und Befriedigung im Bestehenden. Warum soll der Umsturz des Bestehenden eine Lebensnotwendigkeit für diejenigen sein, die innerhalb des Bestehenden ein eigenes Haus, Automobil, Fernseh-

gerät, ausreichende Kleidung und Nahrung haben oder erwarten können?
Es wäre nicht das erste Mal in der Geschichte, daß wir nicht in der Lage sind, das Subjekt, das konkrete Subjekt der Revolution identifizieren zu können. Es hat schon früher Situationen gegeben, in denen dieses Subjekt eben latent war. Das widerlegt nicht den Marxismus. Die Begriffe, die Marx ausgearbeitet hat, müssen nicht abgelegt, sondern entwickelt werden, und ihre Weiterentwicklung ist in den Grundbegriffen selbst angelegt. Deswegen können wir uns und sollen wir uns den Pessimismus leisten, wo er angebracht ist. Denn nur auf diesem Grunde können wir eine Analyse leisten, die keiner Mystifikation verfällt und die nicht aus einer kritischen Theorie eine Ideologie macht.

Beiträge von Herbert Marcuse in der Diskussion

Zu Goldmanns Kritik, nach der die Situation heute, wie ich sie dargestellt habe, der der Junghegelianer ähnelt, möchte ich nur eins sagen: Die Junghegelianer konnten keine revolutionären Kräfte finden in einer Periode, in der das revolutionäre Proletariat im Aufsteigen war, während die Situation heute ja genau umgekehrt ist. Ich habe nie gesagt: „Es ist nichts zu machen". Leider konnte ich in meinem Referat auf die Frage des W a s t u n ? nicht eingehen. Es gibt Gruppen, mit denen der Marxist arbeiten kann und arbeiten muß. Sie sind nicht nur und nicht primär in der Arbeiterschaft zu finden. Und hier möchte ich etwas berichtigen, was Marković gesagt hat: Es gibt in Amerika Gruppen, von denen er behauptet hat, es gäbe sie nicht; Gruppen, die er humanistisch genannt hat, nämlich Intellektuelle, die nicht nur am Schreibtisch sitzen, die nicht nur hinter dem Katheder stehen, die gerade jetzt in den Südstaaten ihr Leben opfern, um für die bürgerlichen Rechte, die primitivsten bürgerlichen Rechte für Neger zu kämpfen. Die Rolle der Intellektuellen heute ist überhaupt nicht zu unterschätzen, und dieser kämpferische Humanismus existiert auch in anderen Schichten. Mit diesen Gruppen zu arbeiten, ihr Bewußtsein zu stärken und zu erweitern, ist wirklich nicht nur Theorie, kommt gleichzeitig auch der Praxis zugute. Wir kennen die heute schon revolutionäre Rolle der Studenten in Ländern wie Südkorea und Vietnam. Man kann nicht mehr so leicht, wie es der Marxismus früher getan hat, die Rolle der Intellektuellen vernachlässigen.

Ich habe nicht behauptet, daß die Technik als Hauptfaktor für die heutige Situation verantwortlich ist. Ich habe von der Technik als Herrschaftssystem gesprochen, das heißt, daß der technische Fortschritt und die Technologie in einer bestimmten Weise organisiert worden sind und daß diese Organisationsform der Technik das bestehende System in den kapitalistischen Industrieländern zusammenhält. Daß die Technik auf eine andere Organisationsbasis gestellt werden kann — ich bin der letzte, der das bestreitet, und gerade darin sehe ich eine der entscheidenden Aufgaben des Sozialismus. Der Sozialismus übernimmt nicht einfach die Technologie des Kapitalismus, der Sozialismus schafft in einem ganz konkreten Sinn seine eigene Technologie.

Ich habe nie geleugnet, daß es Konflikte innerhalb der bestehenden Gesellschaft gibt, und ich weiß, daß sie in Frankreich sicher schärfer sind als in den USA. Der Konflikt zwischen dem staatlichen und dem privaten Sektor ist sicher da, er war oft schon da in der Geschichte des Kapitalismus. Aber ich glaube nicht, daß das einer der Konflikte ist, die explosiv sind und zur Zerstörung des Kapitalismus führen werden.

Ich habe auf den Widerspruch hingewiesen, den ich als den zentralen Widerspruch im Kapitalismus heute ansehe: Einerseits drängt das System zur Automatisierung, andererseits kann es sich die volle Automatisierung nicht leisten, weil sie zum Zusammenbruch der bestehenden Institutionen führen würde. Das ist der entscheidende Gegensatz; er indiziert auch die Möglichkeit einer Revolution. Nur, wie gesagt, das ist keine Sache, die von heute auf morgen zu planen ist, das ist ein langwieriger Prozeß, der seinerseits wieder sehr stark von der Entwicklung der Koexistenz zwischen Kapitalismus und Sozialismus abhängt, zum Beispiel davon, ob der Kommunismus oder Sozialismus es dem Kapitalismus erlauben wird, die Automatisierung weiterhin zu dosieren, das heißt in solchen Schranken zu halten, daß sie das System nicht sprengt — oder ob die ökonomische und kulturelle Entwicklung in den kommunistischen Ländern so fortschreiten wird, daß sie den Kapitalismus zwingt, seinerseits immer extensiver und intensiver zu automatisieren, um nicht in dieser globalen Konkurrenz zurückzubleiben.

Selbstregierung der Arbeiter als wirklich sozialistische Selbstregierung ist nur n a c h der Revolution möglich, aber nicht v o r der Revolution. Oder besser, wirkliche Selbstregierung der Arbeiter ist schon die Revolution.

Daß das Proletariat nicht das Proletariat bleibt in den hochentwickelten Industrieländern, sondern sich in seiner Position und Haltung verändert, ist in der marxistischen Theorie selbst nicht nur angelegt, sondern gesagt worden. Diese Entwicklung ist in der Konzeption der höheren organischen Zusammensetzung des Kapitals enthalten, aus der auch die Stabilisierung des Kapitalismus abgeleitet werden kann. Die marxistischen Begriffe verschwinden nicht, sondern werden entwickelt, und zwar nicht so entwickelt, daß sie nur einfach an die neue Realität angepaßt werden, sondern so, daß die neue Realität aus ihnen selbst erklärt werden kann. Also keine Zufügung von außen, sondern wirklich eine dialektische Weiterentwicklung, die in der marxistischen Theorie selbst schon da ist.

Daß heute in den höchstentwickelten Industrieländern fast die gesamte Bevölkerung Objekt geworden ist und daß diese Objekte vielleicht einmal die Subjekte der Revolution werden können, glaube ich auch. Das wäre die totale Revolution, die nicht mehr von einer Klasse durchgeführt wird, sondern nun wirklich von der gesamten verwalteten und unterdrückten Gesellschaft, mit Ausnahme der immer kleiner werdenden Herrenschicht. Aber auch hier darf man diese Begriffe nicht ideologisch gebrauchen. Ich weiß, daß Ausbeutung nicht aufhört, wenn es den Arbeitern besser geht, aber ich würde sicher nicht so weit gehen, zu sagen, daß es gleichgültig ist, ob der Arbeiter ein Eigenheim, ein Automobil, einen Fernsehapparat hat oder ob er sich das nicht leisten kann. Wenn man so weit geht, dann gibt man nun wirklich die Basis des Materialismus selbst auf, nicht nur des dialektischen.

Die sozialen Folgen der Automation

Eckart Teschner

Nach dem Ende des 2. Weltkrieges begann sich in den Vereinigten Staaten und seit etwa 10 Jahren auch in Europa in Büro und Fertigung ein Verfahren durchzusetzen, das seit den fünfziger Jahren mit dem Begriff „Automation" umschrieben wird. Alsbald zeigte sich, daß sich die damit verbundenen Folgen ökonomischer, betriebs- und möglicherweise gesellschaftsstruktureller Art von denen traditioneller Produktionsweisen so unterschieden, daß dieses Phänomen in zunehmendem Maße — sei es in Publikationen oder auf Kongressen — Gegenstand ökonomischer und soziologischer Überlegungen wurde.

Bei einem Vergleich der bisherigen wissenschaftlichen Erörterungen zu den einzelnen Aspekten der Automation fällt besonders auf, wie kontrovers die möglichen sozialen Konsequenzen dieser neuen technischen Entwicklung gesehen werden. Wegen der unterschiedlichen und wissenschaftlich meist unverbindlichen Antworten auf die einzelnen Fragestellungen mußte Edgar Salin am Ende einer Automationstagung resümieren, „daß wir nicht nur empirisch, sondern auch theoretisch noch weitgehend im dunkeln tappen".[1])

Die Übergangssituation von traditioneller zur automatischen Produktionsweise, fehlende empirische Studien und die unterschiedliche theoretische Verarbeitung bisher bekannter Daten sind wahrscheinlich die Ursachen dafür, daß sich weder ein einheitlicher Begriff der Automation herausgebildet hat noch Klarheit darüber besteht, welche sozialen Konsequenzen die Einführung der Automation für die betriebliche und gesellschaftliche Struktur haben wird.

Neben der Schilderung produktionstechnischer Merkmale der Automation und einiger exemplarischer Fälle werde ich mich darauf beschränken, zentralen Fragestellungen besonders innerbetrieblicher Art nachzugehen und — bruchstückhaft — einige gesamtgesellschaftliche Aspekte bei fortschreitender Automation aufzuzeigen.

Merkmale automatischer Produktionsverfahren

„Automation als Produktionstechnik hat zum Ziel, die menschliche Arbeitskraft in den Funktionen der Bedienung, Steuerung und Überwachung von Maschinen sowie die Kontrolle der Produkte so weit durch Maschinen zu ersetzen, daß vom Beginn bis zur Beendigung des Arbeitsprozesses keine menschliche Hand das Produkt berührt."[2])

Diese von Pollock als Zielsetzung und Methodik umrissene Bestimmung weist auf die Eigentümlichkeit der automatischen Produktionsweise hin. Kann man in der traditionellen Fertigung den manuellen und sensuellen Anteil menschlicher Arbeit als notwendigen Bestandteil ansehen, so ist es geradezu Bestimmung der Automation, jeden Anteil menschlicher Arbeit im Produktionsprozeß zu eliminieren. Die heute noch verbliebenen Funktionen der Arbeiter wie z. B. die Zufuhr des zu bearbeitenden Materials, Ingangsetzen und Abstellen der Maschine, Kontrolle der Qualität und Menge des Produkts, Gesamtüberwachung des Arbeitsprozesses sollen ebenso wie die Handhabung von nichtautomatischen Werkzeug- und Einzweckmaschinen weitgehend von elektronisch, pneumatisch oder hydraulisch gesteuerten Maschinen übernommen werden. „Das logische Endziel der Automation ... ist der vollautomatische Arbeitsprozeß. Er liegt dann vor, wenn die Produktionsanlage ‚ohne menschliche Eingriffe das Produkt innerhalb der vorgeschriebenen Qualitätsgrenzen liefert'."[3])

Die vollständig angestrebte Eliminierung menschlicher Eingriffe wurde möglich, nachdem die drei für die Automation wesentlichen Merkmale: Mechanisierung, kontinuierlicher Produktionsprozeß und automatische Regelung — so zusammengefaßt werden konnten, daß eine Integration der bisherigen diskontinuierlichen Einzelprozesse der Produktion in einen zusammenhängenden, fließenden Gesamtprozeß gelang.

„Man könnte sagen, daß die bisher vorwiegend für die Montage angewandten Methoden des Fließbandes auf die Materialbearbeitung übertragen werden, jedoch mit dem Unterschied, daß die am Fließband bisher tätigen Arbeitskräfte durch neuartige Maschinen ersetzt werden."[4])

Die Zusammenfassung des in kleinste Teiloperationen zerlegten Produktionsvorgangs, in dem alle Arbeitsvorgänge maschinell vorgenommen werden, zu einem fließenden Gesamtprozeß, setzt Geräte voraus, die die Funktionen der Bedienung, Steuerung und Überwachung übernehmen. Dieses Steuerungssystem, automatische Regelung genannt und von Buckingham als „ein ausschließlich die Automation kennzeichnendes Merkmal"[5]) angesehen, beruht auf dem Rückkopplungsprinzip (feed-back).

Das Rückkopplungs- oder Selbstregulierungsprinzip wurde vom biologischen Organismus auf den funktionellen Zusammenhang technischer Aggregate übertragen. Norbert Wiener[6]) entwickelte auf dieser Basis die mathematische Theorie der Kommunikation, die es ermöglicht, analysierte Prozesse in technische Sprache umzusetzen und als Informationen einem Elektronenrechner (computer) einzugeben. Das Gerät vergleicht empfangene Produktionsdaten mit den gespeicherten Informationen und gibt gegebenenfalls Korrekturbefehle zurück.

„Allgemein läßt sich dieser Vorgang folgendermaßen formulieren: bestimmte Eigenschaften des durch den Arbeitsprozeß geschaffenen Erzeugnisses werden von einem dafür geeigneten Gerät an ein anderes Gerät ‚zurückgemeldet', wodurch die Produktion (‚output') innerhalb der vorgeschriebenen Toleranzen gehalten wird. Diese Regelung kann auf jeder Stufe des Produktionsprozesses erfolgen und je nach Vielfältigkeit äußerst komplizierte Formen annehmen. Ihre praktische Anwendbarkeit hängt davon ab, ob die als ‚Sinnesorgane', Befehlszentrale und Ausführungsorgane fungierenden Geräte hergestellt werden können." [7])

Die vollautomatische Fabrik besteht heute nur in seltenen Fällen und höchstens in angenäherter Vollständigkeit. Inwieweit sie zur Anwendung kommt, hängt neben bestimmten ökonomischen Bedingungen und dem Stand der Technik auch von der Eigenart des Produktes ab. Die Verarbeitung etwa von Öl und anderen Flüssigkeiten in einem automatisch kontrollierten, fließenden Gesamtprozeß bereitet weit weniger Schwierigkeiten als die automatische Fertigung von Schiffen.

Die Automation fand daher zunächst überall dort Zugang, wo bereits vom Produkt her ein Fließprozeß und Massenproduktion vorlagen: in den Raffinerien, der Automobil-, Eisen- und Stahl-, Maschinen-, Papier-Industrie usw. Aber auch hier kann eher von Teil- als von Vollautomation gesprochen werden. Entweder gibt es bereits vollautomatische Teilprozesse innerhalb des Produktionsablaufes oder dieser konnte mit Hilfe neuer Bearbeitungs-, Beförderungs- und Montagegeräte zu einem Gesamtfluß gebracht werden, ohne daß dabei die menschliche Arbeitskraft in den Funktionen der Bedienung, Steuerung und Kontrolle ausgeschaltet wurde.

Bei einem Vergleich traditioneller und automatischer Fertigungsmethoden wird deutlich, daß die Automation mehr bedeutet als die graduelle Weiterführung der Mechanisierung der Arbeit. „Ihre vielleicht revolutionäre Wirkung auf Wirtschaft und Gesellschaft fließt aus ihrer ans Phantastische grenzenden Leistungsfähigkeit." [8])

Einige Beispiele mögen das verdeutlichen:

1. Besonders weit fortgeschritten ist die vollautomatische Produktionsweise in der Rüstungsindustrie (USA). Mit dem Fließbandverfahren produzierten 23 Arbeiter 900 Granatenteile pro Stunde, während für dasselbe Produktionsergebnis im automatischen Verfahren nur zwei Arbeiter beschäftigt werden.
2. In den Ford-Werken in Cleveland führen 26 Maschinen für die Produktion von Motorblöcken insgesamt 532 automatische Operationen aus, um den aus der Gießerei kommenden rohen 6-Zylinder-Block in 3 Stunden gebrauchsfertig zu machen. Benötigt werden 41 Mann für die Einstellung, Überwachung und Reparatur der Maschinen. Im Fließbandverfahren wurden 117 Arbeiter gebraucht, um in 4½ Stunden einen rohen Motorblock zu bearbeiten.
3. In einer Fabrik der Grammophonplattenindustrie wurde bisher von 250 Arbeitern, die unter ohrenbetäubendem Lärm und inmitten von Gestank arbeiteten, in einer 8-Stunden-Schicht ein Fünftel dessen produziert, was jetzt 16 gekuppelte Maschinen leisten, die von 4 Aufsehern überwacht werden.[9])

Die sozialen Konsequenzen der Automation im Betrieb

Ebenso umstritten wie die Möglichkeit technologischer Arbeitslosigkeit — die sich in den Beispielen bereits andeutet — ist die Auswirkung der Automation auf die Qualität der in Zukunft vorwiegend zu leistenden Arbeit. Wird die automatische Produktionsweise den Arbeitern in ihrer großen Mehrheit zu einer Aufstufung ihrer sozialen Position verhelfen — dem sogenannten ‚upgrading' —, oder findet eine Vermehrung der unqualifizierten Arbeitsformen statt, so daß eher mit einer Herabstufung des sozialen Status — dem ‚downgrading' — der Industriearbeiterschaft zu rechnen ist?

Dem zunächst angenommenen upgrading-trend lag die Vermutung zugrunde, die Verwendung hochentwickelter Maschinen in komplizierten Arbeitsabläufen verlangten zu ihrer Bedienung hochqualifiziertes Personal. Die Arbeitskräfte müßten einen höheren Grad des Verstehens, der Aufmerksamkeit und der Ausbildung haben. Ihre Höherstufung liege demnach auf der Hand.

Diese Prognosen mußten insbesondere nach Untersuchungen von James R. Bright, die auf verschiedenen Stufen der Automatisierung durchgeführt wurden, wesentlich korrigiert und differenziert werden. Bright ging bei seiner Analyse nicht von einem Automationsbegriff aus, der sich allein durch die automatische Steuerung bestimmt. „Die Vorstellung, daß die Automation auf eine besondere Art der Mechanisierung zurückzuführen ist, die auf einer Rückkoppelungssteuerung beruht, ist ein naiver Irrtum." [10]) Vielmehr haben wir es „mit der Mechanisierung sämtlicher körperlicher und einiger geistiger Tätigkeiten zu tun". [11])

Die Frage: Wie verändern automatische Maschinen die Anforderungen an den Arbeiter? setzt Bright in den Fragekomplex um: In welcher Weise ergänzt die Maschine die Körperkräfte, die geistigen Fähigkeiten, das Urteilsvermögen und den Grad der Kontrolle des Arbeiters?

Die schrittweise Analyse automatischer Maschinen und Produktionsanlagen ergab, daß auf bestimmten Stufen der Automatisierung die Qualifikationsansprüche einiger Tätigkeitsmerkmale zunahmen, ihre Bedeutung jedoch bei weiterer Mechanisierung rapide zurückging. Wenn etwa Mechanisierungsstufen erreicht sind, wo die Maschinen automatische Messungen durchführen, wird an das kritische Urteilsvermögen und an die erforderliche Aufmerksamkeit des Bedienungswartes nur eine geringe Anforderung gestellt. Die Maschine mißt für ihn.

Oder läßt sich die Einstellung und Steuerung des Arbeitsablaufes vom Arbeiter auf die Maschine übertragen, so wird

die vorher notwendige Kenntnis des Maschinenzusammenhangs hinfällig. „Natürlich kann der Grad und der Punkt, wo der Wechsel eintritt, je nach Maschine verschieden sein. Aber der allgemeine Effekt scheint eine erst ansteigende, dann fallende Kurve zu sein.[12])

In seiner Studie „Toward the Automatic Factory" weist Charles R. Walker auf die mit der Automation zunehmende geistig-nervliche Beanspruchung hin. „Wegen der verhängnisvollen Konsequenzen für die Maschine, das Produkt oder gar für sie selbst standen die Arbeiter unter dem Zwang, ständig zu beobachten, blitzschnell zu reagieren und Fehler zu vermeiden. Alle diese unerwünschten Merkmale entsprangen dem automatischen oder halbautomatischen Charakter des Werkes."[13])

Das von Walker untersuchte Röhrenstahlwerk produzierte auf unterschiedlichen Automationsstufen; die Mechanisierungsgrade waren nicht einheitlich. Das zwar besser integrierte, schneller und leistungsfähigęr produzierende System überließ den Arbeitern viele Steuerungsprobleme, die zur vermehrten geistig-nervlichen Beanspruchung führten — „nicht weil die Maschinen mehr automatisiert waren, sondern weil sie nicht genügend automatisiert waren".[14])

Auf Grund seiner Analyse der Qualifikationsansprüche bei fortschreitender Mechanisierung körperlicher und geistiger Tätigkeiten glaubt Bright, daß die Arbeit der unmittelbar produzierenden Arbeitskräfte eher entqualifiziert denn schwieriger würde. Im Gegensatz zu Schelsky und Buckingham nimmt er ferner an, daß die Automationsspezialisten unter den Arbeitern, die Steuerungsfachleute und das besonders ausgebildete Instandhaltungspersonal, eine sehr kleine Gruppe bilden werden. Hauptsteuerpulte, an denen die Spezialisten fungieren, gibt es in den automatisierten Fabriken sehr wenige. In einem von ihm untersuchten Werk, dessen Produktion elektronisch gesteuert wurde, betrugen die qualifizierten Reparaturarbeiter 1 % des gesamten Instandhaltungspersonals.

Die Analyse hat gezeigt, daß die Mehrzahl der industriellen Arbeitsformen bei fortschreitender Mechanisierung einfacher werden. Zwar besteht eine direkte Beziehung zwischen Qualifikationsanspruch, Lohnhöhe und sozialen Status. Bei abnehmendem Leistungsanspruch lassen sich jedoch nicht ohne weiteres fallende Löhne und damit soziales downgrading prognostizieren. Der Lohn ist unter kapitalistischen Bedingungen als politisch-ökonomische Kategorie in weitem Maße abhängig von der konjunkturellen Lage der Wirtschaft und den Machtverhältnissen etwa zwischen den Unternehmern und den Organisationen der Arbeiter.

Unmittelbar ergeben sich aus den verschobenen Qualifikationsanforderungen Probleme der Lohnfindung. „Wenn der Bedienungsmann nicht Quantität und Qualität kontrolliert, wenn er weniger Entscheidungen beim Produktionsablauf fällt, wenn er geringerer körperlicher und geistig-nervlicher Belastung ausgesetzt ist, wenn die Automation die Anforderungen an Wissen und Können, Ausbildung und Erfahrung herabsetzt, wenn die Automation Unfallgefährdung ausschließt und die Umgebungseinflüsse verbessert — dann sind viele der herkömmlichen Leistungen des Arbeiters von geringem oder von überhaupt keinem wirtschaftlichen Wert. Was sollen dann die Kriterien für den Lohn sein?"[15])

Die traditionellen Arbeitsbewertungssysteme verteilen Punkte für Fachkönnen, Ausbildung und andere Leistungen nach Merkmalen, die sich an den Tätigkeiten zur Bedienung herkömmlicher Maschinen orientieren. Die Entwicklung der Automation verschiebt die relative Bedeutung der Faktoren und schaltet einige wesentliche sogar aus. Die Punktskalen erweisen sich demnach gegenüber den neuen Arbeitsplätzen als ungeeignet. Ebenso in Frage gestellt werden die herkömmlichen Leistungsanreizsysteme, die überhaupt nur dort ihre Berechtigung haben, wo die technische Anlage dem Arbeiter einen Leistungsspielraum freiläßt, durch den der Gesamtausstoß der Produktion beeinflußbar ist. Gerade dieser Spielraum wird mit zunehmender Automatisierung eingeengt. Der Arbeiter befindet sich schließlich außerhalb des eigentlichen Produktionssystems.

„Zur Grundlage der Entlohnung wird die in einer Zeiteinheit zur Verfügung gestellte Qualifikation, und zwar unabhängig davon, ob die Qualifikation aktiviert wird oder nicht. Versuche, darauf Prämiensysteme aufzubauen, orientieren sich an der These, daß die zur Verfügung gestellten Qualifikationen auf die Sicherung eines kontinuierlichen Laufes der Produktionsapparatur abzielen. Diesen Versuchen wird daher mit der Perfektionierung der technischen Abläufe in zunehmendem Maße der Boden entzogen."[16])

Neben dem Qualifikations- und Entlohnungssystem konzentriert sich die Automationsdiskussion auf die möglichen Veränderungen der Kooperations- und Herrschaftsformen im Betrieb. In der bereits erwähnten Studie „Toward the Automatic Factory" vertritt Charles R. Walker die These, daß in den veränderten Arbeitsanforderungen und der „Größe und Struktur der Arbeitsgruppen der auffallendste und charakteristische Gegensatz zwischen dem alten und neuen Werk liegt."[17])

Die Größe der Arbeitsgruppe verringerte sich von 25 auf 9 Arbeiter bei gleichzeitigem vierfachem Produktionsausstoß. Ebenso entfielen die vorher typischen Untergruppen mit ihren Gruppenführern. Die Mitglieder der neuen Arbeitsgruppe waren über die ganze Halle verstreut und hatten keinen direkten Kontakt untereinander. Ihre Kooperation war allein durch die technische Anlage vermittelt, deren reibungsloser Ablauf von der präzisen Erfüllung der Aufgaben abhing, die den Arbeitern an ihren isolierten Arbeitsplätzen gestellt wurden.

Die Untersuchung von Walker scheint die in „Technik und Industriearbeit" von Popitz, Bahrdt u. a. vertretene These: „Die gesteigerte Mechanisierung und Automatisierung führt zur Ausscheidung der teamartigen Momente innerhalb des Arbeitsgefüges",[18]) zu bestätigen. Gleichzeitig kann die neue Arbeitsgruppe im Röhrenstahlwerk als eine gefügeartige

Kooperation beschrieben werden, wobei festgehalten werden muß, daß es sich hier um eine spezifische Stufe der Automation handelt.

Die gefügeartige Kooperation zeichnet sich neben der technisch vermittelten Zusammenarbeit durch die enge Beziehung zwischen Mensch und Maschine aus. Dieser Zusammenhang wird aber bei zunehmender Automatisierung aufgelöst. Der Mensch tritt aus dem Produktionsprozeß heraus. Die veränderten technischen Bedingungen der Produktion und die Verwendung von automatischen Geräten und Elektronenrechnern in Büro und Verwaltung bleiben nicht ohne Einfluß auf die Organisation des Betriebes. Der bereits in der traditionellen Fertigungsweise beobachtete Funktionsverlust der unmittelbaren Vorgesetzten setzt sich in der automatischen Produktion verstärkt fort. Indem Befehle und Kontrolle auf die Maschine übertragen werden, entfällt die Aufseher- und Kontrollfunktion der Meister und Vorarbeiter. Herrschaft hat sich aus dem persönlichen Vorgesetztenverhältnis gelöst und ist „hinter die Fassade der objektiven Rationalität“ [19]) geschlüpft, ohne allerdings den Arbeiter aus seiner Objektstellung zu entlassen.

Die dem Meister bisher verbliebene Aufgabe der Disposition der Arbeit scheint mit der Verwendung von Elektronenrechnern und speziellen Informationssystemen an Bedeutung zu verlieren. Die Tendenz „der zunehmenden Verlagerung der dispositiven Aufgaben von den Meistern und Betriebsleitern in die technischen Führungsstäbe“ [20]) betrifft einen großen Teil des sogenannten mittleren Management. Es handelt sich um jene Hierarchie von Werkmeistern, Inspektoren, Bürovorstehern, Abteilungsleitern und jüngeren Managern mit besonderen Aufgaben, auf deren Mitarbeit die Betriebsleitung bisher in hohem Maße angewiesen war.

Der größte Teil dessen, „was das mittlere Management an Erfahrung, Routine und Kombinationsfähigkeit leistet, um seinen Bereich in Gang zu halten“, kann „durch den Elektronenrechner exakter, logischer und ohne Gefahr, daß ein wichtiger (bekannter) Faktor übersehen wird, automatisch in die Entscheidung miteinbezogen werden ... Denn die automatische Datenverarbeitung macht viele Berichte, Vorschläge und Pläne unter Ausschaltung des mittleren Management der Geschäftsleitung unmittelbar zugänglich.“ [21]) Die bisher geschilderten betrieblichen Konsequenzen des veränderten Produktionssystems für Qualifikationsstruktur, Entlohnungssystem, Kooperationsformen und Führungsstrukturen beziehen sich auf Beobachtungen einer vielschichtigen und heterogenen Übergangssituation.

Davon ausgehend, lassen sich für die betriebliche Sphäre folgende Tendenzen hervorheben:

1. Mit fortschreitender Mechanisierung körperlicher und geistiger Tätigkeiten verringern sich die Qualifikationsanforderungen der unmittelbar in der Produktion Tätigen. Da der Lohn sich weitgehend durch politisch-ökonomische Verhältnisse bestimmt, kann von der Entqualifizierung der Arbeit nicht unmittelbar auf soziales downgrading der Industriearbeiter geschlossen werden.
2. Gegenüber den neuen Produktionsweisen versagen die traditionellen Arbeitsplatzbewertungs- und Lohnanreizsysteme.
3. Neben der zunehmenden Zahl der Angelernten wird sich eine Gruppe technisch qualifizierter Arbeiter, den Steuerungs- und Reparaturspezialisten, herausbilden. Es ist daher mit einer verstärkten Schichtenbildung innerhalb der Industriearbeiterschaft zu rechnen.
4. Die Reduzierung der körperlichen Arbeit wird die herkömmliche Trennung von manueller und nichtmanueller Tätigkeit, von Werkstatt und Büro und damit zwischen Arbeitern und Angestellten im unteren Bereich der Betriebsorganisation aufheben. Diese Tendenz wird in der Literatur mit der „Entproletarisierung“ der Arbeiterschaft umschrieben. Man kann annehmen, daß die automatisierten Betriebe auf Festlohn und kollektive Zulagen, die sich am Gesamtausstoß orientieren, übergehen werden.
5. Die Verwendung von Elektronenrechnern in Produktion, Büro und Verwaltung macht bestimmte Funktionen des mittleren Management überflüssig. Die Kluft zwischen „oben“ und „unten“ scheint sich demnach in den Betrieben zu vergrößern.

Zum Problem der technologischen Arbeitslosigkeit

Die Frage, ob eine weitgehend privatwirtschaftlich organisierte Wirtschaftsform die im Zuge der Automation freigesetzten Arbeitskräfte absorbieren kann, oder ob der Kompensation strukturell bedingte Schwierigkeiten entgegenstehen, hat sich zum am meisten kontroversen Punkt der ganzen Automationsdiskussion entwickelt.

Kritisch hat sich Helmut Schelsky gegen eine derartige Problementfaltung gewandt. Als eine „ideologische Überfolgerung“ muß seines Erachtens „jeder Versuch einer notwendigen Zuordnung bestimmter Wirtschafts- und Gesellschaftsordnungssysteme zu dem produktionstechnischen Vorgang der Automatisierung angesehen werden. Die offensichtliche Tatsache, daß die Automatisierung bisher am erfolgreichsten und weitesten sowohl in den USA als auch in der UdSSR, also in zwei sich als stracks gegensätzlich verstehenden Wirtschaftsordnungen, durchgeführt worden ist, und zwar in jedem Fall ohne merkbare Veränderung des wirtschaftlichen Ordnungssystems, sollte den Schluß nahelegen, daß diese technische Entwicklung wirtschaftsordnungsneutral ist und das jeweilige Wirtschaftssystem, sofern es überhaupt nur auf modern-technische Produktion eingestellt ist, als soziale Vorgegebenheit angesehen werden kann.“ [22])

Ob Schelsky damit seinen eigenen Anspruch, an diesem entscheidenden Problem die Automationsdiskussion, „anstatt sie weiter anzuregen, zu einem praktisch fruchtbaren Abschluß zu bringen“,[23]) erfüllt hat, bleibt zweifelhaft. Das Problem der technologischen Arbeitslosigkeit kann in den

kapitalistischen Ländern nur unter den Bedingungen der Marktmechanismen verstanden werden und stellt sich völlig anders bei planwirtschaftlichen Verhältnissen.

Da „die Auswirkungen der Automation auf den Arbeitsmarkt nur mittels umfangreicher empirischer Untersuchungen isoliert werden können, die bisher nicht vorliegen",[24]) können z. B. kaum präzise Prognosen über das mögliche Ausmaß technologischer Arbeitslosigkeit aufgestellt werden. Ich möchte mich deshalb darauf beschränken, den Bedingungen des Problems nachzugehen.

Rationalisierung des Produktionsablaufes, sei sie organisatorischer oder technischer Art, zielt darauf ab, die Kosten und insbesondere „die Lohnkosten durch verringerten Einsatz menschlicher Arbeit je produzierter Einheit"[25]) herabzudrücken. Technologisch bedingte Freisetzungen von Arbeitskräften liegen vor, wenn nach Einführung neuer Techniken die gleiche Produktionsmenge bei verringertem Arbeitseinsatz oder bei gleichem Arbeitseinsatz eine größere Produktionsmenge erzielt wird. Unterschieden wird dabei zwischen direkter Freisetzung, das heißt wenn die Einsparung menschlicher Arbeitskraft unmittelbar erfolgt, und indirekten Freisetzungen, die sich ergeben, „wenn technische Änderungen nicht nur im rationalisierenden, sondern sozusagen als Fernwirkungen auch in anderen Unternehmen Arbeitskräfte einsparen".[26])

Da Freisetzungen zunächst nichts anderes bedeuten als die Einsparung menschlicher Arbeitskräfte, können, aber müssen sie nicht Entlassungen verursachen. Entlassungen werden in der Regel dann vorgenommen, wenn die automatisierten Unternehmen ihre Produktion nicht so ausweiten können, daß genügend neue Arbeitsplätze entstehen, oder wenn der Absatz und damit die Produktion zurückgeht.

Die bisherigen Beobachtungen haben allerdings gezeigt — und die zu Beginn beschriebenen Beispiele deuteten darauf hin —, daß die Einführung automatischer Produktionsanlagen wegen ihres großen Rationalisierungseffekts in den meisten Fällen direkt oder indirekt mit Entlassungen verbunden war.

Können die freigewordenen Arbeitskräfte absorbiert werden?

Die „Optimistischen" vertreten die Ansicht, daß der technische Fortschritt zwar kurzfristig zu technologischer Arbeitslosigkeit führen kann, die Preismechanismen aber alsbald einen Ausgleich erwirken. Die kostensparenden Automationsinvestitionen werden Preissenkungen nach sich ziehen und so die kaufkräftige Nachfrage erhöhen. Deren Befriedigung führt zur wirtschaftlichen Expansion und somit zur Schaffung neuer Arbeitsplätze. Begünstigt wird der Selbstregulierungsmechanismus des Marktes durch den evolutionären Prozeß der Automatisierung, wobei die dazu notwendigen Maschinen zur Bildung neuer Industrien und damit neuer Arbeitsplätze führen.

Die Theorie vom sich selbst regulierenden Markt setzt einen hohen Grad konkurrierender Preise auf den Warenmärkten und einen hohen Grad von Mobilität auf seiten der Arbeitskräfte, des Kapitals und anderer Produktionselemente voraus; Bedingungen, die unter den heutigen oligopolistischen Verhältnissen nicht gegeben sind.

Die „Pessimisten" der Automationsdiskussion vertreten die These, daß es „im Wirtschaftssystem keine selbsttätige Regulierungen gibt, welche die Vollbeschäftigung garantiert".[27]) Weiter weisen sie darauf hin, daß in absehbarer Zukunft die automationsreifen Industrien — in den USA sind in ihnen 40 % aller Arbeitnehmer beschäftigt[28]) — unter dem Druck der Konkurrenz die neuen technischen Anlagen investieren müssen, die im Effekt zwar die Produktion erhöhen, aber kaum genügend neue Arbeitsplätze schaffen, um die freigesetzten Arbeitskräfte zu kompensieren. Nach Buckingham beträgt in den USA die Zahl der technologischen Freisetzungen alljährlich etwa 2,5 Millionen Arbeitskräfte. Zusammen mit den 1,4 Millionen Arbeitskräften, um die sich die Zahl der Erwerbstätigen jährlich in den USA erhöht, müssen dort jährlich für 4 Millionen Arbeitskräfte neue Arbeitsplätze geschaffen werden.[29])

Es zeigt sich hier, daß der Zusammenhang zwischen der Zahl der in Zukunft freigesetzten Arbeitskräfte und dem Ausmaß des wirtschaftlichen Wachstums für das Problem der technologischen Arbeitslosigkeit entscheidend ist. „Auf lange Sicht werden die Dienstleistungsbetriebe den Überschuß vermutlich größtenteils aufnehmen, da es aber im Wirtschaftssystem keine selbsttätige Regulierung gibt, welche die volle Beschäftigung garantiert, müssen unsere Folgerungen von der Voraussetzung fortschreitender wirtschaftlicher Expansion ausgehen."[30])

Auf die neuen Schwierigkeiten, die sich mit der Automatisierung für ein kontinuierliches Wirtschaftswachstum ergeben, weist Pollock hin. Mit den Schwankungen der Gesamtnachfrage „kann die automatische Produktionsweise leicht in Konflikt geraten. Ihre sehr hohen fixen Kosten an Investitionen und Arbeitskräften können sich nur rentieren, wenn die Produktionskapazität einigermaßen voll ausgenutzt wird. Einschränkung oder gar Schließung des Betriebs bedeuten in der Regel große Verluste. In schärferer Form als je können hier die Bedürfnisse des Betriebes in Gegensatz zur Marktlage geraten, d. h. die Fähigkeit zu produzieren diejenige zu konsumieren weit überschreiten."[31])

Selbst den gewerkschaftlichen Forderungen nach Arbeitszeitverkürzung und Lohnerhöhung, mit denen den Gefahren der technologischen Arbeitslosigkeit und der Unterkonsumption begegnet werden soll, gibt Pollock als harmonisierenden Faktoren wenig Chancen. Sie führen nur „zu einer Beschleunigung des Übergangs zur automatischen Produktionsweise, die es erlaubt, an den fortwährend steigenden Lohnkosten Einsparungen zu machen. Wenn wir uns ferner daran erinnern, welche entscheidende Rolle die fortgesetzte Expansion der Wirtschaft für die Aufrechterhaltung dieses Gleich-

gewichtes spielt, dann werden wir leicht feststellen können, welchen verschärften Gefahren eine Wirtschaft ausgesetzt ist, in der die Verbreitung der Automation keiner anderen Regelung unterworfen ist als dem Selbstinteresse der einzelnen Unternehmung."[32])

Sicher ist, daß mit der Entwicklung der Automation die Produktivkräfte einen Stand erreicht haben, mit dem die Chance, den Menschen weitgehend vom Arbeitsprozeß zu befreien, konkret sichtbar wird. Fraglich bleibt, ob die Chance innerhalb eines kapitalistisch organisierten Wirtschaftsprozesses realisiert werden kann. Denn solange die Produktion primär ein Kapitalverwertungsprozeß ist, „besteht der Konflikt zwischen den produktiven Fähigkeiten der Gesellschaft und ihrer destruktiven und restriktiven Verwendung fort"[33]): die jährlichen kapitalschluckenden Modifikationen der Wagentypen in der Automobilindustrie zeigen das. Ohne das eklatanteste Beispiel von Destruktion — die Rüstungsindustrie — anzuführen, ließe sich das Zusammenfallen von Produktivität und Destruktivität an genügend Beispielen aus der Konsumgüterindustrie verdeutlichen. Die ökonomischen Mechanismen verhindern, daß die sich am Einzelinteresse orientierende Rationalität gesamtgesellschaftliche Rationalität werden kann. „Es scheint, daß die Automation, vorangetrieben bis zu den Grenzen ihrer technischen Möglichkeit, unvereinbar ist mit einer Gesellschaft, die im Produktionsprozeß auf der privaten Ausnutzung menschlicher Arbeitskraft basiert."[34])

Zu untersuchen wären noch die Konsequenzen, die sich aus der Automatisierung des Produktionsprozesses für das politische Potential — unabhängig von einer möglichen technologischen Arbeitslosigkeit — der Arbeiter und Angestellten und ihrer Organisationen ergeben.

Man muß der These von Herbert Marcuse zustimmen, „daß die Verringerung menschlicher Arbeitskraft im Produktionsprozeß Verringerung der politischen Macht der Opposition bedeutet. Da mit diesem Prozeß der Anteil der Angestellten zunimmt, müßte die politische Radikalisierung von dem Entstehen eines unabhängigen politischen Bewußtseins sowie Aktionen der Angestelltengruppen begleitet sein — eine ziemlich unwahrscheinliche Entwicklung in der fortgeschrittenen Industriegesellschaft. Das Bemühen, das zunehmende Angestelltenelement in den industriellen Gewerkschaften zu organisieren, wird — falls es überhaupt erfolgreich ist — wahrscheinlich zu einem wachsenden Einfluß dieser Gruppe auf das gewerkschaftliche Bewußtsein, aber kaum zu ihrer politischen Radikalisierung führen."[35])

---

[1]) Aspekte der Automation. Die Frankfurter Tagung der List-Gesellschaft, herausgegeben von H. W. Zimmermann, Basel und Tübingen 1960; Salin, S. 388.

[2]) Friedrich Pollock, Automation. Frankfurter Beiträge zur Soziologie, Band 5, Frankfurt a. M. 1964, S. 14.

[3]) Pollock, a. a. O., S. 16.

[4]) Pollock, a. a. O., S. 15.

[5]) Walter Buckingham, Automation und Gesellschaft. Frankfurt/M. 1963; S. 23.

[6]) Norbert Wiener, Cybernetics or Control and Communication in the Animal and the Machine. New York 1948.

[7]) Pollock, a. a. O., S. 41.

[8]) Pollock, a. a. O., S. 15.

[9]) Sociologica, Frankfurter Beiträge zur Soziologie, Band 1. Frankfurt/M. Pollock, S. 92/93.

[10]) Automation und technischer Fortschritt in Deutschland und den USA. Arbeitstagung der Industriegewerkschaft Metall für die Bundesrepublik Deutschland, Frankfurt/M. 1963, Bright, S. 135, Anmerkung.

[11]) Automation und technischer Fortschritt, Bright, S. 135.

[12]) Automation und technischer Fortschritt; Bright, S. 153.

[13]) Charles R. Walker, Toward the Automatic Factory. New Haven: YALE UNIVERSITY PRESS, 1957; S. 191.

[14]) Automation und technischer Fortschritt; Bright, S. 156.

[15]) Automation und technischer Fortschritt; Bright, S. 169.

[16]) Aspekte der Automation; Kluth, S. 263/264.

[17]) Walker, a. a. O., S. 27.

[18]) Popitz, Bahrdt u. a., Technik und Industriearbeit. Tübingen 1957; S. 91.

[19]) Herbert Marcuse, One-Dimensional Man; London 1964; S. 32.

[20]) Aspekte der Automation; S. 35.

[21]) Pollock, a. a. O., S. 271.

[22]) Helmut Schelsky, Die sozialen Folgen der Automation. Düsseldorf—Köln 1957; S. 38.

[23]) Schelsky, a. a. O., S. 5.

[24]) Pollock, a. a. O., S. 189, Anmerkung.

[25]) Automation und technischer Fortschritt; Friedrichs, S. 82.

[26]) Automation und technischer Fortschritt; Friedrichs, S. 83.

[27]) Buckingham, a. a. O., S. 149.

[28]) Buckingham, a. a. O., S. 149.

[29]) Automation und technischer Fortschritt; Friedrichs, S. 101.

[30]) Buckingham, a. a. O., S. 149.

[31]) Pollock, a. a. O., S. 240.

[32]) Pollock, a. a. O., S. 243/244.

[33]) Marcuse, a. a. O., S. 35.

[34]) Marcuse, a. a. O., S. 35.

[35]) Marcuse, a. a. O., S. 38.

Die Misere der Entwicklungsländer

Bo Gustafsson

Einige Gedanken zu den Ursachen der wirtschaftlichen Unterentwicklung

Als Erklärung für die Ursachen der wirtschaftlichen Unterentwicklung trifft man immer wieder auf drei Argumente. Daß sie so häufig verwandt werden, kann sich einzig und allein daraus erklären, daß die Kräfte, die an dem kolonialen Status der armen Länder verdienen, nicht daran interessiert sind, daß die wirklichen Ursachen der Armut bekannt werden.

Die drei Argumente sind:

a) Die Entwicklungsländer sind übervölkert, bzw. ihre Bevölkerungszahl wächst zu schnell.
b) Die Entwicklungsländer leiden an Kapitalmangel.
c) Die Entwicklungsländer verfügen nicht über genügend Unternehmerbegabungen.

Die Konsequenz ist, daß die Armut aus der Welt geschafft wäre, wenn man 1. Maßnahmen gegen die Übervölkerung ergreifen würde, wenn 2. die USA und die europäischen Staaten Kapital in den Entwicklungsländern investieren würden und wenn 3. Unternehmer aus den entwickelten Ländern sich dort frei betätigen könnten. Das ist eine bequeme und für kolonialistische Interessen zweckdienliche Auffassung.

Der Mangel an Unternehmerbegabungen

Die Entwicklungsländer leiden nicht an einem Mangel an Unternehmerbegabungen. Zwar ist in bestimmten Gebieten, wohl besonders in Afrika südlich der Sahara (Guinea, Mali, Tanganjika usw.), der Mittelstand sehr unterentwickelt, weil die Kolonialmächte aus Konkurrenzgründen die Entwicklung eines einheimischen Kapitalismus verhinderten (das erklärt auch mit die verhältnismäßig große Rolle, die der Staat in einem Teil früherer Kolonien spielt). Aber in der Regel gibt es sowohl in Indien, Südostasien, Lateinamerika und Teilen Afrikas genügend Unternehmerbegabungen, die sich als Käufer, Verkäufer oder Geldverleiher betätigen. Nur berührt ihre Tätigkeit selten oder nie den industriellen Bereich. Das einzige, was wir feststellen können, ist das gleichzeitige Fehlen von Industrien und einheimischen Industriellen. Daraus folgt jedoch nicht, daß das Vorhandensein von Industrieunternehmern zur Industrialisierung führt. In Wirklichkeit ist es eher so, daß die Industrialisierung Unternehmer hervorbringt als umgekehrt, selbst wenn zwischen beiden Faktoren natürlich eine Interdependenz besteht.

Erstens war in den sozialistischen Ländern eine Industrialisierung ohne kapitalistische Unternehmer möglich. Zweitens deutet nichts darauf hin, daß die Entwicklungsländer über weniger Unternehmerbegabungen verfügen als die reichen Länder. Wenn an der Produktion von Industrieerzeugnissen genauso viel zu verdienen wäre wie an dem Ausleihen von Geld zu Wucherzinsen oder dem Eintreiben von Bodenpachten bis zu 40—60% des Produktionswertes oder an der Spekulation, dann würden die Unternehmer in den armen Ländern natürlich Industriegüter produzieren. Nur finden sich dazu im Augenblick nicht die Möglichkeiten. Solange diese nicht bestehen, betätigen sie sich weiter in traditioneller Weise. Die Hypothese über den Mangel an Unternehmerbegabungen erweist sich bei näherer Untersuchung eher als geeignet, das Problem zu stellen, als es zu lösen.

Der Kapitalmangel

Genausowenig läßt sich das Argument vertreten, den armen Ländern fehle die Möglichkeit zur Akkumulation von Kapital. Es ist klar, daß sie augenblicklich an einem Mangel an Maschinen, Gebäuden, Wegen, Häfen, Schiffen, Automobilen, Krankenhäusern, Schulen usw. leiden. Aber nichts deutet darauf hin, daß sie nicht all dies erreichen könnten, wenn ihnen nur die Möglichkeiten dazu gegeben würden. Zu einem Teil erklärt sich der Mangel an Industrialisierung und allseitiger Entwicklung daraus, daß sich die kolonialistischen Mutterländer dem Aufbau konkurrierender Veredelungsindustrien in den armen Ländern widersetzten, zu einem anderen Teil aus dem Abfluß von Gewinnen, Zinsen und Royalties in das Ausland. Dazu kommen der übermäßige Luxuskonsum einer passiven Oberklasse und die große Zahl unproduktiver Elemente (Geldverleiher, religiöse Vereinigungen, die Militärbürokratie usw.). D. h.: nicht in erster Linie die Größe, sondern die Verwendung des erwirtschafteten Überschusses verhindert die Kapitalbildung.

Absolut ist das Nettoproduktionsvermögen der Entwicklungsländer natürlich unbedeutend, verglichen mit dem der USA und Europas. Aber auf lange Sicht bestimmt nicht die absolute Höhe des Überschusses, sondern sein Anteil an der Produktion das Wohlstandsniveau.

Nehmen wir an, daß eine Investition von 10 Dollar zu einer Produktionserhöhung von 2 Dollar führt. Dann kann ein Land, das 10% seiner Produktion investiert (also 90% konsumiert), ein Produktionswachstum von 2% erreichen. Werden statt dessen 20% gespart und investiert, so erhöht sich das Wachstum auf 4% jährlich, 30% Investitionen ermöglichen 6% Wachstum usw. Was diese Unterschiede in der Investitionsquote und Wachstumsgeschwindigkeit bedeuten, zeigt folgende Überlegung: Bei einem jährlichen Wachstum von 2% ergibt sich in hundert Jahren eine auf das 7,2-fache gestiegene Produktion, bei 4% Wachstum steigt die Produktion auf das 50fache und bei 6% Wachstum sogar auf das 340fache des Ausgangsniveaus.

Die entwickelten kapitalistischen Länder haben seit langem ein langfristiges durchschnittliches Wachstum von etwa 3% jährlich. Das bedeutet, daß ein Volkseinkommen von beispielsweise 100 Mrd. Dollar in hundert Jahren auf 1900 Mrd. Dollar anwächst. Ein armes Land mit gleich großer Bevölkerung, das auf einem zehnfach niedrigeren Niveau beginnt, d. h. mit einem Volkseinkommen von 10 Mrd. Dollar, kann während der hundert Jahre das reiche Land nicht nur einholen, sondern sogar überholen, wenn es etwa ein Wachstum von 5—6% jährlich erreichen kann. Wächst die Produktion z. B. um 6%, so steigt das Volkseinkommen in den hundert Jahren von 10 Mrd. auf 3400 Mrd. Dollar. Das heißt in diesem fingierten Fall, daß sich das Verhältnis von arm und reich umgekehrt hat. Und immerhin gibt es heute — im Ostblock — genügend Beispiele für ein Wirtschaftswachstum von 8% und mehr. Es zeigt sich also, daß auf lange Sicht nicht die absolute Höhe der Produktion, sondern ihre Wachstumsgeschwindigkeit das Wohlstandsniveau bestimmt, und die Wachstumsgeschwindigkeit wird wesentlich von der Gesellschaftsordnung und dem Anteil der Investitionen am Volkseinkommen bestimmt.

Aus dieser Sicht ist das jetzige Produktionsniveau der Entwicklungsländer weniger interessant als die Höhe des investierbaren Überschusses. Daß dieser größer ist als die tatsächlich getätigten Investitionen, geht aus den folgenden Angaben hervor:

Auf Malakka machten z. B. im Jahre 1947 die tatsächlichen Bruttoinvestitionen 10% des Bruttosozialprodukts aus. Der erwirtschaftete investierbare Überschuß betrug dagegen 33%.

Die entsprechenden Zahlen waren für die Philippinen 1948: 9% und 25%. In Ceylon wurden 1951 bei einem investierbaren Überschuß von 30% nur 10% tatsächlich investiert.

Als weiteres Beispiel soll die folgende Tabelle über die Entwicklung der Produktion und der Einkommensverteilung in der nordrhodesischen Bergwerksindustrie dienen (Ausgaben in Mill. £).

A) Produktionswert
B) Löhne der afrikanischen Arbeiter
C) Bruttogewinn (nach Abzug der Royalties)
D) Ausschüttungen ins Ausland

Jahr	A	B	C	D
1945	13,0	1,4	5,5	1,7
1946	14,5	1,4	6,5	2,8
1947	23,5	1,5	12,5	8,6
1948	29,8	1,7	17,1	9,3
1949	36,6	2,2	22,3	11,1
1950	49,3	2,4	29,7	18,6
1951	72,1	3,4	45,8	22,0
1952	78,9	3,9	48,2	20,3
1953	95,0	5,2	54,4	17,9
1954	97,7	5,5	55,9	18,3
1955	120,3	5,5	73,5	20,8
1956	129,3	6,4	80,2	25,5

Die Löhne der afrikanischen Arbeiter sind in der Periode auf gut das Vierfache gestiegen, die Gewinne und Ausschüttungen ins Ausland um das 15fache! Nach einer UN-Studie fließen 10—15% des Volkseinkommens in Form von Zinsen, Dividenden und Royalties ins Ausland ab.

Die angebliche Kapitalknappheit als Argument für die Unmöglichkeit der wirtschaftlichen Entwicklung der armen Länder zu nehmen, ist daher nicht richtig. Die Ressourcen sind vorhanden, sie werden nur nicht zur wirtschaftlichen Entwicklung der armen Länder verwendet.

Die Überbevölkerung

Prüft man die These von der Überbevölkerung der unterentwickelten Länder, so sieht man, daß sie genausowenig wie die zwei vorangegangenen Argumente standhält. Wenn eine starke Bevölkerungsvermehrung eine hinreichende und notwendige Ursache für die Armut wäre, so müßten die USA heute eines der ärmsten Länder der Erde sein, da sich ihre Bevölkerung in den letzten hundert Jahren versechsfacht hat. Bekanntlich sind die USA die reichste Nation der Welt, und das — darf man sagen — größtenteils gerade wegen der starken Bevölkerungsvermehrung. Das Wachstum der Bevölkerung ist einer der wichtigsten Faktoren des Wirtschaftswachstums und aller wirtschaftlichen Entwicklung überhaupt — vor allem deshalb, weil es eine erhöhte produktivitätsfördernde Arbeitsteilung zwischen Unternehmen, Industrie, Stadt und Land sowie zwischen verschiedenen Landesteilen ermöglicht. Aber das setzt voraus, daß die wachsende Bevölkerung auch beschäftigt wird. Und hier liegt der Angelpunkt des Problems. Durch das Streben der kolonialistischen Mutterländer, die Industrialisierung zu bremsen, und als Folge einer parasitären und entwicklungshemmenden Gesellschaftsordnung werden die unterentwickelten Länder daran gehindert, ihre menschlichen Ressourcen produktiv einzusetzen.

Die Entwicklungsländer sind also nicht arm auf Grund einer zu hohen Bevölkerungsdichte (auch wenn die Bevölkerung in einigen Fällen ungleich verteilt oder gar im Verhältnis zum tatsächlich genutzten Boden — nicht zum eigentlich vorhandenen — zu groß ist). Die reichen Länder Belgien, Großbritannien, die Niederlande und selbst Italien haben eine höhere Bevölkerungsdichte als arme Länder wie z. B. Indien, die Philippinen, Iran, Irak, Kolumbien, Kongo (Leopoldville), Bolivien und Surinam. Und unter den reichen Ländern sind es nicht die am dichtesten bevölkerten, die relativ arm sind, sondern eher umgekehrt. Das folgt daraus, daß eine große Bevölkerungsdichte durch die soziale und geographische Arbeitsteilung die social costs pro Person senkt und so die Grundlage für ein hohes Produktionsniveau bildet.

Die Entwicklungsländer weisen auch keinen Mangel an nutzbarem Boden oder an Bodenschätzen auf. In einer UNESCO-Studie wurde berechnet, daß weniger als ein Drittel des gegenwärtig vorhandenen nutzbaren Bodens bebaut wird; davon liegt der größte Teil des unbebauten

Bodens in Afrika und Lateinamerika. In China rechnet man damit, daß im Laufe der Zeit mindestens doppelt soviel Boden kultiviert werden kann, wie zur Zeit bearbeitet wird. Was das Vorkommen von Bodenschätzen angeht, so braucht man nur den Kongo, Südafrika oder Lateinamerika zu nennen, um daran zu erinnern, daß auch diese Ressourcen vorhanden sind. — Abgesehen davon sind, wie das Beispiel Japan zeigt, natürliche Ressourcen nicht einmal in jedem Fall eine notwendige Bedingung für wirtschaftliches Wachstum.

Den unterentwickelten Ländern fehlen also nicht nutzbarer Boden und andere natürliche Ressourcen, sondern Industrien. Das Problem der Unterentwicklung ist ein Problem der Industrialisierung.

Geburtenkontrolle nicht zweckmäßig

Wie schon bemerkt, bestand der Unterschied der Entwicklung zwischen reichen und armen Ländern, z. B. während des letzten halben Jahrhunderts, weniger im Bevölkerungswachstum (1,2% bei den reichen — 14% bei den armen Ländern), sondern vielmehr darin, daß die armen Länder bei der Produktions- und Einkommenssteigerung der reichen nicht mithalten konnten. Der grundlegende Irrtum der Neomalthusianer besteht außerdem darin, daß sie die Bevölkerungsentwicklung als die unabhängige und die wirtschaftliche Entwicklung als die abhängige Variable betrachten. Es besteht zwar eine Interdependenz zwischen beiden, aber im wesentlichen bestimmt die wirtschaftliche Entwicklung die Bevölkerungsentwicklung — besonders auf lange Sicht. Daher ist es auch praktisch sinnlos, in wirtschaftlich unterentwickelten Ländern eine Geburtenkontrolle einzuführen. In armen agrarischen Ländern erfüllt die hohe Geburtenziffer eine wirtschaftliche Funktion, teils, weil die Kinder als landwirtschaftliche Arbeitskräfte gebraucht werden, teils wegen der hohen Kindersterblichkeit. Gerade die hohe Kindersterblichkeit ist ihrerseits eine der wichtigen Ursachen für die Armut. In Indien werden 20—25% des Volkseinkommens von Kindern konsumiert, die vor dem 15. Lebensjahr sterben und daher kaum in größerem Maße zur Produktion beitragen konnten.

Die Geburtenzahl sinkt erst — und eine Geburtenkontrolle wird erst akzeptiert —, wenn die Menschen ein gewisses wirtschaftliches und kulturelles Niveau erreicht haben und die Kinder nicht mehr als Arbeitskraft und zur Altersversorgung der Eltern benötigt werden. Diese Entwicklung haben auch die reichen Länder einmal durchgemacht.

Es wäre sicher wertvoll, wenn die sehr hohen Geburtenzahlen in bestimmten Ländern gesenkt werden könnten — z. B. durch Geburtenkontrolle. Aber man muß sich darüber klar sein, daß derartige Maßnahmen nicht im luftleeren Raum vorgenommen werden können, d. h. ohne daß man die soziale Struktur und die damit zusammenhängenden sozialen Normen verändert. Dies erfordert durchgreifende Reformen, die ihrerseits zu erhöhtem wirtschaftlichem Wachstum führen.

Die Bevölkerungsfrage ist eine Frage der Beschäftigung für all die Millionen, denen heute in irrational organisierten und von Kolonialmächten abhängigen Gesellschaften die Arbeit verwehrt wird.

Dies ist im wesentlichen ein Auszug aus einem Kapitel des Buches: „Fran kolonialism till socialism. En essä om ekonomisk utveckling" von Bo Gustafsson, erschienen im Clarté-Verlag, Stockholm 1964. Inzwischen ist eine durchgesehene und erweiterte 2. Auflage erschienen. Der Verfasser promoviert am Wirtschaftshistorischen Institut der Universität Uppsala. (Die Übersetzung besorgte Holger Heide.)

Bibliographische Notizen zum Werk von Henri Lefèbvre

Gianni Barba

aus Anlaß der ersten deutschen Übersetzung einer seiner Schriften **Für D. R.**

In einem Werk über die zeitgenössische französische Philosophie [1]) wird der Marxismus Henri Lefèbvres als „hegelisch" definiert, insofern dieser den Akzent auf die typisch hegelianischen Themen bei Marx (Entfremdung u. a.) legt und sich auf eine „materialistische" Rezeption Hegels beruft. Lefèbvre schreibt über Hegels Philosophie: „daß diese Doktrin — von ihrem abstrakten Ausdruck losgelöst — sich dem dialektischen Materialismus integriert hat, zeigen die Texte von Marx und Engels". [2]) In der Einleitung zu einer Hegel-Anthologie, [3]) die Lefèbvre in Zusammenarbeit mit N. Gutermann herausgegeben hat, unterscheidet Lefèbvre bei Hegel drei Logiken, die er als „liberale", „faschistische" und „revolutionäre" definiert. Die liberale Logik neigt dazu, den Widerspruch zu eliminieren, die Gegensätze dialektisch in eine Einheit aufzulösen, in der sie als versöhnte untergehen. Die faschistische Logik legt dagegen den Akzent auf den Widerspruch, läßt aber zugleich einen der beiden Pole des Konflikts die Überhand gewinnen (Volksgeist, Staat etc.). Signifikant ist, daß die Akzentuierung der Zerrissenheit und des Konflikts in eins geht mit einer statischen Konzeption der Totalität. Die dritte Logik, die revolutionäre, die — schreibt Lefèbvre — die Marxisten als die einzig kohärente bezeichnen, als die einzige, die dem Geist der Hegelschen Doktrin entspricht, insistiert dagegen auf der Versöhnung des Widerspruchs. Die Versöhnung überwindet die Gegensätze, verändert sie, ohne sie zu vernichten; die dialektische Bewegung ist fruchtbar. Marx und Engels haben von Hegel das Element übernommen, das sie für „wahr und lebendig" hielten: die Dialektik — Methode und Inhalt —, die Theorie der

Entwicklung, die über eine Abfolge von Widersprüchen und deren Versöhnung fortschreitet von den einfachen Formen der Natur über die Geschichte bis zu den höchsten Bestimmungen des Bewußtseins. Sie (Marx und Engels) stellen dieses dynamische Element der Rigidität eines Denkens entgegen, das sich als über den Dingen stehend versteht und die Welt in ein System einschließen will. Sie sprechen dem Objekt, der Natur, nicht seine volle Wirklichkeit ab. Sie setzen die Praxis an die Stelle des Begriffs, der Einheit von Idee und Wirklichkeit, von Subjekt und Objekt. Schließlich lehnen sie es ab, das Bestehende zu sanktionieren und zu rechtfertigen: die Religion und den Staat ihrer Zeit; sie kritisieren die unbewußten bürgerlichen Voraussetzungen von Hegel [4]).

Diese „hegelische" Auffassung des Marxismus (der junge Lukacs ist einer ihrer prägnantesten Theoretiker) bleibt eine der wichtigsten Angeln, um die sich das Werk Lefèbvres drehen wird.

Zu Beginn des Zweiten Weltkrieges umfaßt das Werk Lefèbvres bereits eine Menge von Titeln.[5]) Das wichtigste Werk dieser Periode ist zweifellos „le materialisme dialectique". Im Vorwort zur fünften Auflage (1961) sieht Lefèbvre dieses Werk als „eine Episode im unerbittlichen Kampf im Inneren (und außerhalb) des Marxismus zwischen den Dogmatikern und der Kritik am Dogmatismus. Dieser Kampf ist nicht zu Ende. Er wird heftig weitergeführt.[6]) L. weiß, daß er sein Werk nicht geschrieben hat in vollem Bewußtsein aller Probleme, die den Marxismus damals wie heute beschäftigen: Beschränkung der Theorie auf ihre Funktion als ideologisches Instrument; Vereinfachung des Marxismus und seine Reduktion auf ein abgeschlossenes System unter implizierter Ablehnung des jungen Marx (Begriff der Entfremdung, Kritik der Philosophie als deren praktische Aufhebung etc.). Trotzdem war dieses Buch „um die dialektischen Bewegungen im Inneren der menschlichen und gesellschaftlichen Wirklichkeit zentriert. Es rückt den Begriff der Entfremdung — als philosophischen Begriff und als analytisches Instrument — und nicht die Dialektik der Natur in den Vordergrund. . . Das letzte und fundamentale Kapitel ‚la production de l'homme' lehnt sowohl den vulgären Soziologismus und Ökonomismus als auch die Betonung der Materialität abgesehen vom Menschlichen ab." [7])

Durch dieses Werk lernte die von der offiziellen (stalinschen) Version des Marxismus ermüdete und unbefriedigte Nachkriegsgeneration in Frankreich (und nicht nur dort) die ursprünglichen Probleme des Marxismus kennen: radikale Kritik jeder systematisierten Philosophie — obwohl sich Lefèbvre selbst zum Teil von seinem Werk distanziert hatte. Nach dem Krieg, nach „L'existentialisme" (Sagittaire, Paris 1946) und nach „Critique de la vie quotidienne" (Grasset, Paris 1947), auf welche wir zurückkommen werden, publizierte L. „Logique formelle, Logique dialectique". Zu diesem Buch bemerkt Valentini: „Dieses Buch ist größtenteils eine Wiederholung Hegels, aber es handelt sich um einen etwas weitergeführten Hegel, der sich vor allem auf den Aufweis der Einseitigkeit bestimmter Denkweisen gründet: Synthese und Analyse, abstrakt und konkret, Induktion und Deduktion, Logik der Identität und dialektische Logik sind ‚Momente' eines einheitlichen Prozesses, innerhalb dessen diese sich nicht ausschließen, sondern sich gegenseitig implizieren. Analog werden Kausalität, Finalität, Urteil, Schluß ‚rehabilitiert', weil sie von einem Standpunkt des Verstehens aus neu durchdacht werden."[8])

Indem er einen Ausdruck Hegels aufnimmt und kommentiert, spricht Lefèbvre von der Logik als einer „Grammatik", einer Wissenschaft „für den Anfänger trocken, aber die für einen, der in Kenntnis verschiedener Sprachen und ihrer Geschichte zu ihr zurückkehrt, das reiche Wesen der Sprachen und ihres Lebens in sich befaßt. Es handelt sich also nicht um ein abstraktes Universales, sondern um ein Universales, das das Partikulare in sich enthält." [9])

Im gleichen Jahr 1947 erscheint die Studie über Descartes (Editeurs Français Réunis) und die Einleitung zu einer Auswahl von Marx-Texten über die Freiheit (s. Note 2). 1948 erscheint der erste Band einer Reihe von erfolgreichen Standardwerken über den Marxismus, die Lefèbvre wie kaum einen anderen marxistischen Philosophen berühmt machten: „Pour connaître la pensée de Karl Marx" (Bordas). 1957 erscheint die 1955 verfaßte Schrift „Pour connaître la pensée de Lénine" (Bordas), in der L. die These vertritt, daß Lenins Philosophie nicht nur eine russische Variante, ein partielles Phänomen ist, sondern den Marxismus entwickelt und weiterführt.[10]) 1948 erscheint in der populären Reihe „que sais-je" (Presses Universitaires de France) der Band „Le marxisme", von L. als Einführung in die Probleme des Marxismus konzipiert; hier stellt L. den Marxismus als „Weltauffassung" vor.

1949 publiziert Lefèbvre den ersten Band einer Studie über Pascal[11]) und ein Essay über Diderot[12]). In dieser Periode, die dem Aufschwung der Befreiung unmittelbar folgt, am Anfang des kalten Krieges, steht der französische Marxismus in der Defensive und ist streng dogmatisch. Und das gilt nicht nur auf der Ebene der Polemik in Zeitschriften, sondern auch auf der der umfangreicheren wissenschaftlichen Arbeiten: überall das Unisono von Basis-Überbau, von materialistischer gegen idealistische Dialektik, vom Sein, das das Bewußtsein bestimmt; ferner die Tendenz, bei der Analyse eines Überbau-Phänomens sofort zur politischen Intention und zur entsprechenden ökonomischen Basis überzugehen, dem ideologischen Überbau wenig Autonomie zuzugestehen. Die Motive dafür sind größtenteils politischer Natur. Auch Lefèbvre, wie er selbst später zugesteht, ist von einem solchen Vorgehen nicht ganz frei. Dennoch nimmt er Stellung gegen einen scharfen antihegelianischen Artikel in „Nouvelle Critique"[13]) mit einem „Brief über Hegel"[14]), in dem er sich weigert, Hegel in eine tote Vergangenheit zu-

rückzuwerfen[15]), und hinzufügt, man könne zu Hegel zurückkehren, ohne daß man zu Recht als Reaktionär gestempelt werden könne.

Vor seinem Ausschluß aus der KPF publiziert Lefèbvre noch folgende Werke: „Contribution à l'esthétique" (Editions Sociales, 1953) — „Musset" (L'Arche, Collection „Les grands dramaturges", 1955) — „Rabelais" (Editeures Français Réunis, 1955) — „Pignon" (Falaise, 1956). Mit dem italienischen Marxisten Lucio Colletti (Schüler von Galvano della Volpe) führt er eine interessante Polemik über das Verhältnis von Marx zu Hegel und besonders über den jungen Marx in der Zeitschrift „Il Contemporaneo" Nrs. 24, 33, 34/1954.

Von Dezember 1956 bis Februar 1957, nach seinem Ausschluß aus der KPF, schreibt er das Vorwort zur zweiten Auflage seiner „Critique de la vie quotidienne" (Bd. I — Introduction). Es handelt sich um eine kritische und selbstkritische Betrachtung über dieses Werk, das 1947 erschienen ist, aber sowohl vom offiziellen Marxismus als auch von akademischer Seite ignoriert wurde[16]). An dem Begriff der Entfremdung konstituiert sich der erste Band der „Critique . . .", der „einen im Marxismus gemeinhin vernachlässigten Aspekt, den spezifisch s o z i o l o g i s c h e n Aspekt[17]) entwickelt. Der Begriff der Entfremdung wird im Vorwort zur zweiten Auflage wiederaufgenommen: „Man muß theoretisch untersuchen, wozu der p h i l o s o p h i s c h e Begriff der Entfremdung in den wissenschaftlichen und politischen Schriften von Marx wird, besonders im Kapital, und herausfinden, ob die ökonomische Theorie des Fetischismus die philosophische Theorie der Entfremdung wirklich auf einer objektiven (wissenschaftlichen) Ebene verlängert" (H. L. „Critique de la vie quotidienne", Bd. I, L'Arche, Paris 1958 — S. 10). Diese Untersuchung führt bei Lefèbvre schließlich auch zu politischen Konsequenzen: „Verschwindet die Entfremdung in der sozialistischen Gesellschaft? Gibt es nicht in der SU, oder in den Ländern, die den Sozialismus aufbauen, Widersprüche, die neue — oder erneuerte — Formen der ökonomischen, ideologischen, politischen Entfremdung bedeuten?" (S. 11.)

Lefèbvre unternimmt es, in der Wiederaufnahme seiner Ansätze, in der Aktualisierung früherer Ausarbeitungen, eine Theorie des Alltagslebens (die er im zweiten Band vollendet: „Critique de la vie quotidienne — Fondaments d'une sociologie de la quotidienneté", Bd. II, L'Arche — Paris 1962) zu entfalten. Er beginnt die Wiederaufnahme mit einer Analyse der gesellschaftskritischen Momente in der Kunst (Chaplin, Brecht, R. Vailland, der Surrealismus sind seine Beispiele) und in der traditionellen Philosophie mit ihren (ideologischen) Grenzen[18]). Es folgt eine Analyse der Beziehungen zwischen l o i s i r [19]) (Freizeitbeschäftigung), t r a v a i l p a r c e l l a i r e [20]) (Arbeit unter der Bedingung hochentwickelter Arbeitsteilung) und v i e p r i v é e [21]) (privates Leben), die das Alltagsleben bestimmen: „Mit der bürgerlichen Gesellschaft haben sich diese verschiedenen Elemente und ihr Verhältnis umgewälzt . . . Die bürgerliche Gesellschaft hat die Arbeit aufgewertet, vor allem in ihrer Aufstiegsphase; aber in dem geschichtlichen Augenblick, in dem das Verhältnis zwischen der Arbeit und der konkreten Entwicklung der Individualität entstand, nahm diese Arbeit immer mehr den Charakter einer Teilfunktion an . . . Zur gleichen Zeit unterschied sich der Mensch ‚als Mensch' vom Arbeiter (in der Bourgeoisie sicherlich deutlicher als im Proletariat). Das Familienleben trennte sich von der produktiven Tätigkeit ab. Und auch die Freizeit. Daraus folgt eine bestimmte Unklarheit im Begriff des Alltagslebens selbst. Wo findet es sich? In der Arbeit oder in der Freizeit? Im Familienleben oder in den außerhalb der Zivilisation ‚erlebten' Momenten? . . . Wo finden sich Armut und Reichtum dieses Alltagslebens, von dem wir wissen, daß es unendlich reich (zumindest vermutlich) und unendlich arm, entleert, entfremdet ist?" (Crit. I, S. 39 f.). Diese Problematik, die sich aus der Entfaltung der Produktivkräfte ergab, wurde von der Industriesoziologie aufgegriffen, deren bisherige Ergebnisse aber unbefriedigend sind. Neue Untersuchungen sind nötig, neue Kategorien. Es müssen die marxschen Kategorien wiederaufgenommen und auf ihre Fruchtbarkeit hin überprüft werden (wie z. B. die Kategorie der ökonomischen Gesellschaftsformation, die reicher ist als die übliche Vereinfachung: ökonomische Basis — ideologischer Überbau).

Lefèbvre nennt sein Vorhaben eine Kritik v o n u n t e n h e r : Philosophie, Staat, Institutionen sollen nicht in sich selbst, sondern an Phänomenen des Alltagslebens kritisiert werden. Damit will Lefèbvre die ursprüngliche Intention von Marx wiederaufnehmen, wobei er verändernde Praxis nicht mehr in Termini der politischen Revolution begreift, sondern als evolutionäre Veränderungen im Alltag selbst[22]). Der Perspektiven, die L. an seine Untersuchungen anlegt, gewinnt er aus einer Kategorie des jungen Marx: der totale Mensch[23]).

„In der allgemeinen Theorie des Bedürfnisses zeigen wir, wie das Proletariat als solches das Phänomen des totalen Menschen enthält: Bedürfnis — Arbeit — Befriedigung . . . Der Dogmatismus hat nicht das Recht, das gesellschaftliche und menschliche Sein der Arbeiterklasse auf eine einzige Dimension, die der Arbeit, zu reduzieren (unter dem Vorwand, die Klasse vor dem Reformismus zu retten und ein abstrakt revolutionäres Schema zu bewahren)" (Crit. II, S. 38). Lefèbvre vertritt also die These, nur eine entfaltete Theorie der Bedürfnisse und ihrer Befriedigung (Arbeit und Konsum) sei im Stande, Gesellschaft heute begreiflich zu machen, damit Tendenzen auf Veränderung erkennbar zu machen für ihre praktisch-kritische Aktivierung.

„Dieses Buch findet seinen Platz zwischen ‚le matérialisme dialectique' (vor 25 Jahren verfaßt und durch den Dogmatismus beeinflußt, wenn auch im Kampf gegen ihn) und einem zukünftigen Werk ‚Crise de la philosophie'[24]). Von diesem letzteren zeigt es bestimmte Themen an und bereitet ihm den Weg" (S. VIII). So präsentiert Lefèbvre im Vorwort zur

zweiten Auflage sein Buch „Problèmes actuels du Marxisme“ (verfaßt 1957 und publiziert 1958 — PUF), dessen deutsche Übersetzung vorliegt:

Henri Lefèbvre: „Probleme des Marxismus, heute“, übersetzt und mit einem Nachwort versehen von Alfred Schmidt, Ffm. 1965 (Edition Suhrkamp Bd. 99), 145 S. — DM 3,—.

Es handelt sich um eine kritische Wiederaufnahme einer Problematik, die L. in „le marxisme“ und in den anderen Standardwerken behandelt hatte: Eine Interpretation der Werke von Marx und der Marxisten, hier als eine Einführung in den Marxismus durch seine gegenwärtigen Probleme hindurch ausgeführt. Probleme, die aus einer fundamentalen Tatsache entstehen, der Krise, die Krise des Marxismus und Krise der Philosophie in der heutigen Zeit ist. „In dem Maße, wie er offiziell wurde und sich institutionalisierte, hat der Marxismus an Leben verloren: „die Entwicklung des Marxismus entspricht heute nicht den geistigen Bedürfnissen, zu deren Entstehen er beiträgt“ (S. 17 f.). „Auf beiden Seiten (der marxistischen und nichtmarxistischen) sind die Symptome dieser Krise verschieden. Auf nichtmarxistischer Seite trägt man zur Mehrung von feinsinnigen Werken bei, von Systemen, die mehr oder weniger kohärent sind, von philosophischen Parteirichtungen. Das Denken wird immer ‚tiefer‘ und dunkler, die Terminologie komplizierter und schreckt nicht vor dem Jargon zurück. Es kommt zur Nichtmitteilbarkeit der Philosophie, zur Isolierung des Philosophen . . . Aber auch im Marxismus die Ungewißheit, was die Philosophie angeht. Ist sie erschöpft? Am Ende? . . . Geht die Philosohpie in den Massen auf? Ist sie angesichts der Wahrheit der Praxis und des Klassenkampfes dahingeschwunden? Wird sie von der Politik aufgesogen? Besteht sie in der Partei, betrachtet als ein kollektives Wesen, das denkt, über seinen Mitgliedern steht . . . werden die Erfordernisse der Philosophie ebenso wie die der Wissenschaft und des Handelns aus dieser ‚Krise‘ zutiefst verändert hervorgehen“ (S. 26). Es handelt sich nicht allein um das Problem der Philosophie im allgemeinen oder des dialektischen Materialismus im besonderen. Die Philosophie selbst wird in Frage gestellt und stellt sich in Frage. „Inzwischen werden wir weiterhin nicht recht wissen, was Philosophie ist. Wir werden nur wissen, daß eine neue Definition fällig ist und daß diese ausgehend von einer vertieften Erforschung sämtlicher Probleme gesucht werden muß: der Beziehung zwischen dem philosophischen Materialismus (Marxismus) und den anderen Denkrichtungen; zwischen der Philosophie und den Wissenschaften von der Natur, der Geschichte und der Gesellschaft; zwischen der Philosophie und dem gesellschaftlichen und politischen Leben.“ (29). Die Fragen entstehen aus einer Kritik am Dogmatismus (der eines der Schlagworte der Dogmatiker selbst war[25]) und aus der Analyse des Staates in der sozialistischen Gesellschaft und aus dem Verhältnis von Ideologie und Erkenntnis. Die letzte Frage entsteht aus einer Objektivitätskrise im institutionalisierten Marxismus, der Ideologie und Erkenntnis auf die Ebene der Propaganda herabzieht, wobei Ideologie „als Überbau (Ausdruck eines ökonomischen Systems auf dem Gebiete der Ideen und Institutionen sowie der Macht einer Klasse über diese Basis) aufgefaßt wurde“ (S. 43). Die Objektivitätskrise beruht ihrerseits auf einer dogmatischen Systematisierung des Marxismus (Begriff der Materie etc.).

Es gibt zwei Wege (Methoden), die es erlauben, diese Probleme zu untersuchen in der Perspektive ihrer praktischen Lösung. Zwei Wege, die sich nicht gegenseitig ausschließen, sondern notwendige Momente der gleichen Untersuchung sein sollen. Der eine, die historisch-genetische Analyse, verfolgt die Entwicklungen, die zur gegenwärtigen Situation geführt haben, und die Tendenzen, die es im Inneren einer konkreten Situation erlaubten, ein „Mögliches“, das aber nicht „notwendig“ war, zu verwirklichen. Der andere, die philosophisch-genetische Analyse, untersucht die Gegenwart in einer Gegenüberstellung der theoretischen Mittel zum Verstehen der gegenwärtigen Widersprüche mit jenen ursprünglichen Theorien, die zur Herstellung der heutigen Verhältnisse beitrugen und gleichzeitig verlorengingen oder verarmten. Dieser Weg fordert die Rückkehr zu den Quellen. Lefèbvre hat den zweiten Weg gewählt, dessen Eingeschränktheit ihm bewußt war. Zurück zu den Quellen heißt für ihn, die ursprüngliche Methode (und deren Kategorien) der marxistischen Tradition wiederaufnehmen, dabei Vorarbeit zu leisten für eine Geschichte der Entstehung des Marxismus.

Die philologische Bezugnahme auf das Werk von Marx beschränkt sich auf drei Komplexe: 1. die Pariser Manuskripte und die Feuerbach-Thesen (die im Entstehungszusammenhang mit der Heiligen Familie gesehen werden müssen) für die Theorie der Aufhebung der Philosophie. 2. das Manifest für die Theorie des Absterbens des Staates. 3. die Einleitung zur Kritik der politischen Ökonomie und das Vorwort zum Kapital für die dialektische Methode (Rolle der Abstraktion) und für deren Mittel (die Begriffe) — im besonderen der Begriff der ökonomischen Gesellschaftsformation. So kommt Lefèbvre zur Definition des historischen Materialismus als einer sehr komplexen Theorie des Werdens: „der historische Materialismus ist weder eine einfache Geschichtsphilosophie (da er den für die Natur gültigen universellen Begriff des Werdens einschließt) noch eine Philosophie außerhalb der Geschichte (aus demselben Grunde: er impliziert den Begriff des Werdens) . . . er ist bestimmt als Philosophie des Begriffs und als Ganzes von Begriffen, die einen geschichtlichen und (gesellschaftlich-)praktischen Inhalt haben. Der Inhalt ist von den Bedingungen nicht abgelöst, die das Formulieren der Begriffe ermöglichten“ (S. 65). Der andere wichtige Bezugspunkt für L. ist das Werk Lenins, vor allem Lenins Begriff der Materie: „Die Materie ist eine Art X (ein Unbekanntes), das wir jedoch in unseren Behauptungen setzen (oder aber zu setzen ablehnen) müssen.

Sie ist mehr als das Ensemble oder die Totalität der ‚Dinge', gerade weil die Philosophie nicht vom ‚Ding', sondern von seiner Kritik ausgehen muß." (S. 105 f.).

L. stellt mehr Fragen, als er beantwortet, er kommt aber zu bestimmten Schlußfolgerungen. „Der Marxismus unterliegt seinen eigenen Kategorien. Er verändert sich mit historischen und gesellschaftlichen Bedingungen. Er entwickelt sich durch objektive Widersprüche hindurch, von denen gewisse, die unter diesem Blickwinkel wesentlichsten, s e i n e Widersprüche sind. Heute beginnt der lebendige Marxismus mit der objektiven Analyse dieser Widersprüche" (S. 123). Der Marxismus braucht also eine Kur von Historizität, um zur Definition seiner selbst zu kommen: „Der dialektische Materialismus läßt sich nicht als aparte Wissenschaft definieren, nicht als Wissenschaftswissenschaft, nicht als Philosophie der Wissenschaften. Noch viel weniger als ‚wissenschaftliche Ideologie'." (S. 130).

Alfred Schmidt, der die Übersetzung in vorbildlicher Weise besorgte, hat ein reichhaltiges Nachwort angefügt, das weit über eine rein informierende Anmerkung hinausgeht. Wir wollen daraus eine sehr interessante kritische Anmerkung zu Lefèbvres Werk zitieren: „. . . (L. ist Antisystematiker) so sehr, daß er sich versagt, der Frage nachzugehen, ob nicht doch in einem negativen Sinne von einem marxschen ‚System' insofern gesprochen werden könne, als die von Marx untersuchten kapitalistischen Produktionsverhältnisse in der Tat ein solches bilden" (S. 142).
Nach den „Problèmes . . ." erschienen noch folgende weitere Arbeiten von Lefèbvre: „Introduction à la modernité", Editions de Minuit 1962 (Reihe: Arguments) — „La somme et le reste", La Nef 1959 — „Psychologie des classes sociales" in: traité de Sociologie, Bd. II, hrsg. von G. Gurvitch, PUF 1960 — „Idéologie et vérité", cahiers du Centre d'Études Socialistes Nr. 20/1962 — „Marx", sa vie, son oeuvre, collection „Philosophes", PUF 1964.

---

[1]) Francesco Valentini, „La filosofia francese contemporanea", Feltrinelli, Mailand 1958
[2]) Henri Lefèbvre, „Marx et la liberté", Les trois collines, Genf 1947 (Reihe: Les classiques de la liberté) — Introduction, S. 29
[3]) Hegel, „Morceaux choisis", Gallimard, Paris 1938 (Reihe: Les grands textes philosophiques)
[4]) L. Hegel, „Morceaux . . ." a.a.O. — S. 10f.
[5]) A: „Le nationalisme contre les nations", E.S.I. 1937 (Reihe: Problèmes) — „Hitler au pouvoir — Bilan de cinq années de fascisme en Allemagne", Bureau d'Editions, 1938 — „Nietzsche", E.S.I. 1939 (Reihe: Socialisme et culture) — „Le matérialisme dialectique", Alcan 1939 (Reihe: Nouvelle Encyclopédie philosophique); 5. Auflage 1962, Presses Universitaires de France
B: In Zusammenarbeit mit N. Gutermann: die erste Übersetzung der „Ökonomisch-philosophischen Manuskripte" von Marx (1844) in der Zeitschrift „Avant-Poste", 1933 — Einleitung zu „Morceaux choisis de Karl Marx", Gallimard 1934 — „La conscience mystifiée", Gallimard 1936 (Reihe: Les essays) — die erwähnten „Morceaux choisis de Hegel" — Übersetzung und Einleitung der „Cahiers de Lénine sur Hegel", Gallimard 1938 (Reihe: Les grands textes philosophiques)
[6]) H. L. „Le matérialisme dialectique", 5. Auflage — S. V
[7]) a.a.O. — S. IX, X
[8]) Valentini a.a.O. — S. 360
[9]) H. L. „Logique formelle, Logique dialectique", Editions Sociales 1947 — S. 234
[10]) vgl. H. L. „Lénine Philosophe" in La pensée 57/1954 — S. 18—36, 80—86. Vortrag und Diskussionsbeitrag auf einer Tagung über Lenin.
[11]) H. L. „Pascal", Nagel, Bd. 1949, Bd. II 1954
[12]) H. L. „Diderot", Editeurs Français Réunis, 1949
[13]) in: „Nouvelle Critique" (theoretisches Organ der KPF), 20. Nov. 1950
[14]) in: „Nouvelle Critique" 22/Jan. 1951, S. 99—104
[15]) vgl. einen Vortrag von Lukács vor der politischen Akademie der ungarischen Arbeiterpartei (am 28. Juni 1956) über „den Kampf zwischen Fortschritt und Reaktion in der heutigen Kultur" (auf Italienisch erschienen: „la lotta fra progresso e reazione nella cultura d'oggi", Mailand 1957). Lukács beklagt dort, daß die „Dekrete Shdanovs Hegel als reaktionären Philosophen und gleicherweise seine Dialektik als rekationär definierten" (S. 30)
[16]) H. L. „Critique de la vie quotidienne", Bd. I, 2. Aufl. 1958 — S. 12
[17]) a.a.O. S. 10. Vgl. Jean-Paul Sartre, „Critique de la raison dialectique", Gallimard 1960, S. 41f.: „Es ist ein Marxist, Henri Lefèbvre, der eine meiner Ansicht nach einfache und einwandfreie Methode entwickelt hat, um die Soziologie und die Geschichte in die Perspektive einer materialistischen Dialektik zu integrieren." Sartre bezieht sich auf: H. L. „Perspectives de sociologie rurale" in: Cahiers de Sociologie, 1953
[18]) vgl.: „die indirekte Kritik der Alltäglichkeit in älteren (philosophischen) Werken, die aus dieser Alltäglichkeit hervorgingen, nahm allzuoft die Haltung einer A b w e r t u n g ein". H. L. a.a.O. — S. 99
[19]) „der Mensch unserer Tage . . . unternimmt auf seine Weise spontan die Kritik s e i n e s Alltagslebens. Und diese Kritik der Alltäglichkeit ist untrennbarer Teil der Alltäglichkeit; sie vollzieht sich in und durch die l o i s i r s." a.a.O. — S. 38
[20]) „die moderne industrielle Zivilisation mit ihren arbeitsteiligen Prozessen ruft ein a l l g e m e i n e s B e d ü r f n i s n a c h F r e i z e i t und andererseits, im Rahmen dieses Bedürfnisses, differenzierte k o n k r e t e B e d ü r f n i s s e hervor". a.a.O. — S. 41
[21]) L. gebraucht den Begriff des vie privée in der doppelten Bedeutung des Privaten und des Privativen (des Vorenthaltenen)
[22]) dieses Vorhaben wird klarer durch die Definition des Alltagslebens als eines Niveaus: „Nach unserer Meinung handelt es sich um ein Niveau der gegenwärtigen Gesellschaft, das charakterisiert ist durch: 1. den Bruch zwischen diesem Niveau und den höheren Niveaus (die des Staates, der Technizität, der gehobenen Kultur); 2. die Überschneidung zwischen dem beherrschten Sektor der Wirklichkeit und dem nicht beherrschten; 3. die Verwandlung der Objekte in angeeignete Güter." H. L. „Les mythes dans la vie quotidienne" in: Cahiers internationaux de sociologie, 33/1962 — S. 67
[23]) vgl.: „der Mensch eignet sich sein allseitiges Wesen auf eine allseitige Art an, also als ein totaler Mensch". Zitiert bei H. L. „Critique . . ." Bd. I — S. 75f. aus: Karl Marx „Ökonomisch-Philosophische Manuskripte", MEGA 1, 3 S. 118 — Cotta-Ausgabe S. 598
[24]) Ein Auszug aus „La crise de la philosophie" würde von L. veröffentlicht in: Nouvelle Revue Marxiste, 1/Jun. 1961. Das Werk ist noch nicht erschienen. Neuerdings spricht L. von einer geplanten „Metaphilosophie"
[25]) „Oft wird gesagt, der Dogmatismus bestehe in einem dekretorischen und deklarativen Ton, in Behauptungen ohne Beweis. Diese Definition befriedigt das kritische Denken keineswegs. Eine absolut bewiesene Behauptung hätte das Recht, sich als absolute Wahrheit aufzuwerfen. Aber eine solche der Relativität sich entziehende Behauptung kann es nicht geben." H. L. „Probleme . . ." S. 32f.

Lehrjahre der Arbeiterbewegung

Wolfgang Abendroth — Sozialgeschichte der europäischen Arbeiterbewegung. Frankfurt 1965

„Die Geschichte ... verrichtet ... unbekümmert um das Räsonnement ihrer unberufenen Schulmeister eine ebenso unvermeidliche wie in ihren Folgen unberechenbare Riesenarbeit der Revolution."[1])

Die Geschichte der Arbeiterbewegung zu schreiben, der von der Theorie die Rolle des handelnden Subjekts der Geschichte, auch ihrer eigenen, angetragen wurde, ist ein Indiz für den Ausgang des Experiments. Abendroth fragt: „Wäre es also nicht sträflicher Provinzialismus, die Gegenwartssituation der Bundesrepublik Deutschland für das einzige Resultat und den Abschluß der Weltgeschichte zu halten?"[2]) Die Kontinuität der Arbeiterbewegung ist unterbrochen; das vorliegende Resultat kann kaum als Produkt bewußten Handelns in Anspruch genommen werden. So wird die Geschichte zum Gegenstand der „Besinnung"[3]); erst post festum, wie eh und je, vermag man ihren Gesetzen auf die Spur zu kommen. Das Geschäft des Historikers ersetzt das antizipierende Klassenbewußtsein.

Das erkenntnisleitende Interesse des Historikers aber ist ein praktisches und kritisches zugleich: Das Selbstverständnis der heutigen Arbeiterbewegung soll an die Tradition sich anschließen, und die Analyse des Geschehenen soll die Theorie des historischen Materialismus selbst der historischen Kritik unterziehen. Einige der Entwicklungstendenzen, von denen die kritische Arbeit auszugehen hätte und die die Haltung der Arbeiterbewegung bei den entscheidenden Ereignissen bestimmt haben, sollen benannt werden.

1. Der theoretisch geforderte Internationalismus der Arbeiterklasse wird durch den gewählten Bezugsrahmen der Darstellung betont. Die geschichtlichen Fakten widersprechen jedoch diesem Programm. Einzig zu Beginn der Entwicklung, im Anschluß an den demokratischen Kosmopolitismus der bürgerlichen Revolutionen, läßt sich eine konkrete internationale Gesinnung der Arbeiterschaft behaupten; einer „Arbeiterschaft" jedoch, die sich aus wandernden Handwerksgesellen und radikalen bürgerlichen Intellektuellen rekrutierte. Später erhält sich diese Fähigkeit, über die nationale Beschränktheit hinauszudenken, nur bei der qualifizierten „Arbeiterelite". Die Masse der Unqualifizierten erwies sich ebenso wie das gefährdete Kleinbürgertum anfällig für die Ideologien der herrschenden Klassen.

Der Internationalismus der Bewegung wurde in dem Maße, in dem er schwächer wurde, organisatorisch fixiert. Angesichts des ersten Weltkrieges, der Probe aufs Exempel der internationalen Solidarität, erwiesen sich alle programmatischen Erklärungen der zweiten Internationale als ohnmächtig. Die großen legalen Massenparteien der Arbeiter in Deutschland, Österreich, Frankreich und England hießen den Krieg gut.[4]) Dies Versagen war Folge des Tatbestandes, daß sich die Arbeiter innerhalb des ihnen vorgegebenen Rahmens der bürgerlichen Nationalstaaten organisieren mußten, um ihr erstes Ziel, die Verbesserung ihrer materiellen Lage, erreichen zu können. Das Gefälle der sozialen und politischen Entwicklung zwischen den verschiedenen Staaten übertrug sich auf die nationalen Arbeiterbewegungen und die Reichweite und Radikalität ihrer Forderungen. Die legalen Gewerkschaften und Arbeiterparteien Westeuropas schreckten vor dem Risiko revolutionärer Aktionen zurück, da sie dadurch das Erreichte zu gefährden glaubten. Das organisatorisch unentwickelte Proletariat Rußlands, die illegale russische Sozialdemokratie, hatten nichts zu verlieren (wie heute die Nationen der Dritten Welt).

2. Die von Marx ausgearbeitete zweigleisige Strategie des gewerkschaftlichen Kampfes sowohl wie des politischen geriet, als sie von den nationalen Arbeiterbewegungen realisiert wurde, in den Sog einer säkularen Entwicklungstendenz der kapitalistischen Gesellschaft, die theoretisch kaum vorgesehen und begriffen war. Der Tendenz zur Organisation des Kapitalismus mußte das Proletariat sich anpassen, wollte es seine Interessen nur irgend wirksam durchsetzen. Bürokratisch organisierte Gewerkschaftsverbände und Parteien waren jedoch leichter in die bestehende Ordnung des parlamentarischen Rechtsstaats zu integrieren als illegale Gruppen. Die Aktionen der Arbeiterschaft innerhalb des legalen Rahmens waren kontrollierbar und berechenbar, sie verloren ihre sprengende Tendenz. Sie wurden so zum stabilisierenden Faktor des Systems selbst. Zwar vermochten die Arbeiterorganisationen in zähen Auseinandersetzungen Reform um Reform zu erkämpfen, aber immer innerhalb des legalen Rahmens. Der Fetisch der Legalität durchkreuzte die ganze strategische Konzeption. Das durch gewerkschaftlichen Druck Erreichte sollte, wenn das allgemeine Wahlrecht einmal erreicht war, durch die Arbeiterparteien als Sozialgesetzgebung politisch kodifiziert werden. Dadurch und durch die Aufklärungs- und Bildungsarbeit der Parteien wurde die Ausgangsposition der Gewerkschaften gestärkt. War erst einmal die Demokratie erkämpft, so sollte das Proletariat auf legalem Wege die politische Gewalt erobern und die Wirtschaftsverfassung der Gesellschaft umgestalten. Der Widerstand der Kapitalistenklasse konnte durch den Massenstreik gebrochen werden. Oder aber, bei einer Krise des kapitalistischen Systems, sollten Partei und Gewerkschaften gemeinsam die politische Gewalt erkämpfen. Mit den verselbständigten Gewerkschafts- und Parteibürokratien waren solche gemeinsamen Aktionen nicht mehr durchzuführen. Die Parteien wurden integrale Bestandteile der Verfassung, die Gewerkschaften übten politische Abstinenz. Bereits 1905 lehnten die freien deutschen Gewerkschaften den Generalstreik als „Generalunsinn" ab. Damit war das weitere Schicksal der deutschen Arbeiterbewegung vorentschieden.

Der theoretische Reflex dieser Entwicklung ist das Reformprogramm des Revisionismus. Zwar wurde er nicht zum offiziellen Programm der deutschen Sozialdemokratie erhoben, aber sie handelte gemäß seinen Richtlinien; die marxistische Orthodoxie Kautskys war beim Ausbruch des 1. Weltkriegs zur Ideologie geworden. Die Möglichkeit, Krisensituationen für revolutionäre Aktionen zu nutzen, wurde zurückgewiesen. Ja, dem (durch die friedliche Mitarbeit der Arbeiterorganisationen) stabilisierten Kapitalismus wurde keine Krisenanfälligkeit mehr zugetraut. Damit war noch der Theorie der revolutionäre Stachel genommen, den die bestehenden Organisationen längst verloren hatten. „In Wirklichkeit ist noch niemals eine bedeutende Reform durch herrschende Schichten den durch sie beherrschten Schichten konzediert worden, wenn sie nicht die Entschlossenheit der Unterklassen zur Auseinandersetzung mit den bestehenden Verhältnissen zu befürchten hatten, wie andererseits die Erzielung von bedeutenden Reformen auf längere Sicht den *Willen zur Macht* in derjenigen Klasse, die diese Reformen erkämpft hat, für die Zukunft (und häufig auch aktuell) nicht schwächt, sondern stärkt, wenn ihr nur bewußt bleibt, daß sie diese Konzessionen ihrer Gegner ihrem Kampfwillen zu verdanken hat. Deshalb lassen sich also durchaus Reformkämpfe und Reformwillen in eine auf Umwälzung der gesamten Gesellschaftsform und ihrer Machtstruktur gerichtete Bewegung einordnen und gehören notwendig zu ihrer Strategie, wenn sie sich ihrer Zielsetzung permanent bewußt ist. Andererseits wird aber ebenso notwendig die demokratische Befreiungsbewegung einer unterdrückten Klasse ihren Schwung verlieren, wenn sie auf die Einordnung ihrer einzelnen Teilziele in die große Konzeption einer geschlossenen, auf Umwandlung der gesamten Gesellschaft gerichteten Zielsetzung verzichtet.[5])

3. Die friedliche Eroberung der politischen Macht durch das Proletariat in einer parlamentarischen Demokratie wurde für möglich gehalten, weil man der Marxschen These von der zunehmenden Proletarisierung der Mittelschichten vertraute. Zwar läßt sich historisch verfolgen, wie der sich entwickelnde Kapitalismus seinen eigenen Kontrahenten produziert. Aber bereits um die Jahrhundertwende ist die Zuwachsrate des Anteils der Arbeiter an der Bevölkerung rückläufig. Der organisierte Kapitalismus schafft sich seine eigene Massenbasis: die Angestellten und Beamten.[6]) Bei dieser Schicht bestanden von Anfang an sozialpsychologische Sperren, die der Aufklärungsarbeit der Arbeiterorganisationen widerstanden. Auf der „Höhe" ihrer Macht konnte die bereits in sich gespaltene deutsche Sozialdemokratie bei der Wahl zur Nationalversammlung (1919) 46 % der Stimmen erhalten, noch nicht einmal die absolute Mehrheit.[7]) Die Errichtung der bürgerlichen Demokratie war das Maximalprogramm der Sozialdemokratie gewesen. Als es erreicht war, fehlte jede weitere Konzeption. 1920 waren die Arbeiterparteien im Reichstag bereits in die Opposition gedrängt. Das Lehrstück, das auf das Zusammenwirken von

HOCHSCHULE IN DER DEMOKRATIE

Denkschrift des Sozialistischen Deutschen Studentenbundes

Inhalt:

Hochschule und Gesellschaft

Forschung, Lehre und Studium

Die Hochschule und ihre Arbeitsformen

Akademische Freiheit und soziale Demokratie

Der Lehrkörper der Hochschule

Die soziale Lage der Studentenschaft

Die demokratische Hochschulverfassung

Hochschule und Staat

1. Auflage 1961 — Durchgesehene Neuauflage Mai 1965 — 170 Seiten — Preis 6,80 DM
Verlag „neue kritik", 6 Frankfurt am Main, Wilhelm-Hauff-Straße 5 — Bezug über den Verlag

Demokratie und Aufklärung und Bildung der Arbeiterschaft setzt, müßte unter den Bedingungen des etablierten liberalen Rechtsstaats zumindest kritisch betrachtet werden, haben doch bisher nur Faschismus und konservative Autokratie davon profitiert.

4. Mit dem Sieg der Revolution in Rußland, ihrer Niederlage in Deutschland begann die endgültige Schwächung und Spaltung der europäischen Arbeiterbewegung. Der Stalinismus, dessen Terror den Sozialismus nachhaltig diskreditiert hat, war eine notwendige Konsequenz des Zwanges, ein unterentwickeltes Land aus eigenen Kräften, ohne Unterstützung von außen, zu industrialisieren. Um ihre nationalen Interessen zu sichern, mußte die UdSSR den kapitalistischen Großmächten politische Zugeständnisse machen. Dadurch brachten sie die der dritten Internationale angeschlossenen Parteien in eine schizophrene Lage. Die Anpassung an die jeweiligen Erfordernisse der sowjetischen Politik hinderte sie daran, politische Chancen in ihren eigenen Ländern zu nutzen. Die Möglichkeit, eine Volksfront der Arbeiterparteien gegen den Faschismus zu bilden wie in Frankreich, wurde in der Weimarer Republik nicht zuletzt durch den extremen Linkskurs der KPD verhindert, der von der Komintern befohlen war. Heute stellt sich für die Arbeiterbewegung die Aufgabe, das Verhältnis zwischen den Interessen einer industriellen Großmacht wie den UdSSR und den sozialistischen Parteien Westeuropas neu zu analysieren.

Der europäischen Arbeiterbewegung ist eher übel mitgespielt worden, als daß sie Geschichte gemacht hätte. Der Grund dafür ist allererst darin zu suchen, daß sie ihre Aktionen auf theoretische Analysen gründete, die in der jeweiligen historischen Situation bereits der Kritik bedürftig waren. Vor dem 1. Weltkrieg fehlte eine exakte Analyse der Struktur des Imperialismus. In den zwanziger Jahren führte der Mangel an einer ausgeführten Faschismustheorie zu verhängnisvollen Fehleinschätzungen. Und erst die politische Ökonomie des organisierten Kapitalismus könnte den Aktionsrahmen für die heutige Arbeiterbewegung bestimmen. Nur so könnte sie den Zusammenhang zwischen ad hoc-Reformen und Maßnahmen (wozu die Neugründung von sozialistischen Parteien links der verbürgerlichten sozialdemokratischen zu zählen wäre, wie nach dem 1. Weltkrieg die USPD, nach dem zweiten die PSI) und dem verdrängten Ziel wiederherstellen, „könnte sie eines Tages wieder im Stande sein, in den industriell hochentwickelten Staaten eine vernünftigere Gesellschaftsordnung herbeizuführen. Sie könnte dann den wirtschaftlich unentwickelten Ländern bei deren Industrialisierung helfen, damit diese jene Fehler vermeiden, die seit Stalins Tod in der UdSSR langsam korrigiert und überwunden werden. Vor allem könnte sie durch ihren Sieg die Wahrscheinlichkeit eines Atomkrieges erheblich verringern."[8]) Die Geschichte wird ihr diese Riesenarbeit nicht abnehmen.

[1]) R. Luxemburg — Massenstreik, Partei und Gewerkschaften. In: Ausgewählte Reden und Schriften. Bd. I. Berlin 1955; p. 180.
[2]) Sozialgeschichte; p. 8
[3]) l. c.
[4]) l. c.; p. 81
[5]) Abendroth — Aufstieg und Krise der deutschen Sozialdemokratie. Frankfurt 1964; p. 32
[6]) Sozialgeschichte; p. 68
[7]) l. c.; p. 92
[8]) l. c.; p. 190

Ulrich Rödel

Zeitschriften- und Buchkritik

Plädoyer für eine neue Regierung oder Keine Alternative, ed. Hans Werner Richter, rororo-aktuell

Die Schriftsteller, die hier wieder Partei ergreifen, tun es diesmal ohne intellektuelle Abstriche und Fragezeichen. Bezweifelten sie 1961 noch, daß die SPD Alternativen in der Sache zu bieten habe, so begrüßen sie 1965 den „Wechsel der Personen" als letzte Hilfe. Regierungskandidaten werden porträtiert — „Herr Erler, ich danke Ihnen, daß Sie mir gesessen haben" —, alles ehrenwerte Männer, die sogar bestimmte politische Vorstellungen haben. Günter Grass als Parteilyriker beweist, daß es keinen sozialdemokratischen Majakowski oder Brecht geben kann. Wie seine Wahlreden, so sind auch die im Taschenbuch gesammelten Plädoyers dazu angetan, ein paar Unentschlossene unter den Spiegel- und Zeit-Lesern an die Wahlurne zu bringen. Auf jeden Fall ehrt das schriftstellerische Engagement die SPD, an den Nutzen glaubt sie selbst nicht so recht, sonst sähe sie sich nicht genötigt, dem „Gerücht" zu widersprechen, daß Grass auch für Brandt Reden verfasse.
Lesenswerter sind die wenigen Versuche, das Unbehagen durch Genauigkeit, die Persönlichkeiten durch Fakten zu ersetzen. Hochhuths Aufsatz hat trotz seiner zweifellos naiven Vorschläge (Eigentum macht frei!), dem frühsozialistischen Pathos und den von Industriekurier und Kanzler höhnisch konstatierten Irrtümern das Verdienst, einen Einbruch in die nivellierte Meinungssphäre erzielt zu haben. Havemanns „trotz mancher Bedenken" aufgenommener Artikel zählt noch einmal aus DDR-Sicht die Wege einer anderen Außenpolitik auf. Sonnemann versucht die „hinter Abstraktionen versteckte" Staatsgewalt an ihren Richtern und Fehlurteilen zu fassen und erhofft sich von einem Sieg der SPD sozialpsychologische Wirkungen: „Wiederherstellung der politischen, menschlichen Spontaneität" gegen die Allmacht der Apparate.

R. D.

Politik ohne Vernunft oder Die Folgen sind absehbar, ed. Carl Nedelmann und Gert Schäfer, rororo-aktuell

Wie das andere Rowohlt-Taschenbuch zur Wahl seit Wochen auf der Bestsellerliste, mit Abstand, versteht sich, denn es handelt sich um „zehn streitbare Thesen" Frankfurter und

Tübinger Assistenten und Doktoranden, die Ideologiekritik an der Sache betreiben und auf ausführliche Belege nicht verzichten. Einzelne Bereiche der Regierungspolitik werden in ihrem Anspruch und den Sprüchen des Kanzlers mit dem konfrontiert, was tatsächlich geleistet oder notdürftig verschleiert worden ist: „Der permanente Selbstbetrug" in der Außenpolitik, die „Bewältigung der Vergangenheit" als Ritual ohne Konsequenzen, die „soziale Marktwirtschaft", unter der sich Konzentrationsprozesse vollziehen, die Sozialpolitik als Mischung aus planlosen Wahlgeschenken und subsidiärer „Sozialpädagogik", die Strafrechtsreform, am Beispiel der Abtreibungsparagraphen, als Rekurs auf eine „natürliche Ordnung", die Bildungspolitik, die mittlerweile zwar mit der „Begabtenreserve" rechnet, aber das Schulsystem unter keinen Umständen antasten will. Im ersten Beitrag wird die Funktion von Erhards Deutsch untersucht, im letzten kommen die führenden Regierungspolitiker mit ihren Vorstellungen über „Elite", „Sinngebung der Interessen" und nationalen „Selbstbehauptungswillen" zu Wort. Es wird gezeigt, daß die Bundesrepublik auch nach dem Selbstverständnis der Regierenden „auf dem Weg zu einer autoritären Gesellschaft" ist. Ausgespart bleibt, was eine Regierung mit anderem Selbstverständnis daran ändern könnte; die Alternativen ergeben sich, wenn auch nur „logisch", von selbst. **R. D.**

Kursbuch
ed. Hans Magnus Enzensberger, Suhrkamp-Verlag

Das „Kursbuch" ist etwas aufwendig in die Welt gesetzt worden; die Polemik, die sich daran entzündete, soll nicht wiederholt werden. Dennoch kann man sich fragen, wenn man den literarischen Teil des ersten Heftes hinter sich hat, worin denn nun der Unterschied zwischen dem „Kursbuch" und den „Akzenten" bestehe. Sicher ist, daß auf Wort- und Buchstabenspiele verzichtet wird. Der Konkretismus in der Lyrik Saarikoskis und Rózewicz' soll immer noch bedeuten: „Wintertag und Gitarre" (Saarikoski); „Todesgarage West Side Story Lolita" (Rózewicz). Uwe Johnson beschreibt schwerfällig das Ende einer Berliner Fluchthelferkneipe; Beckett steuert einen von Enzensberger selbstironisch an den Start gesetzten Monolog bei: Faux Déparis. Fängt das „Kursbuch" falsch an? Nur für den, der sich auch literarisch, verführt durch die Werbung, etwas Neues davon versprochen hat. Erst ein längerer Aufsatz von Karl Markus Michel, der in späteren Nummern fortgesetzt werden soll, gibt eine Richtung an: Es geht um die Aporien der europäischen Intelligenz, die sich seit Rousseau in den Terror verstrickt, sobald sie die Vernunft zu verwirklichen sucht; die zwischen der Identifikation mit den Massen und ihrer pädagogischen Lenkung hin- und herschwankt: Kontroverse Bakunin—Marx und Luxemburg—Lenin; die aus Verzweiflung schließlich dem Irrationalismus in die Arme läuft und heute als gänzlich emanzipiert zugleich ohnmächtig geworden ist, selbst ihr Medium, die Sprache, werde in der sanktionierten Kommunikation verschlissen.

Sartre hat in seinem vom „Kursbuch" nachgedruckten Interview mit Le Monde vom vorigen Jahr diese Situation noch schärfer umrissen. Denken bleibt unverbindlich, eine Angelegenheit von Privilegierten, „bevor alle Menschen durch die Verbesserung ihrer Lebensbedingungen die Möglichkeit haben, zu Menschen zu werden". — „Was bedeutet Literatur in einer Welt, die hungert?" Claude Simon hält dem entgegen, daß der Schriftsteller, sofern er seine Sätze nicht nur als Vehikel für Ideologeme betrachtet, vor allem sich — oder „die Sprache" — ausdrücken wolle. Sartre entzieht sich in seinem zweiten Interview (mit einer Jugendzeitschrift der KPF) den zu oft erprobten Fronten, läßt dem Ausdruck sein Recht: „So engagiert sich der Schriftsteller, wenn er in sich eintaucht mit der Absicht, nicht sein Individuum auszudrücken, sondern seine Person innerhalb der komplexen Gesellschaft, die ihn bedingt und ihn trägt... Er kämpft an seinem Ort gegen die Widersprüche der Gesellschaft, wenn er sich ausdrückt, um sich zu erhellen; doch die Erhellung kann nicht vollkommen werden, ohne ihre Wahrheit zu verlieren (wenigstens für die Künstler)." Deshalb sei das Kunstwerk imaginär u n d realistisch, jedenfalls „irreduzibel"; eine Erkenntnis, die der erstarrten sozialistischen Theorie verlorenging.

Mit den „Dossiers" hat Enzensberger sich ein Rubrum einfallen lassen, unter dem Dokumentation und Kommentar vereinigt werden können. Das erste Heft bringt komprimierte Aussagen aus dem Auschwitz-Prozeß (Peter Weiss) und einen Prozeßkommentar von Martin Walser, der nachweist, daß Auschwitz folgenlos geblieben ist: Der Schrecken kann wohlig geschluckt werden, die stellvertretenden Täter — „Bestien" — werden eingesperrt, das aggressive Potential in jedem einzelnen lebt fort. **C. R. / R. D.**

Informationen über die Dritte Welt
Kursbuch 2 und Das Argument 34

Obschon unsere Zeitungen fast täglich Berichte und Kommentare über die Entwicklungsländer und die Entwicklungshilfe veröffentlichen, bleiben die wahren Gründe für die ökonomische Unterentwicklung eines großen Teils der Dritten Welt doch weitgehend unbekannt. Oft werden ideologische Interpretationen angeboten, wie sie Bo Gustafsson in seiner Untersuchung (Die Misere der Entwicklungsländer, nk 31) widerlegt. Auch die Schriften der asiatischen und afrikanischen Intelligenz sind — von einigen Schriftstellern und Lyrikern abgesehen — bei uns allein in Sekundärliteratur nur wenig zugänglich.

Enzensbergers Kursbuch 2 läßt einige Theoretiker und Wortführer der Dritten Welt selbst zu Wort kommen. Ihre Reden, ihr Votum für die Gewalt bei der Befreiung von kolonialem Zwang weisen auf einen weltpolitischen Gegensatz hin, an dem die europäischen oder besser die reichen

kapitalistischen Länder schuldig, an dem aber auch die wohlhabenderen kommunistischen Staaten nicht mehr unschuldig sind. Der weltpolitisch entscheidende Gegensatz, schreibt Frantz Fanon, der Theoretiker der algerischen Revolution, ist heute nicht mehr primär „der Kampf zwischen den sozialistischen Regimes und den kapitalistischen Ländern. Was heute zählt, das Problem, das den Horizont versperrt, ist die Neuverteilung der Reichtümer. Die Menschheit muß, unter dem Risiko, aus den Fugen zu geraten, dieser Frage Herr werden." Trotz oder in einigen Fällen gerade wegen der Entwicklungshilfe ist heute zwischen der reichen und der armen Welt eine Auseinandersetzung im Gange, die Enzensberger ihren revolutionären Charakter andeutend „internationalen Klassenkampf" nennt. Seine Parole vereinige heute nicht die Proletarier aller Ländern, sondern alle proletarischen Länder zum Kampf. „In beiden Kämpfen geht es darum, die Herrschaft von Ausbeutern abzuschütteln, und zwar mit allen Mitteln."

Über diese Thesen muß erschrecken, wer die Reden und Schriften der revolutionären Wortführer der Dritten Welt nicht kennt. Bei uns sind sie leider Mangelware; in anderen Ländern werden sie jedoch seit Jahren von angesehenen Verlagen publiziert wie z. B. in Frankreich von maspero, der Frantz Fanon ebenso ediert wie Danilo Dolci, Che Guevara und Fidel Castro.

Die Texte, die Enzensberger im Kursbuch 2 zusammengestellt hat, stammen von Autoren verschiedenartiger Provenienz. Ihnen allen ist eine für „unsere" politischen Einstellungen ungewöhnliche Optik eigen. Von den Texten gehören zusammen das große politische Manifest „Von der Gewalt" von Frantz Fanon, eine bittere Rede des mexikanischen Schriftstellers Carlos Fuentes „Rede an die Bürger der USA" und die Rede von Fidel Castro vor den Vereinten Nationen im September 1960. Sie erläutern Grundsätze und geben Beispiele für ein Programm der revolutionären Dekolonisation. Fidel Castro, der eine eindrucksvolle Geschichte der kolonialen Abhängigkeit Kubas von den Vereinigten Staaten vorträgt, schließt mit dem Ausruf: „Damit ein Land wahrhaft frei sei in seiner Politik, muß es wahrhaft frei sein in seiner Wirtschaft".

Über die kolonialen, halbkolonialen bzw. neokolonialen Verhältnisse, die noch heute zwischen den USA und ihren lateinamerikanischen Nachbarn bestehen, spricht Carlos Fuentes. Der Kapitalismus hat sich in Lateinamerika als unfähig erwiesen, die ökonomische Unterentwicklung zu beheben. Die Allianz zwischen parasitärem Feudalismus und privatwirtschaftlichem Kapitalismus kann allein revolutionär, d. h. durch eine durchgreifende Agrarreform, durch die Verstaatlichung ausländischen Besitzes, die Stabilisierung der Rohstoffpreise und eine vielseitige Industrialisierung beseitigt werden.

Über die traurige Komplizität der kapitalistischen Länder mit der Unterdrückung im Iran, in Südafrika und in den lateinamerikanischen Ländern geben die Dossiers Auskunft, die die Geschäfte kapitalistischer Unternehmungen in der Dritten Welt und die Funktion der Entwicklungshilfe untersuchen. Im Dossier 3 wird eine Debatte aus Schweden unter dem Titel „Entwicklungshilfe oder Ausbeutung?" wiedergegeben, an der die schwedische Erzählerin Sara Lidman, der Industrielle Asbrink, der Publizist Sven Lindqvist und der Nationalökonom Bo Gustafsson teilnahmen. Sara Lidman ging von der Frage aus, warum „der Abstand zwischen den reichen und den armen Ländern fortwährend wächst", wie jede internationale Statistik es belegt. Die politische Selbständigkeit der jungen Nationen bedeute wenig, wenn sie sich nicht auf eine unabhängige Wirtschaft stützen kann. Die ausländischen Gesellschaften investieren zumeist nur unter derartig günstigen Bedingungen, daß die investierten Gelder innerhalb von ein bis zwei Jahren amortisiert werden können. Der Gewinn für das unterentwickelte Land sei dabei gering. Für Sara Lidman gibt es für die armen Länder den Ausweg der Sozialisierung der Wirtschaft: „Sie kann, innerhalb von zwanzig Jahren harter Arbeit, der Bevölkerung ein menschenwürdiges Dasein sichern".

Hans Magnus Enzensbergers Beitrag liefert Gesichtspunkte für eine kritische Analyse der Beziehung zwischen der armen Welt und „uns". Seine Anmerkungen, die den pointierenden Titel „Europäische Peripherie" tragen, stellen als analytisches Instrumentarium einige Begriffe heraus, die ebenso wie die Notizen von Roland Barthes das offizielle Vokabular der kolonialen und neokolonialen Angelegenheiten entschleiern.

„Uns", die wir an der Peripherie der geschichtlichen Dynamik sitzen, die in der armen Welt entsteht, stellen sich einige Fragen, von deren Beantwortung durch die reichen Länder es nach Enzensberger abhängt, ob ein dritter Weltkrieg in absehbarer Zeit ausbrechen wird. Zusammengefaßt lauten seine Fragen: 1. Ist die koloniale Ausbeutung, wie die klassische Imperialismus-Theorie behauptet hat, heute noch systemnotwendig? 2. Wem kommt die Entwicklungshilfe zugute, „uns" oder „denen"? 3. Sind die reichen Länder in der Lage, zugunsten ihrer langfristigen Lebensinteressen auf augenblickliche Vorteile, wie sie die Ausplünderung der armen Länder darstellt, zu verzichten?

Enzensberger hält es für eine „furchtbare Illusion" der Wortführer der armen Welt, wenn „sie auf die Solidarität der europäischen, nordamerikanischen oder sowjetischen Arbeiterschaft hoffen". „Seitdem die reichen Länder ihre internen Klassenkämpfe in den sozialistischen Staaten entschieden und in den kapitalistischen sistiert haben, fühlt sich das Proletariat mit seinen Regierungen wenigstens insoweit verbunden, als diese den Wohlstand und die Sicherheit ihrer Welthälfte zu garantieren scheinen". Zum anderen scheint die Solidarisierung einer breiteren Arbeiter- bzw. Arbeitnehmerschaft in den reichen Ländern mit der

Bevölkerung der Entwicklungsgesellschaften eine wichtige Voraussetzung einer großzügigen Hilfe für die arme Welt zu sein.

In Heft 34 der Zeitschrift „Das Argument" sind drei theoretisch anspruchsvolle, in ihrer Thematik umfängliche und dabei sehr instruktive Beiträge zum Thema „Probleme der Entwicklungsländer" (I) erschienen. Die Aufsätze sind aus einer Übung „Zur Theorie der sozialen Transformation in den Entwicklungsländern", die von K. H. Tjaden am soziologischen Seminar der Universität Marburg abgehalten wurde, hervorgegangen. Zwei der drei Beiträge sind in team-work entstanden. Frank Deppe und Kurt Steinhaus schreiben „Zur Vorgeschichte des ‚underdevelopment' und der nationalen Befreiung", K. H. Tjaden erläutert „Daten zur Morphologie der Entwicklungsregionen" und Georg Büchner, Frank Deppe und K. H. Tjaden entwickeln Elemente „Zur Theorie der sozioökonomischen Emanzipation von Entwicklungsgesellschaften". Der Schlüsselbegriff der drei Untersuchungen ist die Kategorie der „sozioökonomischen Emanzipation", deren Bedingungen mit einer Reihe aus der kritischen marxistischen Theorie stammenden Begriffen analysiert werden. Die Ergebnisse der Arbeiten sprechen für die Reichweite der verwandten Kategorien.

Um das Phänomen des „underdevelopment" zu verstehen, muß man im Auge behalten, daß viele heutige Entwicklungsgesellschaften früher einmal ökonomische und politische Großmächte waren, daß der Prozeß der gesellschaftlichen Reproduktion aber nur in Europa seit dem 15. Jahrhundert revolutionäre Veränderungen erfuhr. Zum anderen bedeutet die Periode kolonialer bzw. halbkolonialer Abhängigkeit „ein wichtiges Stadium in der Genesis des ‚underdevelopment' heutiger Entwicklungsgesellschaften". Die Verhältnisse abhängiger Gebiete spiegeln „die Besonderheiten kolonialer Herrschaftsverhältnisse ebenso wie die Dichotomie einer Wirtschaft, die nur aus äußerlich miteinander verbundenen Sektoren einheimischer vorkapitalistischer und ausländischer kolonialkapitalistischer Produktion und Zirkulation besteht. Indem die koloniale Betätigung die vorkapitalistische nichtagrarische Warenproduktion zerstörte, bewirkte sie eine weitgehende Desurbanisierung wie in Indien."

Unter dem Stichwort „Bedingungen nationaler Befreiung" analysieren die Autoren die gesamtgesellschaftlichen Widersprüche, „die weitgehend das Wesen der kolonialen Gesellschaft ausmachen". Die Emanzipation kolonisierter Länder hänge in hohem Maße vom Verhältnis der neuen Führungsschichten zu der Masse der Bevölkerung ab; inwiefern die neuen Eliten fähig sind, Maßnahmen durchzuführen, „die auf die Aufhebung der Verelendung der Bevölkerung zielen". „Die Erziehung des Volkes, das heißt die gleichzeitige Förderung von politischem Bewußtsein und Steigerung der gesellschaftlichen Produktivkraft, muß als eines der entscheidendsten Probleme bezeichnet werden, die im Zuge der revolutionären Emanzipation von Entwicklungsgesellschaften zu lösen sind."

Im zweiten Aufsatz diskutiert Tjaden die These, „daß die Bevölkerungszuwachsrate nicht per se, sondern in Relation zum Volkseinkommenszuwachs für die sozioökonomische Situation der Entwicklungsländer verantwortlich ist". Im dritten Beitrag orientieren sich die Autoren an einigen sehr fruchtbaren Kategorien der Wachstumstheorie von Paul A. Baran. Die für die ökonomische Entwicklung notwendige Umstrukturierung der Wirtschafts- und Sozialstruktur der Entwicklungsgesellschaften kann durch die Realisierung des potentiellen Surplus erfolgen. Bei dem potentiellen Surplus handelt es sich „um eine beim gegebenen Stand der sozioökonomischen und natürlichen Ausstattung realisierbaren Größe, die den Stellenwert einer objektiven Möglichkeit hat". Staat, Militär, Ideologie, Mittelstände und weitere Elemente der Sozialstruktur bestimmen mit im Zusammenhang des gesellschaftlichen Arbeitssystems Möglichkeit und Grad der Emanzipation der Gesellschaft.

Das Verhältnis zwischen den reichen und den armen Ländern läßt sich dem dritten Beitrag zufolge heute nicht mehr mit den alten Imperialismusschemata begreifen. Es drückt sich in quasi-kolonialistischen Formen aus, „als es durch modifizierte ökonomische Ausnutzung und politische Manipulation mitcharakterisiert ist". Es sei aber gleichwohl nicht als bloße Fortsetzung des alten Imperialismus zu bestimmen. Den traditionellen Imperialismusschemata widersprechen empirisch konstatierbare Trends. „Solche Daten mögen indizieren, daß der alte Interessenantagonismus zwischen armen Völkern und kapitalistischen Industrieländern eine spezifisch neue Gestalt erhalten hat: in deren Beziehungen zu den Entwicklungsländern dominierte nicht länger — da Investitions- und Absatzchancen in höher entwickelten Gesellschaften wegen des geringeren Risikos und ihres Nachfragepotentials sich als groß genug erwiesen haben, das ökonomische Ausbeutungsverhältnis, sondern die Politik der durch — primär staatliche, partiell freilich auch direkt noch an private Interessenanlagen gebundene — Entwicklungshilfe vermittelten politisch-militärischen Integration, welche der Demonstrationseffekt der zentralgeleiteten Wirtschaftssysteme für die armen Länder und der Ost-West-Gegensatz erzwingen."

Der westeuropäischen Linken stellen sich angesichts der Probleme der Entwicklungsgesellschaften und des internationalen Klassenkampfes vor allem zwei Aufgaben: einmal die Analyse dieser Probleme voranzutreiben und zum anderen die daraus gewonnenen Gesichtspunkte in die leitenden Interessen der eigenen Praxis aufzunehmen, nach Möglichkeiten einer effektiven Solidarisierung mit den Emanzipationsbemühungen der Entwicklungsländer zu suchen.

Gunter Wegeleben

edition suhrkamp

Deutsche Erstausgaben für 3 Mark:

101 Herbert Marcuse: Kultur und Gesellschaft

106 Wolfgang Abendroth: Sozialgeschichte der europäischen Arbeiterbewegung

110 David Riesman: Freud und die Psychoanalyse

114 Joachim Ritter: Hegel und die Französische Revolution

116 Existenzialismus und Marxismus. Eine Kontroverse zwischen Sartre, Garaudy, Hyppolite, Vigier, Orcel

123 Alexander Mitscherlich: Die Unwirtlichkeit unserer Städte. Anstiftung zum Unfrieden

Der bekannte Heidelberger Professor kritisiert in diesen Studien zur Städteplanung den irrationalen und bürokratischen Charakter, den die Planung in Deutschland angenommen hat.

128 Claude Lévi-Strauss: Das Ende des Totemismus

Eine knappe und klare Übersicht über die Diskussion um den Totemismus. Lévi-Strauss demonstriert das von ihm als strukturale Anthropologie bezeichnete Vorgehen.

Als Band 100 erschien im Frühjahr

Uwe Johnson: Das dritte Buch über Achim

„Gleich mit seinem ersten Roman, ‚Mutmaßungen über Jakob', ist er zum Dichter der beiden Deutschland geworden, und mit seinem neuen Buch befestigt er diese Position auf das nachdrücklichste", schrieb Günter Blöcker darüber.

Gesamtverzeichnisse erhalten Sie beim Verlag (Frankfurt, Postfach 2446).

Suhrkamp Verlag Frankfurt

Demokratie vor dem Notstand

Protokoll des Bonner Kongresses gegen die Notstandsgesetze am 30. Mai 1965

Werner Maihofer	Die Demokratie vor dem Notstand
Karl Dietrich Bracher	Parlamentarische Demokratie und Staatsstreich
Jürgen Seifert	Der Notstandsausschuß
Thomas Ellwein	Die Befristung des Ausnahmezustands
Walter Fabian	Die Stellungnahme des Presserates
Bernt Engelmann	Rundfunk und Fernsehen im Notstandsfall
Alexander von Cube	Meinungsfreiheit und Zensur militärischer Nachrichten
Ekkehart Stein	Die Einschränkung von Artikel 9 und 12 GG
Heinrich Hannover	Die Konsequenzen des Zivildienstgesetzes für den einzelnen
Thomas von der Vring	Möglichkeiten des gewerkschaftlichen Schutzes für Zivildienstverpflichtete
Helmut Ridder	Reden auf der
Georg Benz	Schlußkundgebung

Außerdem:

Jürgen Seifert, Kommentar zur CDU/CSU-Vorlage vom 26. Mai 1965 und Text der Vorlage

Das Protokoll des Bonner Kongresses, der von den fünf politischen Studentenverbänden, BDIS, HSU, LSD, SHB und SDS, veranstaltet wurde, erschien als Sonderheft der „neuen kritik" Anfang August 1965.

Verlag und Redaktion „neue kritik": 6 Frankfurt/M., Wilhelm-Hauff-Straße 5. — Preis des Sonderheftes: 3,— DM; für Studenten und Abonnenten der „neuen kritik": 2,— DM; 104 Seiten.

Diese Taschenbücher informieren über Politik und Zeitgeschehen in aller Welt

DEUTSCHLAND:

Marion Gräfin Dönhoff
Die Bundesrepublik in der Ära Adenauer [rde 187/188]

Robert Havemann
Dialektik ohne Dogma?
[rororo aktuell 683]

Information oder Herrschen die Souffleure? [rororo aktuell 682]

Politik ohne Vernunft oder Die Folgen sind absehbar [rororo aktuell 781]

Sind wir noch das Volk der Dichter und Denker? [rororo aktuell 681]

H. D. Stuckmann
Es ist so schön, Soldat zu sein oder Staatbürger in Uniform
[rororo aktuell 685]

Richard Thilenius
Die Teilung Deutschlands [rde 55]

AMERIKA:

James Baldwin
Hundert Jahre Freiheit ohne Gleichberechtigung oder The Fire Next Time [rororo aktuell 634]

Fred J. Cook
Die rechtsradikalen Mächte in den USA und Goldwater
[rororo aktuell 733]

Präsident L. B. Johnson
Ziele für Amerika oder Der Weg der Vernunft [rororo aktuell 732]

Robert Jungk
Die Zukunft hat schon begonnen
[rororo 558]

André Maurois
Die Geschichte der USA von Wilson bis Kennedy [rororo 753/754/755]

ITALIEN/VATIKAN:

Federico Chabod
Die Entstehung des neuen Italien [rde 237]

Michael Serafian
Der Pilger oder Konzil und Kirche vor der Entscheidung
[rororo aktuell 686]

ISRAEL:

Zvi Rudy
Soziologie des jüdischen Volkes
[rde 217/218]

JAPAN:

Robert Jungk
Strahlen aus der Asche [rororo 700/701]

Ingeborg Y. Wendt
Geht Japan nach links? [rde 202]

RUSSLAND/CHINA:

Edward Crankshaw
Moskau – Peking oder Der neue Kalte Krieg [rororo aktuell 633]

SÜDAFRIKA:

Freimut Duve
Kap ohne Hoffnung oder Die Politik der Apartheid [rororo aktuell 780]

VIETNAM:

David Halberstam
Vietnam oder Wird der Dschungel entlaubt? [rororo aktuell 840]